

GRUENE-HANNOVER.DE

PROGRAMM FÜR HANNOVER

Kommunalwahl 2016

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Hannover

Wenn grün,
dann richtig.



GRUENE-HANNOVER.DE

PROGRAMM FÜR HANNOVER

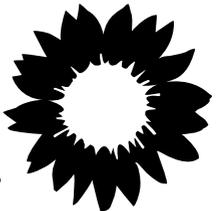
Kommunalwahl 2016

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Hannover

Visdp: BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Stadtverband Hannover,
Rahel Missal, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

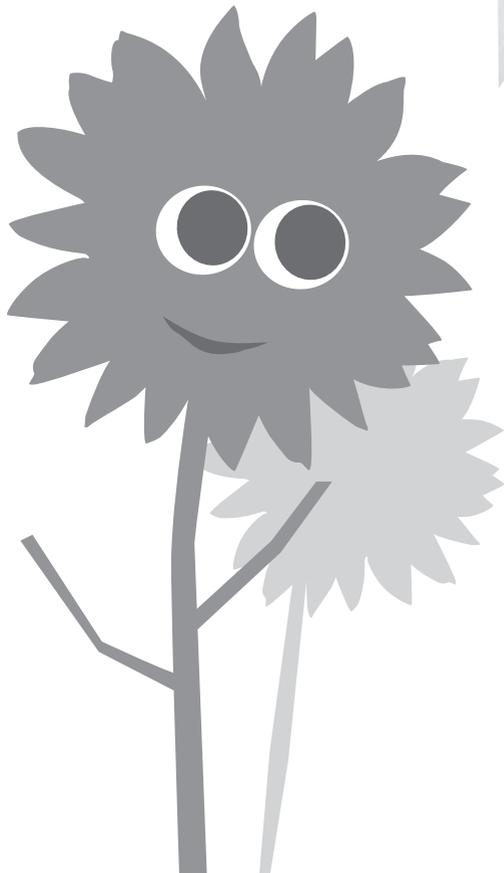
Gestaltung: p*zwe

**Wenn grün,
dann richtig.** 

Inhalt

Präambel	7		
1 Verantwortung für unser Ökosystem – Umwelt und Klima	13		
1.1 Klimaschutz und Energiewende	14		
1.2 Umweltschutz und biologische Vielfalt	25		
1.3 Grünflächen und Kleingärten	36		
2 Vielfältiges Hannover – lebenswert für alle	41		
2.1 Zuwanderung und gesellschaftliche Teilhabe	42		
2.2 Soziale Teilhabe	52		
2.3 Seniorengerechtes Hannover	55		
2.4 Die Hälfte der Macht den Frauen – Gleichstellung konsequent zu Ende denken	58		
2.5 Sexuelle Vielfalt in Hannover leben	66		
2.6 Hannover ist bunt – Rassismus bekämpfen	68		
3 Raum für alle – Wohnen und Verkehr	73		
3.1 Solidarische und nachhaltige Stadtentwicklung	74		
3.2 Wohnen für alle – Quartiere bedarfsgerecht entwickeln	81		
3.3 Mobilität für die Zukunft – umweltverträglich, sozial und sicher	87		
		4 Moderne Stadtgesellschaft – Jugend, Bildung, Familie	99
		4.1 Bildungswege ohne Brüche	100
		4.2 Familien in der Stadt – Zukunft mit Kindern und Jugendlichen	109
		4.3 Hannover – eine attraktive Stadt für Studierende	119
		4.4 Kultur lebt von Neugier	121
		4.5 Zukunftsfähige Sportentwicklung	126
		4.6 Moderne und fair ausgerichtete Verwaltung	134
		5 Solidarische Ökonomie – Arbeit und Wirtschaft	141
		5.1 Zukunftsfähige Arbeitsplätze und innovative Unternehmen	143
		5.2 Vorbildfunktion stärken – Stadtverwaltung nachhaltig bewirtschaften	148
		5.3 Lokale und regionale Ökonomie stärken	150
		6 Haushalt in Balance – nachhaltige Finanzen	153
		6.1 GRÜNE kommunale Haushaltspolitik – nachhaltig, gerecht und zukunftsfähig	154
		6.2 Finanzielle Rahmenbedingungen verbessern	159
		7 Mitsprache erwünscht – GRÜNE kommunale Bürgerbeteiligung	163
		7.1 Bürgerbeteiligung	164
		7.2 Ehrenamt und Freiwilligkeit stärken	168

Wenn grün,
dann richtig.



Präambel

Liebe Hannoveranerinnen und Hannoveraner,

fünf ereignis- und arbeitsreiche Ratsjahre liegen am 11. September hinter uns – eine weitere Ratsperiode mit spannenden und herausfordernden Veränderungen steht bevor.

► Hannover wächst

Das ist ein Kompliment für die Stadt und spricht für eine gute öffentliche Infrastruktur und eine hohe Lebensqualität. Der Wissenschaftsstandort Hannover ist attraktiv für Student*innen – und auch junge Familien bleiben heute zunehmend in der Stadt. Zudem kommen mehr geflüchtete Menschen als in den vergangenen Jahren zu uns. Die Einwohner*innen Hannovers haben in den letzten Jahren – und besonders 2015 – geflüchtete Menschen willkommen geheißen und sich ehrenamtlich für sie engagiert. Sie haben damit ihre Solidarität gegenüber allen, die bei uns Zuflucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung suchen, zum Ausdruck gebracht. Unsere Aufgabe in den nächsten fünf Jahren wird es deshalb sein, die neuen Einwohner*innen Hannovers bei

der Integration zu unterstützen: in Kitas und Schulen, auf dem Arbeitsmarkt, im Sportverein und im Kulturbetrieb.

► **Hannover muss weiterhin Platz für alle Menschen bieten, die hier leben wollen**

Neue Wohnungen dürfen nicht nur am Stadtrand entstehen. Und sie dürfen nicht zur Luxusware werden. Maßnahmen zum Erhalt und Neubau sozialen Wohnraums müssen deshalb verstärkt und bei der Stadt- und Quartiersplanung von Anfang an mitgedacht werden. Durch ein rot-grün initiiertes kommunales Wohnraumförderprogramm hat die Stadt Hannover wichtige Schritte zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus beschlossen. Darüber hinaus werden sich DIE GRÜNEN für eine Mindestquote von 25–30 Prozent sozialem Wohnungsbau bei mehrgeschossigen Neubauten einsetzen. Gleichzeitig wollen wir unsere Stadt ökologisch orientiert planen – möglichst ohne auf Grün- und Freiflächen für die Wohn- und Gewerbebebauung sowie Verkehrsplanung zurückzugreifen. Und wir setzen auf eine beteiligungsorientierte Politik auf Augenhöhe, denn kommunale Bürgerbeteiligung schafft Akzeptanz für die langfristige Stadtentwicklung.

► **Beste Chancen für alle Kinder**

In Hannover sollen alle Kinder die besten Chancen haben – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Deshalb brauchen wir die bestmögliche Förderung unserer Kleinen durch den Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit hoher Qualität und mit hervorragend ausgebildeten pädagogischen Fachkräften. Bei steigenden

Geburtenzahlen und Zuzug nach Hannover stellt dieser Anspruch auch eine große Herausforderung dar. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine hochwertige Betreuung dürfen nicht darunter leiden. Unser Ziel ist deshalb die Verwirklichung einer sehr guten Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen, die sich an den Bedürfnissen des Kindes ausrichtet. Wenn alle Finanzierungsmöglichkeiten zusammengedacht werden, lässt sich eine qualitätsvolle Betreuung sicherstellen. Für einen guten Unterricht braucht es aber auch gute Unterrichtsräume: Schulsanierungen müssen deshalb auch weiterhin Schwerpunkt städtischer Investitionen im städtischen Gebäudemanagement bleiben.

► **Mehr Aufgaben bedeuten steigende Ausgaben**

Nach Haushaltsjahren mit Überschüssen verzeichneten die städtischen Haushaltabschlüsse zuletzt in 2014 und 2015 Defizite. Neben der Unterbringung von geflüchteten Menschen verursacht die dringend notwendige Schaffung von sozialem Wohnraum hohe Kosten für die Stadt Hannover.

Die GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir betreiben ununterbrochen seit 1994 Haushaltskonsolidierung – zuletzt durch das mit dem Haushalt 2016 verabschiedete Konsolidierungsprogramm. Denn wir wollen den uns nachfolgenden Generationen möglichst geringe Schulden hinterlassen. Nach Möglichkeit wollen wir Altschulden reduzieren. Hannover darf allerdings nicht kaputt gespart werden. Wir stehen für die ökologische, soziale und kulturelle Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wir GRÜNEN werden die Herausforderungen der kommunalen Finanzpolitik auch in Zukunft mit Verantwortung und Augenmaß gestalten.

► Bike City Hannover

Mittlerweile fahren ca. 20 Prozent der Einwohner*innen ihre täglichen Wege mit dem Fahrrad – Tendenz steigend! Durch positive Anreize und eine Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur wollen wir dazu beitragen, dass die Wahl in Zukunft noch häufiger aufs Rad fällt. Dafür brauchen wir eine Neuordnung des städtischen Verkehrs. Das Fahrrad ist dabei von zentraler Bedeutung. Denn der Autoverkehr beeinträchtigt das Leben der Einwohner*innen durch Flächenverbrauch, CO₂- und Lärmemissionen sowie durch ein Unfallrisiko, dem alle Menschen im Straßenverkehr ausgesetzt sind. Das Fahrrad ist ein klimaneutrales Verkehrsmittel, es produziert null Emissionen. Radverkehrsförderung dient also auch dem Klimaschutz und der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in Hannover. Gleichzeitig investieren Radfahrer*innen in ihre Gesundheit. Mehr Radverkehr bedeutet weniger Raum für Verkehrsflächen und mehr Platz für öffentliches Leben und Begegnung in der Stadt. DIE GRÜNEN setzen sich deshalb für eine spürbare Veränderung im Verkehr zugunsten des Fahrrads ein: Bis 2025 wollen wir in Hannover einen Radverkehrsanteil von 35 Prozent erreichen.

► Hannover ist eine grüne Stadt

Grün- und Freiflächen machen über die Hälfte des Stadtgebietes von Hannover aus. Damit belegt Hannover einen Spitzenwert im Bundesvergleich. Diese Flächen haben einen enormen Naherholungswert und tragen zur Attraktivität Hannovers bei. Sie sind wichtig für die Artenvielfalt und helfen, die Folgen des Klimawandels in Hannover zu reduzieren. Mit Blick auf die wachsenden

Einwohnerzahlen und einen steigenden Bedarf an Wohnraum in Hannover werden sich die GRÜNEN besonders für den Schutz der Grün- und Freiflächen einsetzen. Wohnflächen können intensiver genutzt werden, um Freiflächen zu schützen.

► Hannover gehört uns allen

Unsere Stadt ist eine Stadt der Vielfalt und das ist gut, denn Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft. Die GRÜNEN kämpfen für eine Gesellschaft, die es allen Menschen ermöglicht mitzumachen und in der alle gleichberechtigt und selbstbestimmt zusammenleben. Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Gleichzeitig setzen wir uns für die Rechte von Lesben, Schwulen, bi-, inter-, transsexuellen und queeren Menschen ein. Kulturelle Vielfalt ist für uns Chance und Tatsache. Chancengleichheit muss unabhängig von Herkunft und Geschlecht sein – in der Schule, bei der Arbeit, in der Politik. Alle Menschen sollen ihre Potenziale entfalten und ihr Leben frei gestalten können. Deshalb machen wir uns stark für gleiche Rechte für alle – für eine zukunftsfähige, kreative und gerechte Gesellschaft.

► Hannover ist eine attraktive Stadt

Ein tragender Baustein für die hohe Lebensqualität in unserer Stadt ist das facettenreiche kulturelle Angebot, an dem sich viele unterschiedliche Menschen beteiligen. Es steht für Offenheit, Toleranz, Experimentierfreudigkeit, soziale Orientierung und künstlerische Freiheit. Die GRÜNEN werden diese vielfältige kulturelle Landschaft deshalb auch in Zukunft erhalten und ausbauen. Durch

Wirtschaftsförderung wollen wir weiterhin Arbeitsplätze schaffen und Existenzgründungen fördern. Besonders die weichen Standortfaktoren machen Hannover stark: eine attraktive Kulturlandschaft, im Städtevergleich bezahlbare Wohnungen und viel Grün locken immer mehr Menschen und auch Firmen hierher.

► **Starke GRÜNE – gut für Hannover**

Mit Ihrer Stimme für die GRÜNEN setzen Sie sich dafür ein, diesen Themen in Hannover mehr Gewicht zu geben – auch innerhalb eines Regierungsbündnisses. Wir werden weiterhin dafür eintreten, dass in unserer Stadt alle Menschen Raum zum Leben und Mitgestalten finden und alle von Anfang an die gleichen Chancen bekommen. Dieselben Ziele wollen wir auch in der Landes-, Bundes- und Europapolitik erreichen, indem wir uns im Rahmen der Zusammenarbeit bei unseren Kolleg*innen in Land und Bund dafür einsetzen.

**Darum bitten wir um Ihre
Stimme am 11. September 2016.**



1

**Verantwortung für
unser Ökosystem –
Umwelt und Klima**

1.1 Klimaschutz und Energiewende

► Auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt

Die Menschen in Hannover sind sich der Notwendigkeit bewusst, auch auf kommunaler Ebene durch die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes einen Beitrag zur Begrenzung des weltweiten Klimawandels zu leisten. Die Klimaschutzleitstelle in der Stadtverwaltung besitzt ein gut funktionierendes Netzwerk mit zahlreichen Institutionen – von der Klimaschutzagentur über die Wirtschaftsförderung *hannoverimpuls* bis zu den Stadtwerken. Dadurch nehmen Stadt und Region als Klimaschutzregion Hannover eine bundesweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz ein. Bereits 2008 hat der Rat auf Initiative der GRÜNEN ein Klimaschutzaktionsprogramm beschlossen, um den lokalen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. 2014 haben wir unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Verwaltung sowie mehr als 5.000 Einwohner*innen der Landeshauptstadt und der Umlandkommunen den *Masterplan 100 Prozent Klimaschutz* für Stadt und Region erarbeitet. Er hat das Ziel, bis spätestens 2050 vollständig ohne fossile Brennstoffe und selbstverständlich auch ohne Atomenergie auszukommen. Dabei wollen wir gegenüber 1990 die Treibhausgas-Emissionen um 95 Prozent und den Endenergiebedarf um 50 Prozent reduzieren. Allein mit kommunalen Mitteln werden die Stadt und Region Hannover diese Klimaziele nicht erreichen können. Hierfür sind drastisch verbesserte natio-

nale und europäische Rahmenbedingungen zur CO₂-Einsparung notwendig. In den Bereichen, in denen die Stadt selber aktiv handeln kann, sind jedoch bereits jetzt große Erfolge bei der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen zu verzeichnen. Diese kommunalen Anstrengungen müssen weiter verstärkt werden. Hierzu sind die Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz, zum Energiesparen und zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensstiles, zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere aus regionalen Quellen, sowie der Schließung von Stoffkreisläufen auszuschöpfen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern die Entwicklung einer umfangreichen Dekarbonisierungs¹-Strategie für die Landeshauptstadt Hannover, um alle städtischen Bereiche unabhängiger von fossilen Energien und dadurch krisenfester zu machen.
- Wir wollen, dass geprüft wird, welche Maßnahmenempfehlungen aus dem Diskussionsprozess zum *Masterplan 100 Prozent Klimaschutz* für die Stadt Hannover sinnvoll sind. Diese Maßnahmen sollen umgesetzt werden. Auf Basis dieser Planung können dann weitere Projekte zur CO₂-Reduzierung entwickelt und abgestimmt werden.
- Das im Rahmen der Diskussion um den Masterplan entwickelte Konzept für eine klimaneutrale Stadtverwaltung 2050 wollen wir umsetzen.
- Mit Hilfe eines „intelligenten Lichtkonzepts“, der Reduzierung unnötiger Lichtquellen und der forcierten Umrüstung der

¹ Dekarbonisierung bezeichnet die Umstellung der Wirtschaftsweise, speziell der Energiewirtschaft, in Richtung eines niedrigeren Umsatzes von Kohlenstoff. Dabei werden Handlungen und Prozesse, durch die Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt wird, durch solche Prozesse abgelöst, bei denen diese Freisetzung unterbleibt oder kompensiert wird. Dekarbonisierung ist ein zentrales Mittel des Klimaschutzes sowie einer der Hauptpfeiler der Energiewende. Ziel ist die CO₂-Neutralität der Wirtschaft.

Straßenbeleuchtung, Signalanlagen und Gebäudeaußenbeleuchtung auf LED-Technik soll der städtische Stromverbrauch und die Lichtverschmutzung reduziert werden.

- Der Klimaschutz soll bei Beschaffung und Investitionen der Stadt stärker beachtet werden, z. B. soll vermehrt energieeffiziente Green IT² eingesetzt werden.
- Die Stadt soll neue Anlaufstellen und außerschulische Lernorte zum Klimaschutz schaffen sowie bestehende und neue Einrichtungen besser miteinander vernetzen.
- Wir wollen die Klimaschutzagentur als unabhängige Organisation zur Beratung von Einwohner*innen, Unternehmen und Verwaltung, zur Unterstützung bei der Markteinführung von Energieeffizienztechnologien und der Nutzung von regenerativen Energien in der Region Hannover erhalten.
- Wir fordern den weiteren Ausbau des erfolgreich angelauten *Programms zur Energiesparberatung* für einkommensschwache Haushalte und des *Energielotsen*-Programms.
- Durch den *proKlima*-Fonds sollen auch stromsparende Haushaltsgeräte gefördert werden.
- Moorschutz ist Klimaschutz – während entwässerte Hochmoore jährlich etwa 25 Tonnen CO₂ pro Hektar emittieren, sind wachsende Moore CO₂-Senken. Wir wollen daher die Moorflächen im Altwarmbüchener Moor durch weitere Verässsungsmaßnahmen erweitern.

² Green IT bedeutet, Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten. Dies beinhaltet die Optimierung des Ressourcenverbrauchs während Herstellung, Betriebs und Entsorgung der Geräte. Darüber hinaus kann durch den Einsatz von IT Energie gespart werden, wenn beispielsweise Dienstreisen durch Videokonferenzen ersetzt werden.

► Folgen des Klimawandels minimieren

Neben einer konsequenten kommunalen Klimaschutzpolitik muss sich Hannover auch auf den sich bereits abzeichnenden Klimawandel vorbereiten. Bei zukünftig durchschnittlich zwei Grad Temperaturerhöhung ergeben sich erhebliche Belastungen für die Menschen in Hannover, aber auch für die Stadtwälder und andere städtische Grünflächen. In dicht bebauten städtischen Lagen ergeben sich teilweise wesentlich höhere Temperaturen und veränderte Niederschlägen mit längeren Trockenperioden und größeren Starkregenereignissen. Zudem steigt in flussnahen Gebieten die Hochwassergefahr. Es ist daher notwendig, dass Hannover mit langfristig wirksamen Maßnahmen auf den Klimawandel reagiert. Auf GRÜNE Initiative hin wurde vom Rat ein *Programm zur Minimierung der Folgen der Klimaerwärmung* beschlossen. Danach sind konkrete Umsetzungsvorschläge vorzulegen, wie die Lebensqualität in Hannover bei der sich abzeichnenden Klimaveränderung gesichert werden kann.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen das städtische *Programm zur Minimierung der Folgen der Klimaerwärmung* weiterentwickeln, um notwendige Vorkehrungen umzusetzen zur Verbesserung des Regenwassermanagements und des Bodenschutzes, Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung, ein Aufforstungsprogramm, Vorkehrungen für Straßenbäume und ein Programm für Klimaoasen (Stadtplätze, Innenhöfe) in besonders dicht bebauten Quartieren der Stadt.

► Hochwasserschutz für Hannover

Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und zunehmender großer Überschwemmungen wie dem Elbehochwasser von 2013, haben wir uns erfolgreich für Hochwasserschutzmaßnahmen in Hannover eingesetzt, insbesondere im Bereich stärker gefährdeter Stadtteile. Zu solchen Maßnahmen gehören die Verlängerung des Ricklinger Deiches nach Süden, die Verbreiterung des Ihme-Engpasses durch den Neubau der Benno-Ohnesorg-Brücke und Vorlandabgrabungen an der Ihme zwischen Legionsbrücke und Leinertbrücke. Bedauerlicherweise mussten für diese Abgrabungen an der Ihme zahlreiche Bäume gefällt werden. Dafür wurde jedoch am Ihme-Ufer eine neue großzügige Grünfläche mit neugepflanzten Bäumen geschaffen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir treten weiterhin für eine Versickerung von Regenwasser als flankierende Maßnahme zur Hochwasservorsorge ein. Der Anschlusszwang an die städtischen Entwässerungskanäle wurde auf Initiative der GRÜNEN bereits abgeschafft.
- Mit der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in Hannover wollen wir unseren lokalen Beitrag zur Begrenzung des weltweiten Klimawandels leisten.

► Energie einsparen

GRÜNE Energiepolitik in Hannover setzt auf zentrale und dezentrale Kraftwärmekopplung, die Nutzung erneuerbarer Energien und vor allem auf Energieeinsparung. Wesentliche Energiespar-

möglichkeiten ergeben sich im Gebäudebereich, der bundesweit allein fast 20 Prozent zum gesamten CO₂-Ausstoß beiträgt.

Damit Hannover seine Klimaschutzziele erreichen kann, bedarf es weiterer kommunaler Anstrengungen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Dadurch können der CO₂-Ausstoß und die Heizkosten reduziert und zugleich vor Ort Arbeitsplätze geschaffen werden. So unumgänglich diese energetischen Maßnahmen sind, so dürfen sie jedoch nicht zu einer Mietkostenexplosion zulasten einkommensschwächerer Mieter*innen führen. Energetisch sanierte Wohnungen müssen in Hannover auch für einkommensschwächere Haushalte erschwinglich bleiben. Dies gilt auch für die Empfänger*innen von SGB-II-Leistungen. Auf Initiative der GRÜNEN wurde daher vom Rat ein städtisches Programm zur Förderung der Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau beschlossen.

Neubauten sollten hingegen zukünftig entweder im Passivhaus-Standard oder möglichst sogar im Plus-Energie-Standard realisiert werden. GRÜNE haben erreicht, dass der Passivhaus-Standard für Neubauten in Hannover eine Selbstverständlichkeit ist: z. B. in der auf Initiative der GRÜNEN als bundes- und sogar europaweit vorbildliche Null-Emissions-Siedlung entstandenen Wohnsiedlung *In der Rehre* in Wettbergen, demnächst auch in der Wasserstadt Limmer. Darüber hinaus entstehen alle neuen städtischen Kindertagesstätten und Schulen, wie der Neubau der *IGS Mühlenberg*, die Erweiterung des *Sprengel-Museums* und zunehmend sogar Lebensmittelmärkte in Passivhaus-Bauweise. Unser Ziel ist der Bau von Plus-Energie-Häusern in Hannover, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir streben eine deutliche Minimierung des Energieverbrauchs von Altbauten durch wirkungsvolle Wärmedämmung und den Einbau effizienter Heizzentralen an.
- Damit energetisch sanierte Wohnungen in Hannover für einkommenschwächere Haushalte erschwinglich bleiben, wollen wir das städtische *Programm zur Förderung der Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau* fortsetzen, mit dem Mieterhöhungen nach energetischer Sanierung sozialverträglich abgedeckt werden sollen.
- Wir wollen die Fortsetzung des städtischen Programms zur energetischen Sanierung der Gebäude von Sportvereinen und die Ausweitung dieses Modells auf Jugend- und Kulturinstitutionen.
- Auch Nicht-Wohngebäude sollen energieeffizienter werden. Dazu sollen Firmen verstärkt über Standards und Fördermöglichkeiten informiert werden.
- Wir fordern energetische Quartiersentwicklungskonzepte u. a. mit Passiv- und Plus-Energie-Häusern, Fern- oder Nahwärme mit Blockheizkraftwerken (BHKW) und Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) für Neubaugebiete – auch als Beitrag zur Senkung der Mietnebenkosten, die unter Einbeziehung und Schulung der Bewohner*innen geplant und umgesetzt werden sollen.
- Wir wollen, dass die auf Initiative der GRÜNEN vom Rat verabschiedeten ökologischen Baustandards weiterentwickelt werden. Diese schreiben vor: flächensparendes Bauen, Passivhaus-Standard bzw. Niedrigenergiehaus-Standard-Plus, Nahwärmeversorgung, die Nutzung erneuerbarer Energien und dezentrale Regenwasserversickerung beim Bauen im städtischen Einflussbereich.

- In Hannover soll eine Mustersiedlung mit Plus-Energie-Häusern entstehen.

► Energiewende in Hannover

Unser Ziel ist eine klimaneutrale Stadt und Region Hannover, die im Jahr 2050 vollständig ohne fossile Brennstoffe auskommt. Neben mehr Energieeinsparung ist dazu eine konsequente Energiewende notwendig, die nach dem Ausstieg aus der Atomenergie auch den Ausstieg aus der Kohleenergie vorantreibt. Stattdessen ist auf den Ausbau der dezentralen und klimafreundlichen Energieerzeugung aus Kraftwärmekopplung, Solar-, Windkraft-, Wasserkraft- und Geothermie-Anlagen in Hannover zu setzen. Gerade hier gibt es große Chancen für neue Arbeitsplätze. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hat Hannover Nachholbedarf. Auf Anregung der GRÜNEN hat die Stadt mit dem Ausschluss von Kohlestrom ein deutliches Zeichen für die Energiewende gesetzt. Nachdem die Landeshauptstadt Hannover bereits seit 2005 nur noch atomfreien Strom bezieht, wurde bei der Ausschreibung für die städtische Stromversorgung von 2016–2017 erstmals kohlefrei erzeugter Strom vorgegeben und dadurch die umweltfreundliche Energieerzeugung durch Gasheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung unterstützt.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Stadt Hannover soll auch zukünftig atom- und kohlefreien Strom beziehen.
- Wir wollen, dass die städtische Kampagne *Hannover auf*

Sonnenfang mit dem Solaratlas fortgesetzt und durch neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Beratung für privat betriebene Photovoltaikanlagen ausgeweitet wird. Auch soll die Stadt weiter städtische Dächer für Bürgersolaranlagen zur Verfügung stellen bzw. selbst PV-Anlagen errichten.

- Wir fordern eine Weiterführung des städtischen Programms *Energetische Quartiersentwicklung* zur Erschließung neuer Bestände für eine zentrale Wärmeversorgung (Fernwärme) und die Entwicklung dezentraler Nahwärmekonzepte (BHKWs), um so im privaten Heizenergieverbrauch die CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren und den Fernwärmeanteil am Wärmemarkt bis 2030 auf 35 Prozent zu erhöhen.
- Auch der Einsatz weiterer regenerativer Energiequellen im Stadtgebiet (z. B. die Nutzung von Straßenräumen für Erdwärme, die Einspeisung von Erdwärme in Fernwärmeleitungen und die alternative Abwasserbehandlung) soll geprüft werden.

► Die Zukunft der Stadtwerke ist grün

Die Stadtwerke Hannover sind als kommunales Unternehmen Ausdruck demokratischer Mitbestimmung. Als bürgernahes Energieversorgungsunternehmen tragen die Stadtwerke mit den an die Stadt abgeführten Unternehmensgewinnen, dem mitfinanzierten *proKlima*-Fonds, den vielfältigen Sponsoring-Aktivitäten und dem Erhalt von Arbeitsplätzen wesentlich zum städtischen Gemeinwohl bei. Auch zukünftig leisten die Stadtwerke einen wichtigen Beitrag zur Energiewende: mit der im Rahmen der *Klima-Allianz 2030*

zugewagten weiteren Reduzierung der CO₂-Emissionen bei der Versorgung mit Strom und Wärme, mit der Steigerung des Anteils der Fernwärme auf 35 Prozent am Wärmemarkt Hannovers bis 2030 und dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung.

Allerdings kommen auf die Stadtwerke im Zuge der Energiewende auch neue Herausforderungen zu. Durch effiziente Systeme und Einsparungen wird die Nachfrage nach Energie insgesamt künftig sinken. Die Energieerzeugung wird zunehmend dezentraler, vielfältiger, aber bedingt durch den Klimawandel eventuell auch schwankungsanfälliger. Die Erzeugung von Eigenenergie wird auch für Hauseigentümer*innen bereits in nächster Zukunft wirtschaftlich günstiger sein als der Bezug von einem Energieversorgungsunternehmen. Für größere Wohneinheiten bieten sich neben Solaranlagen auch klimafreundliche Blockheizkraftwerke an, um den Energiebedarf lokal zu decken. Nur wenn die Stadtwerke verstärkt in erneuerbare Energien investieren und neben Stromproduktion und -verkauf neue Geschäftsfelder entwickeln, bleiben sie konkurrenzfähig und profitieren von der Energiewende.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Eine Privatisierung der Stadtwerke Hannover kommt für uns nicht in Frage.
- Wir treten dafür ein, dass die Stadtwerke möglichst schnell aus der Kohleenergie aussteigen und stattdessen massiv in den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung investieren.
- Die Stadtwerke sollen eine Zielmarke von 50 Megawatt durch Nahwärme-BHKW erreichen und dazu neben eigenen Projekten auch andere BHKW-Betreiber*innen

unterstützen und den Zusammenschluss der BHKW zu virtuellen Kraftwerken fördern.

- Wir wollen, dass der Klimaschutzfonds *proKlima* auch künftig für innovative Energieprojekte in Hannover mit jährlich mindestens fünf Millionen Euro ausgestattet wird. Sinnvoll ist Forschung im Bereich der Energiewendetechnik (z. B. Photovoltaik- und Speichertechnologie), die wir mithilfe entsprechender Pilotprojekte unterstützen wollen.

1.2 Umweltschutz und biologische Vielfalt

► Umweltschutz und Stadtgesellschaft

Die Menschen in Hannover haben ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Erhaltung der Umwelt und die Verantwortung für unseren Planeten. Dies ist ein Erfolg GRÜNER Umweltpolitik in unserer Stadt. Zahlreiche Einwohner*innen beteiligen sich in Initiativen, Vereinen, Firmen, Verbänden und kommunalen Einrichtungen aktiv am Schutz der Umwelt. Dieses vielfältige Engagement wollen wir weiter unterstützen und fördern.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Das städtische Agenda 21³- und Nachhaltigkeitsbüro soll seine erfolgreiche Arbeit mit den zusätzlichen Aufgabebereichen Bildungsarbeit in punkto Nachhaltigkeit sowie Förderung des fairen Handels fortsetzen.
- Wir wollen, dass die städtischen Programme *Umweltkommunikation und Umweltbildung* sowie *Arbeit und Umwelt* fortgeführt werden.
- Das Umweltzentrum und Umweltinitiativen wie die BIU, den BUND, die NABU und Transition Town Hannover wollen wir weiter fördern.

³Die Agenda 21 ist ein weltweites Aktionsprogramm, dem sich 1992 in Rio de Janeiro 179 Staaten verpflichtet haben, um den drängenden Problemen des 21. Jahrhunderts (Armut, Krankheit, Analphabetentum, Klimawandel und Umweltzerstörung) entgegenzuwirken. Sie ist ein umfangreiches Programm, das ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichermaßen berücksichtigt, um die Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten. Hannover hat ein lokales Agenda 21-Büro. Mehr Infos unter www.agenda21.de.

► Naherholung und Naturschutz im Stadtwald

Ein gutes Beispiel dafür, dass Naherholung und Naturschutz in Hannover keine Gegensätze sind, bieten die hannoverschen Wälder. Wir wollen die Entwicklung der Stadtwälder als Orte für Erholung und Naturschutz fortsetzen. Holzeinschlag aus Gründen der Verkehrssicherung und zur Erzielung von wirtschaftlichen Erträgen darf nicht dazu führen, dass der Wert der Stadtwälder für das Naturerleben der Bevölkerung geschmälert wird. Wir GRÜNE haben darum mit dem neuen Forstbetriebswerk 2012–2022 dafür gesorgt, dass in den hannoverschen Wäldern keine Bäume aus wirtschaftlichen Gründen gefällt werden, sondern nur noch für waldbauliche Pflegemaßnahmen zur Förderung altholzreicher und naturnaher Bestände sowie aus Verkehrssicherungsgründen.

Wir GRÜNE setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir schützen die für die Natur und die Erholung unersetzlichen alten Bäume in den hannoverschen Wäldern.
- Zehn Prozent der städtischen Forstflächen bleiben derzeit bereits der natürlichen Entwicklung überlassen. Weitere geeignete Flächen sollen identifiziert und als Naturwald geschützt werden.
- Wir wollen, dass brachliegende Flächen an den Rändern der Eilenriede aufgeforstet werden.
- Nachdem über viele Generationen hinweg der Waldanteil im Stadtgebiet – und besonders die Eilenriede – immer weiter verkleinert wurde, wollen wir, dass der Wald in Hannover wieder größer wird.
- Für uns sind Wald- und Waldrandflächen kein Bauerwartungsland.

- Wir fordern eine systematische Kartierung und Bewertung der ökologisch besonders wertvollen Waldränder und Waldrandbereiche.

► Mehr Natur in der Stadt

Hannover beherbergt eine große Vielfalt an Pflanzen und Tieren, die Agrarlandschaften kaum bieten. Diese Vielfalt zu erhalten, zu entwickeln und erlebbar zu machen, haben wir uns zum Ziel gesetzt. Durch die 2011 erfolgten Ernennungen zur *Bundeshauptstadt der Biodiversität* und zur *Europäischen Hauptstadt der Biodiversität* wurde die große Bedeutung des Naturschutzes in Hannover bestätigt. Mit dem von GRÜNEN initiierten Sonderprogramm *Mehr Natur in der Stadt* gibt es ein Pflanzenarten- und ein Tierartenhilfsprogramm für seltene und besonders geschützte Arten, eine naturnähere Grünflächenpflege, eine PR-Kampagne für mehr Wildnis in der Stadt, die Erhaltung und Pflege alter Kulturpflanzen im eigenen Garten oder auf Pachtflächen und ein Programm zur Entdeckung historischer Kulturlandschaft. Auf unsere Anregung hin hat sich die Stadt Hannover dem bundesweiten *Bündnis für biologische Vielfalt der Städte und Gemeinden* angeschlossen.

Wir GRÜNE setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern die Fortsetzung des städtischen Programms *Mehr Wildnis in der Stadt* zum Erhalt der Artenvielfalt in Hannover.
- Die artenreichen Moorflächen im Altwarmbüchener Moor wollen wir durch Wiedervernässungsmaßnahmen erweitern.

- Wir wollen noch mehr blühende Grünflächen und Straßenränder in der Stadt – auch zum Schutz der gefährdeten Bienen.
- Wir fördern die Fassaden- und Dachbegrünung zur Schaffung neuer Lebensräume für Insekten, Kleinsäuger und Vögel auch in dicht bebauten Stadtteilen. Dies mildert gleichzeitig die Klimaerwärmung in der Stadt.
- Wir haben erreicht, dass die Stadtverwaltung das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat nicht einsetzt. Wir engagieren uns mit Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass Glyphosat auch darüber hinaus im Stadtgebiet nicht eingesetzt wird, z. B. im privaten Bereich. Ebenfalls soll die Stadtverwaltung den Einsatz weiterer umweltschädlicher Unkrautvernichtungsmittel reduzieren.

► Luft zum Atmen, Ruhe zum Wohnen – Schadstoff- und Lärmemissionen reduzieren

Stadtluft ist häufig von Emissionen belastet. Luftschadstoffe tragen zu Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, der Atemwege und Allergien bei. Mit der Einführung der Umweltzone, in die nur noch schadstoffarme Fahrzeuge einfahren dürfen, haben wir einen wichtigen Schritt zur Reduzierung der Luftschadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid getan. Solange die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid – anders als für Feinstaub – noch nicht eingehalten werden, kann auf die Umweltzone als eine der Maßnahmen zur Reduzierung der Luftschadstoffe nicht verzichtet werden.

Auch Lärm beeinträchtigt die Gesundheit. Mögliche Folgen dauernder Lärmbelastung sind Schlaf- und Leistungsstörungen, psychische Auffälligkeiten, Stoffwechselstörungen und Bluthochdruck, einhergehend mit einem erhöhten Risiko für Herzerkrankungen. In Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Umgebungslärm hat die Stadt daher einen Lärmaktionsplan aufgestellt, der allerdings auf Temporeduzierungen zur Lärminderung an besonders belasteten Hauptverkehrsstraßen verzichtet. Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass Luftschadstoffe und Lärm am wirkungsvollsten durch die Verlagerung des Verkehrsaufkommens vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und Öffentlichem Personennahverkehr reduziert werden. Der von uns eingeführte *Autofreie Sonntag* demonstriert eindrucksvoll, wie entspannt Mobilität ohne Auto sein kann.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen umweltfreundliche Mobilitätsformen wie Fuß-, Rad- und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Car-Sharing und Elektromobilität fördern, um dadurch den verkehrsbedingten CO₂-Ausstoß, den Lärm und die Luftschadstoffe sowie den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren.
- Wir fordern eine Geschwindigkeitsreduzierung des Straßenverkehrs - flächendeckend Tempo 30 und als ersten Schritt Tempo 40 auf dicht bewohnten Hauptverkehrsstraßen - und eine konsequente Verkehrsüberwachung, um damit zugleich die Luftschadstoffe und den Lärm zu mindern und die Verkehrssicherheit auf den Straßen Hannovers zu erhöhen.

► Ökologisierung der Landwirtschaft in Hannover

In der Gesellschaft wächst die Kritik an den Folgen der konventionellen Landwirtschaft für Tiere und Umwelt. Die GRÜNEN stehen seit langem für eine kontrolliert-biologische Landwirtschaft, also für gesunde Lebensmittel, artgerechte Tierhaltung und eine naturnah gestaltete Landschaft. Wir wollen eine Landwirtschaft, in der die Landwirtsfamilien ihr Auskommen haben.

Eine deutliche Mehrheit in der Gesellschaft lehnt Gentechnik wegen der unwägbareren Risiken für Mensch und Umwelt ab. Auf Initiative der GRÜNEN wird daher bei Pachtverträgen über städtische Landwirtschaftsflächen die Verwendung gentechnisch manipulierter Saat ausgeschlossen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen die landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Stadt langfristig als solche sichern.
- Wir wollen, dass die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Besitz der Stadt Hannover mit Hilfe eines kommunalen Landwirtschaftsprogramms (Agrikulturprogramms) in Kooperation mit den Landwirt*innen ökologischer bewirtschaftet werden.
- Der Anteil an artenreichem Grünland auf städtischen Landwirtschaftsflächen soll weiter erhöht werden.
- Landwirtschaft in der Stadt soll durch Umweltbildung und Informationsangebote erlebbar und deren Wertschätzung gesteigert werden.

► Gute Lebensmittel für eine gute Ernährung

Die Nachfrage nach Biolebensmitteln steigt. Neben Umwelt- und Tierschutz lassen sich über Bioprodukte gesundheitliche Risiken im Zuge von BSE, Gen-Food, Gammelfleisch- und Dioxinskandalen und durch Antibiotika-Rückstände minimieren. Insbesondere Gen-Food wird von der großen Mehrheit der Verbraucher*innen abgelehnt. Bereits 2004 wurde daher auf Initiative der GRÜNEN vom Rat beschlossen, dass in städtischen Einrichtungen wie Kantinen, Schulen und Kitas keine gentechnisch veränderten Lebensmittel verwendet werden. Immer mehr Menschen schränken darüber hinaus ihren Fleischkonsum ein, ernähren sich vegetarisch oder vegan. Denn der weltweit immer noch steigende Fleischkonsum hat vielfältige soziale und ökologische Probleme zur Folge: Futtermittelimporte aus Ländern des Globalen Südens⁴ fördern dort den Hunger. Für das Klima wichtige Tropenwälder werden für Weideland abgeholzt. Die Methangas-Emissionen aus der Massentierhaltung sind klimaschädlich und fördern den Treibhauseffekt. Massentierhaltung ist außerdem nicht artgerecht und das Fleisch daraus beinhaltet oft Medikamentenrückstände.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen eine möglichst ortsnahe und klimafreundliche Produktion von Lebensmitteln auch in der Stadt, z. B. durch die Einrichtung weiterer Stadtteilbauernhöfe und die Bereitstellung von Flächen für Urban Gardening.
- Wir unterstützen die Fortentwicklung in der Vermarktung von Bioprodukten über Bioläden, Wochen- und Bauernmärkte und Produkten aus der Region. Sie bieten kurze Wege und

⁴ Unter Globaler Süden wird die Ländergruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer verstanden.

Frische. Zukunftsweisend ist dafür das Internetportal www.bio-hannover.de.

- Wir befürworten den verstärkten Einsatz regionaler Landwirtschaftsprodukte in der hannoverschen Gastronomie und Hotellerie.
- Wir fordern eine deutliche Ausweitung des Anteils der Verpflegung aus kontrolliert biologischer Herstellung in städtischen Einrichtungen (Kantinen, Kitas, Schulen), stadteigenen Betrieben und bei Veranstaltungen auf städtischem Grund und Boden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Herkunft der angebotenen tierischen Produkte auf den Speiseplänen in städtischen Einrichtungen angegeben wird, wobei im Sinne kurzer Wege vorrangig Fleisch aus regionaler Produktion und im Sinne des Tierschutzes aus artgerechter Tierhaltung angeboten werden sollte.
- Die vom Umweltzentrum und vom Agenda 21-Büro getragene stadtweite Kampagne für weniger Fleischkonsum soll fortgeführt werden. In den städtischen Kantinen und Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten sollen die vegetarischen und veganen Angebote ausgeweitet werden.
- Die Qualität nachhaltiger Angebote möchten wir auch unseren Gästen bieten. Deshalb werden wir uns weiter für einen zukunftsfähigen Stadttourismus einsetzen. Hierzu gehören Energieeffizienz-Checks der Hotel- und Gaststättenbetriebe, der Einsatz von regionalen und saisonalen Produkten sowie das Angebot umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Das nutzt auch dem Klima der Stadt und kann die Betriebskosten senken.

► Tierschutz

Seit über 30 Jahren steht GRÜNE Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt. Sie schließt auch die Tiere ein. Tierschutz heißt für uns, die Lebensräume frei lebender Tiere zu respektieren und zu erhalten. Ausgesetzte und verwilderte Katzen vermehren sich unkontrolliert wodurch es bedauerlicherweise mehr Katzen gibt als Haushalte, die zu ihrer Aufnahme bereit wären. Tierheime werden unnötig belastet, Wildvogelpopulationen bedroht und die Tiere selbst verwahrlosen und leiden unter Krankheiten und Hunger. Die Kastration stellt die erfolgreichste Methode zur Eindämmung von Katzenüberpopulationen dar. Weil private Katzenhalter*innen nicht in die Pflicht genommen werden, muss die Allgemeinheit für die Kosten der Unterbringung und Kastration halbwilder Katzen aufkommen. Hier wollen wir uns an den bereits existierenden Kastrationsverordnungen in anderen niedersächsischen Kommunen orientieren und Lösungen für das Problem liefern. Weiter setzen wir uns beim Land für die entsprechende Rechtsgrundlage ein.

Uns geht es auch um Tiere in Zirkusbetrieben: Die meisten Tiere, die in Zirkusbetrieben, Tierschauen oder ähnlichen mobilen Einrichtungen gehalten werden, verbringen einen Großteil ihres Lebens in engen Transportwagen bzw. Gehegen. Eine tiergerechte Haltung mit Möglichkeiten der Bewegung, des Rückzugs und der Beschäftigung erscheinen hier kaum möglich. Dies gilt insbesondere für nicht domestizierte Tiere wie beispielsweise Giraffen, Nilpferde, Affen und Elefanten. Die Nutzung von Wildtieren in Zirkusbetrieben lehnen wir daher ab.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir setzen uns ein für die Schaffung der Stelle einer/s ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragte/n, die/der Ansprechpartner*in für die Verwaltung, für Bürger*innen und Tierschutzvereine sowie für die Landestierschutzbeauftragte ist.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in Pachtverträgen der Stadt mit Zirkusunternehmen und Schausteller*innen ein Verzicht auf die Wildtierarten verankert wird, die der Bundesrat in seinen Entschliefungen als nicht geeignet benannt hat.
- Wir wollen eine Katzenkastrationsverordnung für Hannover.
- Die Stadt Hannover soll das vom Tierschutzbeirat des Landes Niedersachsen empfohlene Stadttubenmanagement einführen.
- Wir setzen uns für einen Ausschluss von Reptilienbörsen in den Pachtverträgen der Stadt mit Veranstalter*innen in stadteigenen Räumen und Flächen ein.

- Wir wollen, dass die Region als zuständige Bodenschutzbehörde systematisch alle gewerblichen Altlasten untersucht und notwendige Sanierungsfälle identifiziert.
- Wir fordern die Landesregierung auf, die systematische Suche nach Blindgängern aus dem Zweiten Weltkrieg durch die Auswertung von Luftbildern wieder aufzunehmen. Sie war von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung aus Kostengründen eingestellt worden.

► Konsequente Altlastensanierung

Altlastenfälle wie am De-Haen-Platz und am Ihme-Ufer haben gezeigt, wie sehr industrielle Altlasten das hannoversche Stadtgebiet belasten. Es wurde daher ein Altlastensanierungsprogramm beschlossen, um Altlasten auf städtischen Flächen zu erkunden, zu sanieren und Zuschüsse für Sanierungsmaßnahmen an private Grundeigentümer*innen in Hannover zu vergeben.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern die Fortsetzung des städtischen Altlastensanierungsprogramms.

1.3 Grünflächen und Kleingärten

► Grünes Hannover

Hannover ist eine grüne Stadt: Alle Grün- und Freiflächen (einschließlich Landwirtschaftsflächen und Gewässer) machen zusammen rund 50 Prozent der gesamten Stadtfläche aus. Rund 20 Prozent der Gesamtfläche Hannovers sind sogar als Landschaftsschutzgebiete für die Naherholung und den Naturschutz gesichert. Diese auch im Bundesvergleich besondere Freiraumqualität trägt maßgeblich zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. Neben ihrer Bedeutung für die Erholung und die Artenvielfalt tragen die Grün- und Freiflächen als Temperatursenken und Frischluftschneisen auch wesentlich zur Minimierung der Folgen des Klimawandels in Hannover bei. Gerade vor dem Hintergrund einer wachsenden Bevölkerung und einem steigenden Bedarf an Wohnraum in Hannover ist der Schutz dieser Grün- und Freiflächen besonders wichtig.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir treten dafür ein, dass Grünflächen wertgeschätzt werden und dass sie vor anderen Nutzungen, Zerstörung oder Verschmutzung geschützt werden.
- Wir wollen, dass unversiegelte Freiflächen nicht leichtfertig für Bebauung in Anspruch genommen werden. Freiflächen sind kein Bauerwartungsland. Vorrangig sollen daher Bau- und Verkehrsbrachen für die Bebauung genutzt werden.
- Brachflächen sollen aber nicht nur als Vorratsflächen für

Bebauung betrachtet werden. Eine sich verdichtende Stadt braucht auch Pufferflächen, Zwischenräume und Kreativflächen, die sich Mensch und Natur zeitweise zu eigen machen können.

- Das Leinesee-Projekt zur Schaffung künstlicher Seen lehnen wir ab. Wir wollen die nördliche Leineaue als wertvolles Gebiet für Naturschutz, Naherholung und Landschaftskultur erhalten.
- Wir fordern ein städtisches Freiraumkonzept, in das bereits existierende Überlegungen für einen Grünzug an Leine, Ihme und Kanal, die Umsetzung des Fösse-Grünzugs, die Einbeziehung des Welfengartens in das Ensemble der Herrenhäuser Gärten und die freiraumkulturelle Entwicklung des Stadtwaldes Eilenriede einfließen sollen. Bestandteil soll auch die Förderung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln (Urban Gardening) werden.

► Mehr Grün in die Stadtteile

Die Lebensqualität in den hannoverschen Stadtteilen wird durch viel Grün geprägt. Ein Erfolg des Einsatzes der GRÜNEN für mehr Grün in den Stadtteilen ist der nach dem ehemaligen Gartendirektor von Hannover benannte Julius-Trip-Ring: Ein 25 Kilometer langer citynaher Radrundweg verbindet die Grünflächen der einzelnen Stadtteile, den Maschsee, die Flussufer von Leine und Ihme, die Herrenhäuser Gärten, die Kleingärten im Norden und die Eilenriede miteinander.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern, dass erfolgreiche Programme wie das Stadtplatzprogramm zur Aufwertung des Wohnumfeldes, die Sanierung alter Spielplätze, der Bau von Bewegungsparcours für alle Generationen und die ökologische Aufwertung von Schulhöfen und Grünflächen fortgesetzt werden.
- Grün- und Freiflächen sollen für die Förderung der Artenvielfalt und der Erholung stärker verknüpft werden, z. B. durch Fuß- und Radwege.
- Wir treten dafür ein, dass nicht genutzte versiegelte Flächen in Grünflächen umgewandelt werden.
- Die Fassaden- und Dachbegrünung wollen wir zur Schaffung neuer Lebensräume für Insekten, Kleinsäuger und Vögel fördern, insbesondere in dicht bebauten Stadtteilen. Dies mildert gleichzeitig die Klimaerwärmung in der Stadt.
- Wir unterstützen dezentrale Grünflächen in den Stadtteilen, z. B. Vorgärten, Hinterhöfe und Gemeinschaftsgartenflächen.

► Stadt der Gärten

Zu Hannover als „Stadt der Gärten“ gehören auch rund 20.000 Kleingärten, die wichtige soziale, ökologische, klimatische, stadtgestalterische und ökonomische Funktionen haben. Auch unter den Bedingungen des demographischen Wandels, der städtebaulichen Umbauprozesse in Hannover und der sich ändernden sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen bleiben Kleingärten unverzichtbar. Es bleibt unser Ziel, die Kleingärten in Hannover zu erhalten und weiterzuentwickeln. Auf Initiative der GRÜNEN wurde daher die Stadtverwaltung vom Rat beauftragt, ein innovatives

Kleingartenkonzept zu erarbeiten – und zwar in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband der Kleingärtner, den Kleingartenvereinen, den Behindertenverbänden und mit einem besonderen Fokus auf Migrant*innen als Zielgruppe. Denn Gärtnern ist wieder „in“. Es werden allerdings neue Gartenformen und -größen benötigt, um den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht zu werden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen die derzeitige Zahl der Kleingärten erhalten. Angesichts des Bevölkerungsanstiegs sollte auch überlegt werden, ihre Zahl zu erhöhen.
- Kleingärten sind kein Bauerwartungsland. Für wegfallende Kleingärten muss Ersatz geschaffen werden. Diese Ersatzflächen können auch öffentlichen Charakter haben, da gemeinsames Gärtnern immer beliebter wird.
- Kleingärten in Wohnortnähe sind wichtige Frei-, Rückzugs- und Erholungsräume insbesondere für Menschen in hochverdichteten Wohnquartieren. Wir wollen daher, dass neue Gartenstandorte in räumlicher Nähe zu neuer mehrgeschossiger Wohnbebauung entstehen.
- Wir wollen, dass Kleingärten weniger reguliert und für alternative Nutzungskonzepte offen sind: z. B. interkulturelle Gärten, Gemeinschaftsgärten, Frauengärten, Gärten für Kinder etc. Es sollte auch zeitlich befristete Verträge zum gärtnerischen Ausprobieren geben.
- Um alternative Nutzungskonzepte für Kleingärten zu unterstützen, wollen wir das *Gartennetzwerk Hannover* fördern.
- Kleingartenkolonien sollen sich stärker in die Stadtteile öffnen und für alle Menschen besser zugänglich werden. Als informelle Lernorte sollen Kleingärten vermehrt Anlaufpunkte für Schulen, Kitas und VHS werden.

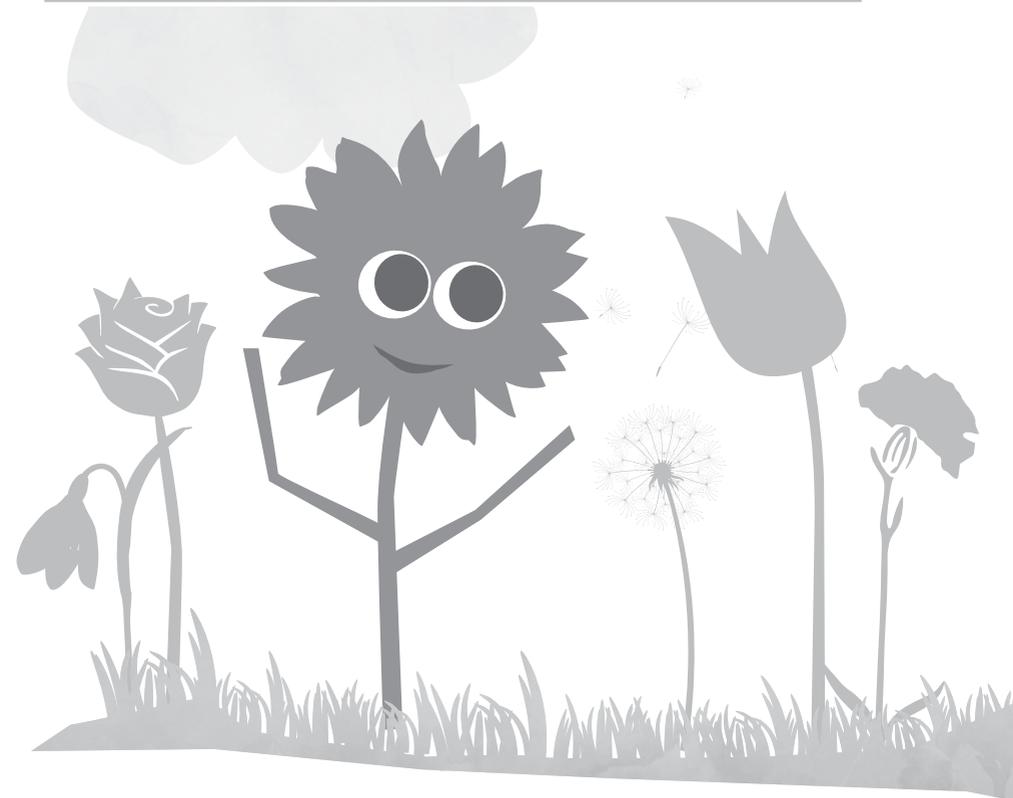
- Neben der Erholungsfunktion soll zukünftig der Lebensmittelanbau (Urban Gardening) in den Kleingärten wieder eine größere Rolle spielen. Dabei können Kleingärten auch zum Erhalt der Nutzpflanzenvielfalt beitragen.
- Kleingärten sind ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Für mehr Natur in den Gärten ist ein entsprechender Ausbau der naturschutzfachlichen Beratung notwendig. Die aus Naturschutzsicht besonders wertvollen hochstämmigen Obstbäume in den Kleingärten sollen geschützt werden. Sinnvoll sind auch Neuanpflanzungen von Streuobstwiesen auf Freiflächen.

► Saubere und sichere Grünflächen

Insgesamt ca. 1.098 Hektar öffentlicher Grünflächen und Parkanlagen sowie ca. 550 Spiel- und Bolzplätze tragen wesentlich zur Lebensqualität und zum Image der Stadt bei. An der Pflege, Unterhaltung und Reinigung dieser Anlagen besteht daher ein besonderes übergeordnetes Interesse. Zudem handelt es sich bei den öffentlichen Grünflächen und Parks um wichtige Bereiche der Stadt, die öffentliche Teilhabe ermöglichen und für alle Bevölkerungsgruppen einen hohen Freizeitwert darstellen. Um dies zu garantieren hat die Stadt seit 1999 Parkranger*innen im Einsatz. Dies führte zu einer Verringerung von Vandalismus, Lärm und Müll.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Angesichts der Zunahme der zu unterhaltenden Flächen soll die Grünflächenpflege personell besser ausgestattet werden.
- Wir wollen die Zahl der Parkranger*innen weiter erhöhen.



2

Vielfältiges Hannover – lebenswert für alle

2.1 Zuwanderung und gesellschaftliche Teilhabe

Wir wollen, dass Menschen, die nach Hannover kommen, sich hier mit ihren Ideen und Vorstellungen einbringen können. Und auch, dass die Gesellschaft und die Strukturen sich für Neue(s) öffnen. Hannover ist seit jeher eine Einwanderungsstadt. Die aktuellen weltweiten Kriege und Konflikte tun ein Übriges – und so hoffen Menschen auf der Flucht darauf, in Hannover ein neues, sicheres Zuhause zu finden. Egal, ob sie nur übergangsweise hier sind oder für immer bleiben – wir wollen diese Zeit für alle Beteiligten positiv gestalten. Viele Regelungen, die Zugewanderte betreffen, sind Bundessache. So setzen wir Grüne uns auf Bundesebene unter anderem seit Jahren dafür ein, das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und eine rasche Überleitung geflüchteter Menschen ins Regelsystem zu ermöglichen. Dies würde auch den bisherigen Verwaltungsaufwand der Kommunen deutlich reduzieren und sie finanziell entlasten. Da die Bundesregierung aber allenfalls zögerliche Schritte unternimmt, um die Situation langfristig zu verbessern, muss auf kommunaler Ebene das Menschenmögliche geleistet werden, um diese Lücken zu schließen.

Jeder Mensch hat das Recht, für sich und seine Familie ein besseres Leben zu suchen. Nicht vergessen wollen wir hierbei die Menschen, die vor Jahrzehnten gekommen sind, aber aufgrund einer fehlenden Zuwanderungspolitik von Teilhabe ausgeschlossen waren oder deren besondere Bedürfnisse nicht gesehen wurden.

► Arbeitsmarktzugang für alle

Obwohl inzwischen allseits anerkannt ist, dass Deutschland Zuwanderung braucht, fehlen weiter viele rechtliche Grundlagen dafür. Mittlerweile gibt es ein Bundesgesetz für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, doch die Verfahren dauern lange und sind teuer. Daher fordern wir eine Vereinfachung der Verfahren und einen Anspruch auf die kostenlose Bewertung und ggf. Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse.

Die Bundesregierung hat zumindest den Zugang zu Praktika und Ausbildung für Neuzugewanderte⁵ und Menschen mit Duldung erleichtert. Wir werden Neuzugewanderte verstärkt darin unterstützen, Ausbildungen anzutreten und sich für Jobs zu qualifizieren. So können sich die Neuzugewanderten besser selbst finanzieren und das Nachwuchsproblem vieler Arbeitgeber*innen reduziert sich. Da neben Neuzugewanderten auch andere Bevölkerungsgruppen aus den Bildungsstrukturen herausfallen (z. B. Menschen ohne Schulabschluss) sollen in der Ausbildungsstrategie alle relevanten Gruppen einbezogen werden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die interkulturelle Bildung in der Stadtverwaltung soll ausgebaut werden.
- Wir setzen uns für die Einstellung von mehr Menschen mit Migrationserfahrung in der Stadtverwaltung ein.
- Wir fordern ein Modellprojekt, um qualifizierte Zugewanderte gerade in die vom Fachkräftemangel betroffenen Bereiche zu vermitteln. Eine Kooperation von Hochschulen, Kammern und

⁵ Neuzugewanderte sind Menschen, die in Deutschland um Asyl bitten, die mit einem Touristen- oder Arbeitsvisum oder über die Freizügigkeit nach Deutschland kommen und längerfristig bleiben wollen.

Berufsbildenden Schulen soll hierzu geprüft werden.

- Wir wollen das erfolgreiche Projekt *ProMI* (Pro Migranten und Integration) der Handwerkskammern weiter unterstützen.
- Wir werden die Stadtverwaltung beauftragen, eng mit den Arbeitgeber*innen und der Regionsverwaltung zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsame und effektive Strategie für diese Herausforderung zu erarbeiten.

► Mitbestimmung ermöglichen

In unserer Stadt leben Menschen aus mehr als 170 Herkunftsländern. Viele von ihnen haben schon seit mehreren Generationen hier ihr Zuhause. Sie leisten in allen Bereichen der Stadtgesellschaft einen unschätzbar wertvollen Beitrag. Diese Bereicherung für Hannover wollen wir weiterhin fördern und so neue Ideen und Innovation ermöglichen. Wir treten für eine stärkere Öffnung der Kultureinrichtungen ein – nicht nur, um das Publikum um Neuzugewanderte zu erweitern, sondern auch um die mitgebrachten Perspektiven auf Kultur und das Verständnis von Kultur zu leben. Der *Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ)* leistet hier wertvolle Arbeit. Durch eine parteipolitisch unabhängige Jury werden in diesem Rahmen 135.000 Euro an Projekte im Integrationsbereich vergeben. So kann die Stadt auch auf diesem Weg mitgestaltet werden.

Der *GFZ* ist zum Vorzeigeprojekt für andere Kommunen geworden. Mit der Verleihung des Integrationspreises wird diese Mitgestaltung der Stadt sichtbar gemacht. Damit Menschen ankommen und sich als Teil der hannoverschen Stadtgesellschaft

fühlen können, ist es essentiell wichtig, dass sie mitbestimmen können – auch ohne im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit zu sein. Darüber hinaus wurden im Rahmen des *Lokalen Integrationsplans (LIP)* 2008 die Integrationsbeiräte geschaffen, in denen Menschen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft Vorschläge für die Verwendung eines Budgets zur Förderung der Integration in ihrem Stadtbezirk machen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir erhalten den *Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ)* und entwickeln ihn weiter.
- Die Verleihung des Integrationspreises des *GFZ* soll alle zwei Jahre stattfinden.
- Wir fordern eine Erneuerung des erfolgreichen *Lokalen Integrationsplanes (LIP)*.
- Wir wollen die lokalen Integrationsbeiräte bekannter machen und setzen uns dafür ein, dass sie über ihr Budget selbst entscheiden können.
- Die in Heimen wohnenden geflüchteten Menschen sollen einen Heimbeirat wählen, der die Interessen der Geflüchteten vertritt und bei Problemen vermitteln kann.
- Wir kämpfen auf allen Ebenen für demokratische Mitbestimmung und deswegen für ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft hier leben.
- Wir fordern ein selbstverwaltetes Zentrum für geflüchtete Menschen.

► Kommunikation erleichtern

Mit der Umwandlung der Ausländerbehörde in eine serviceorientierte Behörde ist bereits ein erster Schritt auf dem Weg zu einem besseren Verständnis zwischen Verwaltung und Zugewanderten erfolgt. Trotzdem ist es unabdingbar, weiterhin Beratung außerhalb der Stadtverwaltung anzubieten. Bei steigender Zuwanderung muss die bisher vorhandene Beratungsstruktur ausgebaut werden. Neuzugewanderte sollen wohlwollend über die Möglichkeiten eines dauerhaften Aufenthaltes beraten werden, um dann eine souveräne Entscheidung über ihre Zukunft treffen zu können.

Wir freuen uns, dass die Dolmetscherdienste, die innerhalb der Verwaltung genutzt werden können, sich immer größerer Beliebtheit erfreuen. Wir erwarten, dass die betroffenen Behörden und Ämter diese vermehrt nutzen, um bestmöglich mit den Ratsuchenden zusammenarbeiten zu können. Sprache ist der Schlüssel. Viele erwachsene Neuzugewanderte wollen die Sprache möglichst schnell lernen, um das neue Zuhause richtig kennenlernen und hier arbeiten zu können. Die vermehrte Zuwanderung führt dazu, dass sowohl Lehrkräfte als auch Räumlichkeiten rar werden. Ein beachtlicher Ausbau der Sprachkurse lässt sich nur über integriertes Lernen (also eine Kopplung von Präsenzveranstaltungen und E-Learning) realisieren.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Anträge und Formulare der Stadtverwaltung müssen in Leichter Sprache und mehrsprachig angeboten werden.
- Mit einem strukturierten Konzept möchten wir den Zugang zu Sprachkursen für möglichst viele schaffen. Hierbei kann der Einsatz von Online-Kursen hilfreich sein.

- Durch eine regionsweite Koordination der Vergabe von Plätzen in Sprachkursen möchten wir das Angebot optimal auf den Bedarf abstimmen.
- Wir wollen die bisher von der Stadt unterstützten Beratungsstellen für Geflüchtete und Anlaufstellen für Menschen ohne Papiere weiter finanzieren.
- Wir fordern mehr Geld für den Einsatz von Dolmetscher*innen, auch außerhalb der Stadtverwaltung, um Beratung und Teilhabe für geflüchtete Menschen zu erleichtern - z. B. bei Terminen mit Ärzt*innen oder in Schulen.

► Bildung für Kinder und junge Zugewanderte

Mehr Zuwanderung bedeutet auch mehr Kinder und Jugendliche, die zur Schule gehen. Daher werden immer mehr Sprachlernklassen eingerichtet. Bisher sind gerade die Klassen an den Grundschulen eher in den westlichen Stadtteilen zu finden. Wir wollen auch für zugewanderte Grundschul Kinder den Leitsatz „Kurze Wege für kurze Beine“ umsetzen. Mit der Einrichtung der bereits geplanten Koordinierungsstelle für die Sprachlernklassen innerhalb der Stadt hoffen wir die Einschulungen für Neuzugewanderte zu erleichtern. Wir begrüßen das Vorgehen der Stadtverwaltung, an Schulen mit Sprachlernklassen gezielt Schulsozialarbeit einzusetzen, um die Integration der Familien in die Schule und den Stadtteil aktiv zu begleiten.

Schwieriger sieht es für diejenigen aus, die kurz vor der Erreichung der Volljährigkeit einwandern oder kurz danach. Selbst wenn sie noch schulpflichtig sind, reicht die Zeit oft nicht aus,

um die Sprache gut genug zu lernen, um einen Bildungsabschluss zu erreichen. Zwar gibt es die Möglichkeit, länger an der berufsbildenden Schule zu bleiben – aber damit ist der Übergang in eine Regelschule nicht mehr möglich. Um in unserer Gesellschaft teilhaben zu können, ist ein Schulabschluss eine der wichtigsten Voraussetzungen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir möchten auf Landesebene eine deutliche Aufstockung der Plätze in Sprachlernklassen erreichen.
- Dabei soll ein wohnortnahes Angebot von Sprachlernklassen angestrebt werden, damit vor allem Grundschüler*innen keine Nachteile haben.
- Wir werden uns bei der Landesregierung dafür einsetzen, die Schulpflicht für Zugewanderte auf 21 Jahre anzuheben, um einen Schulabschluss für zugewanderte junge Menschen sicherzustellen.
- Bis es zum vorgenannten Punkt auf der Landesebene Verbesserungen gibt, wollen wir von der Volkshochschule ein Konzept für ein Kursangebot zum Erlernen der Sprache und Erreichen von Schulabschlüssen erarbeiten lassen.

► Schutz und Hilfe für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Ende 2015 fand ein elementarer Wechsel im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten statt: Noch immer gilt für sie das Kinderschutzrecht und sie werden von den Jugendämtern betreut – jedoch nicht mehr dort, wo sie angekommen

sind. Durch eine geänderte Verteilung wohnen nun deutlich mehr minderjährige Geflüchtete in Hannover. Wir bekennen uns ganz klar zur besonderen Schutzbedürftigkeit dieser Personengruppe und wollen ihnen die beste Umgebung schaffen, damit sie die oft traumatischen Erlebnisse ihrer Flucht verarbeiten können und sie optimal beim Erwachsenwerden unterstützt werden können.

Wir erwarten, dass vorhandene Dokumente und Zeugnisse für die Altersfeststellung anerkannt werden. Wir verwehren uns gegen scheinbar medizinische Instrumente der Altersfeststellung und kämpfen dafür, dass bei Zweifeln am Alter zugunsten der Minderjährigkeit entschieden wird. Gerade Kinder und Jugendliche, die ihre Familien zurücklassen mussten oder auf der Flucht verloren haben, bedürfen therapeutischer Unterstützung. Sie müssen ihre Erlebnisse verarbeiten, wissen oft nicht, was aus ihren Familienangehörigen geworden ist und sind zudem mit der Situation konfrontiert, abrupt aus der Position des umsorgten Kindes in die einer auf sich gestellten und für sich selbst sorgenden Person zu wechseln. Sie müssen in Pflegefamilien untergebracht werden, da eine familiäre Struktur ihren Bedürfnissen nach Schutz und Fürsorge am ehesten gerecht wird. Für jugendliche Geflüchtete bieten sich therapeutisch betreute Wohngruppen an, um die Jugendlichen auf das Erwachsensein vorzubereiten. Es müssen alle therapeutischen Mittel genutzt werden, um ihnen eine altersgerechte Verarbeitung der Erlebnisse zu ermöglichen. Aber auch minderjährige Geflüchtete, die Familienangehörige in Hannover haben, bei denen sie leben können, bedürfen mehr Unterstützung als aktuell gewährt.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen sicherstellen, dass die UN-Kinderrechtskonvention eingehalten wird.
- Bei Bedarf müssen Jugendliche länger in Obhut des Jugendamtes bleiben, um eine Retraumatisierung zu verhindern bzw. eine Ausbildung beenden zu können.
- Wir wollen, dass alle, die bei der Einreise einschließlich 16 Jahre alt sind, in Pflegefamilien untergebracht werden.

► Unterbringungsstandards halten

GRÜNE haben dafür gekämpft, hohe Standards für die Unterbringung von Geflüchteten in dieser Stadt zu setzen. Das haben wir geschafft. In der aktuellen Situation sind manche dieser Standards (wie die Begrenzung von Wohnheimen auf 50 Bewohner*innen und der Vorrang von dezentraler Unterbringung in Wohnungen) nicht zu halten. Daher setzen wir diese aus – aber wir geben sie nicht auf. Sobald sich die Situation entspannt hat, fordern wir eine Rückkehr zu allen festgelegten Richtlinien. Auch in der aktuellen angespannten Situation halten wir an den von uns gesetzten Standards zur sozialen Betreuung in den Wohnheimen und -projekten zur Unterbringung Geflüchteter fest. Diese legen unter anderem fest, dass 1,5 Sozialarbeiter*innenstellen für 50 Personen vorgesehen sind.

Darüber hinaus fordern wir, dass weiterhin sichergestellt wird, dass Frauen und Familien in eigenen Einrichtungen bzw. Gebäudetrakten untergebracht werden. Zudem müssen die Mitarbeiter*innen vor Ort auf geschlechtsspezifische Bedarfe

geschult werden und dafür sensibilisiert werden, offensiv gegen sexualisierte Gewalt einzutreten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass das Integrationsmanagement der Stadt personell derart aufgestellt ist, dass es ein funktionierendes Auszugsmanagement betreiben kann.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir werden eine angemessene Betreuung durch Sozialarbeiter*innen für Geflüchtete beibehalten.
- Familien und alleinreisende Frauen wollen wir so unterbringen, dass sie bestmöglich geschützt sind.
- Wir setzen uns dafür ein, bei einem Rückgang der Zahl der Geflüchteten die beschlossenen Unterbringungsstandards wieder in Kraft zu setzen.
- Wir Grüne setzen uns dafür ein, zeitnah die Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen einzuführen. Hannover soll hierzu dem Rahmenvertrag des Landes Niedersachsen mit den Krankenkassen beitreten, sobald dieser vorliegt.

2.2 Soziale Teilhabe

Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, an Bildung, Kultur, Sport und Freizeit teilnehmen zu können. Wir wollen sie bei einem selbstbestimmten Leben unterstützen. Ein solidarisches Hannover ist nur möglich durch die Vielfalt sozialer Trägergesellschaften und die vielen ehrenamtlich tätigen Einwohner*innen. Ob Hannover für die Zukunft gut aufgestellt ist, wird genau davon abhängig sein, inwieweit es gelingt, Integration zu verwirklichen. Durch ihre freiwilligen Leistungen stellt sich die Stadt dieser Verantwortung. Diese Leistungen müssen weiter ausgebaut werden – auch in Zeiten von Sparzwang. Sozialpolitik muss dabei einen langen Atem haben und verlässlich sein. Mit Umsicht, Nachhaltigkeit und vorausschauender Planung wollen wir erreichen, dass Hannover eine lebenswerte Stadt für alle bleibt.

Menschen mit Behinderung sind immer noch überproportional stark von Arbeitslosigkeit und fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten betroffen. Wir wollen die Alternativen zu den Werkstätten, in denen Menschen mit Behinderung arbeiten, stärken und setzen auf betriebsintegrierte Beschäftigungen in allen Formen: z. B. Integrationsbetriebe und -abteilungen, unterstützte Beschäftigung, Arbeitsassistenz, persönliches Budget für Arbeit, Leistungsausgleiche und Außenarbeitsplätze für Werkstattbeschäftigte (z. B. CAP-Märkte⁶, Embrace-Hotels⁷). Unsere Vision ist ein barrierefreies

⁶ Abgeleitet von handicap. In CAP-Märkte (meistens Supermärkte) arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung zusammen.

⁷ Im Verbund der EMBRACE-Hotels haben sich 43 integrative Hotelbetriebe aus Europa (Deutschland, Griechenland, Belgien, Schweiz und Italien) zusammengeschlossen, die sich dem Gedanken der Inklusion verschrieben haben, und bei ihrem Angebot die Besonderheit und die individuellen Bedürfnisse ihrer Gäste und ihrer Mitarbeiter*innen in den Mittelpunkt stellen.

Leben. Durch großes gesamtgesellschaftliches Engagement ist ein rollstuhlgerechtes Leben in unserer Stadt schon teilweise möglich.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen den durch GRÜNE Initiative eingeführten Hannover-Aktivpass weiter finanziell gut ausstatten, damit soziale Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft gesichert wird.
- Wir fordern die Übersetzung von Informationen in öffentlichen Einrichtungen wie Behörden in Gebärdensprache und Leichte Sprache sowie Schulungen von Beschäftigten in Verwaltung und Bereichen mit Kundenkontakt.
- Wir werben für einen Perspektivwechsel: Wir möchten kleine und große Betriebe ermutigen, nicht nur in Zeiten des Fachkräftemangels über den Tellerrand zu schauen und Menschen nach ihren individuellen Stärken einzustellen.

► Wohnungslosigkeit ist keine Frage von Schuld

Wohnen darf kein Luxus sein – Wohnen ist ein Menschenrecht. Alle Menschen in der Gesellschaft haben den Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Trotzdem leben in Hannover Menschen auf der Straße; sie brauchen besondere Unterstützung. Durch die steigenden Mieten in der Stadt sind aktuell besonders viele Menschen vor große Probleme gestellt. Im schlimmsten Falle droht ihnen die Wohnungslosigkeit. Hier wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen intensiv gegensteuern. Sozialwohnungen gehören für uns in alle Stadtteile, denn die soziale Durchmischung macht eine lebendige Stadt aus.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen den sozialen Wohnungsbau weiter fördern.
- Die Wohnungen mit Belegrechten⁸ wollen wir deutlich aufstocken.
- Durch die Unterstützung von Projekten und Initiativen für Wohnungslose wollen wir den betroffenen Menschen helfen, schnell eine Wohnung zu finden.
- Wir werden uns für Projekte und Initiativen einsetzen, die präventiv Menschen unterstützen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.

⁸ Durch Belegrechte unterstützt eine Kommune Menschen, die sich am Wohnungsmarkt nicht selbst mit Wohnraum versorgen können, durch besondere Mietverträge. Es wird garantiert, dass freie Wohnungen bestimmungsgemäß vermietet werden und die Rechte der Stadt bei der Vermietung von Wohnungen gewahrt bleiben (z. B. niedrigere Mieten). Voraussetzung für Wohnungssuchende ist ein Wohnberechtigungsschein/B-Schein.

2.3 Seniorengerechtes Hannover

Ältere Menschen sind ein wesentlicher Teil unserer Stadtgesellschaft in Hannover. Die Geburtenzahlen in Hannover steigen seit einiger Zeit wieder an. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt in Hannover kontinuierlich zu. Die individuellen Anforderungen an ein seniorengerechtes Leben in der Stadt sind dabei sehr unterschiedlich. Viele Senior*innen sind aktiv, mobil, engagiert und gestalten ihr Leben weitgehend selbstständig. Sie bringen ihr Können und Wissen häufig ehrenamtlich in das Gemeinwesen ein. Andererseits gibt es Senior*innen, die Hilfe oder Pflegeleistungen benötigen – besonders im hohen Alter oder bei einer lebenslangen Behinderung. Senior*innen und ihre Anforderungen an eine seniorengerechte Stadtgesellschaft müssen deshalb differenziert betrachtet werden.

Die meisten Senior*innen wollen selbstbestimmt in ihren bisherigen Wohnungen leben. Um dies zu ermöglichen, brauchen wir neben guten Wohnungen mit hohen Standards eine Quartiersentwicklung, die allen Altersgruppen Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht. Eine solidarische Quartiersentwicklung beteiligt alle Betroffenen und geht auf ihre Bedürfnisse ein. Mit ihrer Hilfe kann vor Ort Gemeinschaft jenseits familiärer Bindungen organisiert und das soziale Netzwerk der Senior*innen gestärkt werden. Diese solidarischen und nachbarschaftlichen Unterstützungssysteme in den Quartieren können dazu beitragen, der Vereinzelung älterer Menschen wirksam vorzubeugen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir machen uns stark für eine offene Altenarbeit, bei der nicht die Pflege, sondern Partizipation und Mitbestimmung bei kommunalen Planungen und Entwicklungen, z. B. beim Thema Wohnen, im Vordergrund stehen.
- Wir treten ein für eine Quartiersentwicklung, die alle mitnimmt und Vereinzelung vorbeugt – für mehr Lebensqualität, entspannte Nachbarschaften und gegenseitigen Respekt.
- Wir setzen uns ein für die Förderung durchmischter Quartiere, Mehrgenerationenhäuser und alternativer Wohnformen.
- Wir machen uns stark für mehr barrierefreie/rollstuhlge-rechte Wohnanlagen, die ein selbstständiges und altersge-rechtes Leben ermöglichen.
- Wir werden lokale Betriebe und Geschäfte stärken, damit Senior*innen auch weiterhin im Quartier einkaufen können.
- Wir fördern senioren-gerechte Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit und Sport sowie generationsübergreifende Angebote.
- Wir unterstützen Selbsthilfeangebote von Senior*innen.
- Wir werden die Entwicklung von Angeboten zur Pflege von älteren Menschen mit lebenslangen Behinderungen im Sinne der Inklusion fördern.
- Wir treten ein für spezielle Pflege- und Betreuungsangebote für ältere Migrant*innen. Dabei müssen kulturelle Unterschiede respektiert werden.
- Wir treten ein für eine kultursensible Pflege von Frauen und Männern mit anderen sexuellen Orientierungen.
- Wir werden die Entwicklung von neuen Betreuungsformen für Ältere und von gemeinschaftlichen Wohnformen für Alt und Jung unterstützen.

- Wir machen uns stark für eine Fortführung des vom Bund geförderten Programms *Soziale Stadt*, das eine Beteiligung der Bewohner*innen an der Quartiersentwicklung sicherstellt.

2.4 Die Hälfte der Macht den Frauen – Gleichstellung konsequent zu Ende denken

In den letzten 40 Jahren hat sich viel getan. Es ist selbstverständlich geworden, dass Frauen einen Beruf erlernen und arbeiten. Die Einführung der Elternzeit ermöglicht es beiden Elternteilen, aktiv am Leben ihres Kindes teilzuhaben und trotzdem im Beruf zu bleiben. Aber es bleibt noch viel zu tun. Ein respektvoller, gleichberechtigter Umgang mit Frauen ist leider immer noch nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen gegeben. Für immer mehr Menschen ist ein geschlechtsunabhängiger fairer und mitmenschlicher Umgang eine Selbstverständlichkeit. Sie erwarten, dementsprechend behandelt zu werden – und reagieren hilflos, verärgert oder schockiert, wenn sie übergangen, schlechter bezahlt oder lediglich auf ihr Äußeres reduziert werden. Andere erleben, dass ihr Anspruch auf Elternzeit nicht so widerspruchsfrei anerkannt wird. Die Familienarbeit wird noch immer zum großen Teil von Frauen geleistet. Doch auch der Wiedereinstieg für Eltern, die sich für eine längere berufliche Auszeit entscheiden, um sich zunächst um die Familie zu kümmern, bleibt schwierig. Studien zeigen, dass in Deutschland jede vierte Frau mindestens einmal im Leben Opfer von (sexualisierter) Gewalt wird. Frauen und Mädchen mit Behinderung sind zwei- bis dreimal stärker betroffen. Nur ein minimaler Anteil von Vergewaltigungen wird angezeigt und noch weniger werden verurteilt. Statistisch gesehen ist die Phase einer Trennung die gefährlichste für Frauen, da ein Großteil der Fälle, in denen Frauen angegriffen werden, auf Ex-Partner zurückzuführen ist. Das darf unter keinen Umständen

hingenommen werden. Gute Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Beratungsangebote können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass in Zukunft Zeug*innen, das soziale Umfeld und die Behörden schneller einschreiten.

► Erwerbsarbeit als Motor für Gleichstellung nutzen

Mehr Frauen denn je nehmen am Erwerbsleben teil. Dennoch ist die Arbeitswelt eine der größten Baustellen im Gleichstellungsbereich. Wir treten dafür ein, dass Frauen und Männer entscheiden können, wie sie Erwerbsarbeit und Familie leben wollen – ohne dafür ihre Karrieren aufgeben, finanzielle Abhängigkeiten oder Altersarmut riskieren zu müssen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie die Aufwertung von „frauentypischen“ Berufen sind dringend erforderlich. Die Einführung der sogenannten Mütterrente bringt nicht viel, da die Mütterrente auf die Grundsicherung angerechnet wird, so dass die Frauen, die dringend mehr Geld benötigen, gar nicht profitieren. Erwerbsarbeit gestalten wir auf der kommunalen Ebene konkret in der Stadtverwaltung mit. Wir wollen, dass diese weiter vorbildlich für Gleichstellung wirbt. Mutterschutz- und Elternzeitvertretungen dienen oft als erster Berufseinstieg. Hier gilt es Fachkräfte zu binden und jungen Menschen eine Zukunft zu eröffnen. Arbeitgeber*innen sollten neben Kinderbetreuung auch niedrigschwellige Angebote zur Unterstützung bei der Pflege wie beispielsweise Tagestreffs bereithalten, um ihre Mitarbeiter*innen zu entlasten. Die Umsetzung unserer personalpolitischen Ziele in der Stadtverwaltung soll eine Vorbildfunktion für Arbeitgeber*innen entfalten, so dass eine lebenszeitsensible Arbeitsplatzgestaltung zur Norm wird.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Karriere in Teilzeit muss in allen Bereichen der Stadtverwaltung möglich werden.
- Wir befürworten die Fortsetzung von Angeboten zur Weiterbildung für Geringqualifizierte mit dem Ziel der Übernahme neuer Aufgaben im Anschluss.
- Wir werden uns auf Bundesebene für die Abschaffung des diskriminierenden Ehegatt*innen-Splittings einsetzen.

► Geschlechtergerechte Stadtplanung

Immer mehr Menschen leben in Hannover. Mit dem *Wohnkonzept 2025* begegnen wir der Nachfrage nach mehr Wohnraum. Dabei entstehen teilweise ganze Stadtviertel neu – eine gute Gelegenheit, die Stadt neu zu denken und geschlechtersensibel zu planen. Es ist bekannt, dass mehr Frauen als Männer den öffentlichen Nahverkehr nutzen und zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Wir wollen eine ganzheitliche Mobilitätsgestaltung, die sowohl unterschiedliches Nutzungsverhalten als auch Sicherheitsempfinden berücksichtigt. Für Frauen ist es insbesondere wichtig, nachts kurze Wege zu haben. Des Weiteren wollen wir eine Minimierung so genannter Angsträume (dunkle Ecken, Tunnel etc.) und das Vorhandensein von Sichtachsen. In Hannover sollen sich alle Menschen sicher fühlen.

Der Mangel an günstigem Wohnraum betrifft insbesondere Frauen. Aber auch an anderer Stelle ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ein großes Problem: Von Gewalt betroffene Frauen können sich nicht aus der Partnerschaft lösen oder

verbleiben sehr lange im Frauenhaus, da sie keine bezahlbare Wohnung finden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir setzen uns für eine geschlechtersensible Stadtplanung ein, die Angsträume vermeidet.
- Wir fördern weiter das FrauenNachtTaxi.
- Wir wollen spezielle Angebote für Frauen, die sich abends im öffentlichen Straßenraum nicht mehr sicher fühlen, fördern (z. B. gemeinsame Theaterbesuche).
- Wir machen uns stark für ein Wohnprojekt für Frauen als Übergang zwischen Frauenhaus und eigener Wohnung.

► Frauen nach vorn – auch bei den Posten

Die Arbeit gegen Diskriminierung fängt bei uns an. Daher werden wir unsere Wahllisten weiterhin quotieren, um eine ausgewogene Besetzung unserer Rats- und Bezirksratsfraktionen zu erreichen. Auch setzen wir uns dafür ein, dass sowohl die Führungspositionen der Dezernate als auch die der Vorstände städtischer Töchter stärker mit Frauen besetzt werden. Bei städtischen Unternehmen und in der Verwaltung sind bereits erste Erfolge dieser GRÜNEN Politik sichtbar.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir werden sicherstellen, dass mindestens 50 Prozent der von GRÜNEN zu besetzenden Plätze in Aufsichtsräten, Beiräten und ähnlichen Gremien durch Frauen eingenommen werden.

- Wir setzen uns bei der Stadtverwaltung dafür ein, dass Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen der Stadt zur Hälfte mit Frauen besetzt sind.
- Wir machen uns dafür stark, zielgerichtet geeignete Kandidatinnen für Führungspositionen zu suchen.

► Neue (Geschlechter-)Bilder schaffen

Wie wir miteinander umgehen, liegt oftmals in unseren Vorannahmen über die andere Person begründet. Gerade mit dem jeweiligen Geschlecht sind umfassende Vorstellungen verknüpft, wie eine Person zu sein hat: stark, schwach, sensibel, kompetent usw. Sämtliches Verhalten wird so interpretiert, dass es zu unseren Vorstellungen passt. Dies kann zu Diskriminierung und Bevorzugung führen oder einfach zu einer Einschränkung der Berufswahl.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Werbung. Sie dominiert oft das Straßenbild. Umso wichtiger, dass keine Vorurteile oder abwegigen Geschlechterbilder verbreitet werden – z. B. die allzeitige sexuelle Verfügbarkeit von Frauen. Die Werbeverträge der Stadt sind inzwischen entsprechend formuliert – nun sorgen wir dafür, dass sie eingehalten werden. Zur Veränderung der Geschlechterbilder gehört es für uns auch, Männer dabei zu unterstützen, berufliche Auszeiten für die Elternzeit oder Pflege zu nehmen.

Frauen sind in vielen Bereichen aktiv, oft aber weniger sichtbar als ihre Kollegen. Der *Stadt-Hannover-Preis* arbeitet gezielt dagegen, indem Einwohnerinnen, die einen wertvollen Beitrag für die hannoversche Wirtschaft leisten, ausgezeichnet werden. Wir wol-

len dazu beitragen, Frauen in anderen Bereichen wie Kunst und Kultur, aber auch Sport sichtbarer zu machen und regen an, bei städtischen Veranstaltungen auf eine paritätische Ausrichtung zu achten und Sportevents von Frauen genauso zu bewerben wie die von Männern.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Sexistische Werbung wollen wir aus der Stadt verbannen.
- Wir wollen die konsequente Verwendung von geschlechtersensibler Sprache in allen Veröffentlichungen der Stadtverwaltung.
- Mit uns wird es keine Abschaffung des Gleichstellungsausschusses geben. Solange Gleichstellung nicht vollständig realisiert ist, bedarf es eines eigenen Ausschusses.

► Perspektiven schaffen, Gewalt verhindern

Hannover ist durch hervorragend vernetzte Beratungsstellen sehr gut aufgestellt, um von Gewalt betroffene Frauen (und teils auch Männer) zu unterstützen. Enttabuisierung führt dazu, dass mehr Frauen Hilfe suchen, wobei die Problemlagen immer komplexer werden. Das *Hannoversche Interventionsprogramm gegen Männergewalt in der Familie (HAIP)* war 1997 – gemeinsam mit einem ähnlichen Projekt in Berlin – das erste Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt in Deutschland und somit vorbildlich. In Hannover fehlt es jedoch an Therapeut*innen für Traumatherapie. Deshalb übernehmen unsere Beratungsstellen die Stabilisierung der Betroffenen während der Wartezeit auf einen Therapieplatz. Dabei geraten sie an den Rand ihrer

Belastbarkeit. Zudem fordern wir spezifische Angebote für traumatisierte, geflüchtete Frauen. Flucht geht oft einher mit Gewalterfahrungen, die zu den Kriegserfahrungen hinzukommen. Frauen sind besonders betroffen, da sexualisierte Gewalt oft genutzt wird, um Macht zu demonstrieren und Gegenwehr zu brechen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir setzen uns ein für die bedarfsgerechte Förderung der Beratungsstellen und des Frauenhauses.
- Wir wollen den *HAIP*-Verbund stärken und fordern eine Geschäftsstelle in der Stadtverwaltung.
- Mit Informations- und Präventionskampagnen wollen wir weiter daran arbeiten, ein Bewusstsein für das Ausmaß und die Folgen von sexualisierter Gewalt zu schaffen.
- Wir unterstützen die Forderung auf Bundesebene, in den Vergewaltigungsparagrafen den Grundsatz „Nein heißt nein“ aufzunehmen.

► Mütter stärken – Gegen die Pathologisierung von Schwangerschaft und Geburt

Die freie Wahl von Geburtsart und -ort sind ein wichtiger Faktor für das positive Erleben und das gute Gelingen einer Geburt. Wir wollen die werdenden Mütter schützen und dabei unterstützen, den für sie richtigen Weg zu gehen. Das Angebot in Hannover hat sich verschlechtert – die Geburtsstation des Nordstadtkrankenhauses wurde geschlossen und die Diakoniekrankehäuser wollen ihr Angebot zentralisieren. Geburtshilfe ist nicht rentabel

und wird bei auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Krankenhäusern leicht zum Kostenfaktor. Um die steigende Geburtenrate zu bewältigen, brauchen wir mehr Hebammen, die Hausgeburten betreuen und weitere Geburtshäuser. Eine 1:1-Betreuung unter der Geburt muss selbstverständlich werden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir appellieren an die Region Hannover sicherzustellen, dass personell gut ausgestattete Geburtsstationen für alle Schwangeren zur Verfügung stehen.
- Wir fordern auf Bundesebene, die Haftpflichtprämien für Hebammen zu übernehmen, um diesen Berufsstand zu schützen. Nur durch freiberuflich tätige Hebammen kann die lückenlose Versorgung der Schwangeren gewährleistet werden.

2.5 Sexuelle Vielfalt in Hannover leben

Vielfalt ist die Stärke einer offenen Gesellschaft. DIE GRÜNEN stehen seit ihrer Gründung als verlässliche Anwält*innen für ein diskriminierungsfreies Leben von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ*). Wir treten dafür ein, Wissen zu vermitteln und einen Austausch innerhalb der Gesellschaft über sexuelle Identitäten zu schaffen. In der Stadtverwaltung wurde eine erfolgreiche Fortbildung für Führungskräfte entwickelt, um für LSBTIQ*-Mitarbeitende und ihre spezifischen Bedürfnisse zu sensibilisieren.

Das Geschlecht ist eine der zentralen Kategorien, mit denen wir unsere Welt begreifen. Dass es mehr als zwei Geschlechter gibt oder diese manchmal nicht so klar zuzuordnen sind, ist vielen Menschen (noch) nicht bewusst. Zudem führt die Auflösung der Geschlechter zu Unsicherheit, da gewohnte Umgangsformen nicht mehr passen. Es bestehen viele Vorurteile – gegen diese machen wir uns stark.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir werden eine Aufklärungskampagne über die vielfältigen sexuellen Lebensformen initiieren.
- Wir machen uns stark für die Weiterführung und -finanzierung von Projekten, wie beispielsweise dem Andersr(a)um als Dach der LSBTIQ*-Selbsthilfegruppen.
- Wir unterstützen Initiativen zur Beendigung gesellschaftlicher Diskriminierung von LSBTIQ*-Menschen und die Vernetzung der

Aktiven, z. B. durch den *Runden Tisch Emanzipation und Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Landeshauptstadt Hannover*.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung vermehrt Fortbildungen zur Sensibilisierung im Umgang mit LSBTIQ*-Menschen anbietet – besonders in den Bereichen mit viel Kund*innenkontakt (z. B. Jugendzentren und Freizeitheime).
- Wertschätzung setzt gemeinsames Erleben und damit gegenseitiges Kennenlernen voraus: Wir treten daher auch für die Thematisierung und Sensibilisierung von sexueller Vielfalt in Schulen ein.
- Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für die Öffnung der Ehe für alle ein.

2.6 Hannover ist bunt – Rassismus bekämpfen

In den aktuellen Diskussionen um gestiegene Zuwanderungszahlen wird wieder deutlich, dass Rassismus kein Randphänomen ist, sondern in erschreckend vielen Köpfen anzutreffen ist. Erfreulicherweise gibt es aber auch mindestens ebenso viele Menschen, die Diskriminierung und Rassismus entgegentreten. Gemeinsam wollen wir weiter daran arbeiten, dass in Hannover Rassismus keinen Platz hat und keine Unterstützung erfährt. Worauf rassistische Argumentationen und Verhaltensweisen basieren, wollen wir offenlegen, damit wir Veränderungen erreichen. Dabei geht es nicht nur um Äußerlichkeiten, über die Menschen als anders bezeichnet und daher abgelehnt werden, sondern auch um Vorstellungen über Religionsausübung, das Geschlecht oder den Umgang mit Frauen. Immer spielt auch der soziale Status der beurteilten Menschen eine Rolle.

Eine offensichtliche Auswirkung von Rassismus war jahrzehntelang die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund an Diskotheken. Ausländisch aussehende Männer wurden von verschiedenen Diskotheken wiederholt abgewiesen. Mit einem Siegel gegen Diskriminierung haben wir in Hannover ein Bewusstsein für diese Ungerechtigkeit geschaffen. Nun ändert die rot-grüne Landesregierung das Gaststättengesetz, so dass diese Diskriminierung zukünftig ordnungsrechtlich geahndet werden kann.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Vielfalt der Stadt Hannover muss sich personell auch in der Stadtverwaltung widerspiegeln. Nur über Begegnungen lassen sich Vorurteile abbauen und Verhaltensweisen ändern.
- Wir werden uns für ein Angebot zur interkulturellen Schulung für alle Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung einsetzen.
- Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle der Stadtverwaltung stadtweit bekannter machen. Das Antidiskriminierungsgesetz ist ein wichtiger Schritt, um konkret gegen rassistische Diskriminierung vorgehen zu können. Hier gibt es auch Beratung zu Handlungsmöglichkeiten, die nicht immer juristischer Natur sein müssen.
- Wir setzen uns für die Anwendung der neuen Sanktionsmöglichkeiten bei Diskriminierung an der Diskotür ein, damit in Zukunft alle gemeinsam tanzen können.

► Rechtsextremismus effektiv Paroli bieten

Rechtsextremist*innen nutzen in ganz Deutschland die erhöhten Zuwanderungszahlen, um Stimmung gegen Ausländer*innen, Unterstützer*innen und Andersdenkende zu machen. Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten steigt bundesweit. Auch in Hannover nehmen rechtsextreme Aktivitäten zu. Nach dem Verbot der Nazigruppierung *Besseres Hannover* 2012 wirkte es so, als seien Rechtsextremist*innen in Hannover nicht mehr aktiv. Doch das täuscht: Die Organisationsformen haben sich lediglich verschoben. Flyer mit rechtspopulistischer Hetze gegen geflüchtete Menschen werden verteilt, Wohnheime für Geflüchtete beschmiert, es kommt zu martialischem

Auftreten und teils gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber Neuzugewanderten und Andersdenkenden. Auch Jüdinnen und Juden werden in Hannover angegriffen und im öffentlichen Raum mit antisemitischen Ressentiments konfrontiert.

Dank des unermüdlichen Engagements vieler Einwohner*innen unserer Stadt konnte sich das Bekleidungsgeschäft Tønsberg in der List nicht als rechtsextremer Szenetreffpunkt etablieren. Der hannoversche Pegida-Ableger Hagida startete mit lediglich 200 Teilnehmenden und einer überwältigenden Gegendemonstration von über 19.000 Demonstrierenden. Hunderte Menschen aus der Zivilgesellschaft haben den geplanten Marsch durch eine Blockade verhindert. Auch wenn die Hagida-Demonstrationen inzwischen auf unter 50 Personen geschrumpft sind, dürfen sie nicht unterschätzt werden. Noch immer finden regelmäßig Aufmärsche statt, an denen sich bekannte Protagonist*innen der hannoverschen rechtsextremistischen Szene beteiligen. Auch im hannoverschen Rat findet sich mit den *Hannoveranern* eine rechtspopulistische Gruppierung.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern, dass sich die von GRÜNEN initiierte *Stelle für Demokratiestärkung gegen Rechtsextremismus* offensiv mit den gegen Rechtsextremismus tätigen Verbänden und Gruppierungen vernetzt, um Hilfestellung zu geben, Wissen auszutauschen und gemeinsam schnell und gezielt reagieren zu können. Stärker als bisher soll die *Stelle für Demokratiestärkung gegen Rechtsextremismus* die zivilgesellschaftlichen Organisationen koordinieren. Dies macht eine Stärkung der *Stelle für Demokratiestärkung gegen Rechtsextremismus* erforderlich. Die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der zivil-

gesellschaftlichen Organisationen und Akteur*innen sollen dennoch weiterhin gewahrt bleiben.

- Wir fordern, die für 2016 erstmalig geplante Woche gegen Rechts jährlich zu veranstalten und künftig die *Schulen gegen Rassismus* und andere Bildungseinrichtungen in die Arbeit gegen Rassismus einzubinden. Dabei sollen thematische Schwerpunkte gesetzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Haushaltsmittel für Antirassismus und Integration, die für Projekte gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Verfügung stehen, aufgestockt und für alle zivilgesellschaftlichen Akteur*innen geöffnet werden.



3

Raum für alle – Wohnen und Verkehr

3.1 Solidarische und nachhaltige Stadtentwicklung

► Die wachsende Stadt

Hannover ist eine wachsende Stadt. Anders als noch vor einiger Zeit prognostiziert wächst die Zahl der Einwohner*innen Hannovers seit Jahren deutlich. Allein in den vergangenen drei Jahren stieg die Bevölkerungszahl um weit über 10.000 Personen auf knapp 538.000 Einwohner*innen. Und diese Entwicklung soll sich mittelfristig bis 2030 fortsetzen.

Es gibt einen Trend zum städtischen Leben. Städte wie Hannover mit hoher Lebensqualität und guter öffentlicher Infrastruktur ziehen die Menschen an. Dieser positive Trend wird durch die Zuwanderung aus dem Ausland verstärkt. Dazu gehören Geflüchtete und Zuwander*innen aus Südosteuropa, aber auch Facharbeiter*innen und Akademiker*innen aus anderen Ländern, die am Wirtschaftsstandort Hannover einen qualifizierten Arbeitsplatz finden.

Diese Entwicklung stellt uns vor neue Herausforderungen, bietet aber auch große Chancen. Es gilt, die Stadtentwicklung auf eine wachsende Stadtbevölkerung auszurichten. Mit guten Planungen, Teilhabeprozessen und Investitionen in barrierefreie, klimafreundliche Wohnungen und öffentliche Räume wollen wir in Hannover zusätzliche attraktive Lebensräume entwickeln. Um dem steigenden Bedarf nach Wohnraum nachkommen zu können, streben wir eine noch stärkere Kooperation mit der Region

Hannover und hierbei eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden an. Die dafür notwendige Infrastruktur für Verkehr und Energie erfüllt hohe Standards bezüglich Umwelt- und Klimaschutz. Wir müssen aber auch das Zusammenleben und die Teilhabe von Kindern, Erwachsenen und Älteren verschiedener Herkunft in Vielfalt organisieren.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- GRÜNES Leitbild ist eine nachhaltige Stadtentwicklung. Alle Planungen von Flächennutzung, Verkehrsentwicklung, Gewerbeflächen(-Recycling) und Grünflächen orientieren sich am Prinzip der langfristigen Nachhaltigkeit. Die Ergebnisse des Stadtdialogs *Mein Hannover 2030* zeigen, dass GRÜNE Strategien von vielen Einwohner*innen Hannovers geteilt werden.
- Wir treten für eine aktive Beteiligungskultur aller Bevölkerungsgruppen ein, die Raum für eine umfassende Information und Beteiligung aller Einwohner*innen bei wichtigen städtischen Planungen bietet. Hierbei soll die gleichrangige und generationsübergreifende Beteiligung von Frauen und Männern sowie von Menschen mit Behinderung und mit Migrationserfahrung gewährleistet werden.

► Quartiere nachhaltig entwickeln

Das von den GRÜNEN im Rat initiierte Projekt *Hannover City 2020+* hat eine breite Diskussion in der Stadtgesellschaft über die Entwicklung der Innenstadt Hannovers ins Leben gerufen. Ergebnis ist ein Innenstadtkonzept mit konkreten Maßnahmen, von denen sich

– beginnend mit der Bebauung des Klagesmarktes – bereits erste Projekte in der Umsetzung befinden. In naher Zukunft werden weitere zentrale Bereiche der Innenstadt wie Marstall/Steintor und Köbelinger Markt umgesetzt. Durch den Rückbau von überdimensionierten Verkehrs- und Parkplatzflächen werden Aufenthaltsqualität und Nutzungsvielfalt zugunsten aller Altersgruppen erhöht.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Mit dem Projekt *Mein Quartier 2030* wollen wir GRÜNEN den Ansatz von *Hannover City 2020+* mit Stadtentwicklungsdialog und Ideenwettbewerb für klar definierte Handlungsräume von der Innenstadt auf die Stadtbezirke übertragen.
- Konkret sollen nach dem Auftakt des Projektes *Mein Quartier 2030* im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld im Sommer 2015 Verwaltung und Fachleute zusammen mit den Einwohner*innen bis 2020 integrierte Stadtentwicklungskonzepte für alle dreizehn Stadtbezirke erarbeiten. Diese sollen in den darauffolgenden Jahren realisiert werden.
- Wir treten für die Fortsetzung der nachhaltigen Stadtteilentwicklung über Stadtteilkonferenzen und Quartiersmanagement ein. Auch das Programm *Hannover schafft Platz* zur weiteren Förderung von Stadtteilen und Quartieren soll fortgesetzt werden.

► **Klimafreundliche Stadt- und Verkehrsentwicklung**

Bis 2050 soll Hannover klimaneutral werden – das heißt, der lokale CO₂-Ausstoß soll bis 2050 um 95 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden. Aus Sicht GRÜNER

Stadtpolitik bestehen in der Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und in der Senkung der Emissionen im Verkehr die notwendigen Stellschrauben. Beide Bereiche tragen bundesweit mit jeweils ca. 20 Prozent zum gesamten CO₂-Ausstoß bei. Hier bedarf es erheblicher kommunaler Anstrengungen, um die hannoverschen Klimaschutzziele zu erreichen.

Von der Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich sollen möglichst viele Menschen in Hannover profitieren. Bei Neubauprojekten sprechen wir uns für hohe energetische Standards aus. Wir fördern gleichzeitig die energetische Sanierung im Bestand. So setzen die GRÜNEN bei der energetischen Sanierung von Altbauten, die im Einklang mit den Anforderungen des Denkmalschutzes erfolgen soll, auf eine gerechte Lastenverteilung zwischen Vermieter*innen bzw. Eigentümer*innen, Mieter*innen und Staat. Mit einer wärmietenneutralen energetischen Sanierung sollen Mieterhöhungen durch die Heizkostenersparnis refinanziert werden, um Sanierungsanreize zu geben und gleichzeitig Wohnraum bezahlbar zu halten. Wir wollen, dass auch einkommensschwache Menschen in energetisch sanierten Wohnungen leben können. Dies gilt auch für die Empfänger*innen von SGB-II-Leistungen. Auf Initiative der GRÜNEN wurde daher vom Rat ein städtisches *Programm zur Förderung der Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau* beschlossen.

Der Verkehr ist der einzige Bereich, bei dem der CO₂-Ausstoß seit 1990 nicht gesenkt werden konnte. Die GRÜNEN wollen weiterhin durch eine verkehrssparende Siedlungsstruktur, eine Verlagerung des Straßenverkehrs auf den öffentlichen Verkehr und den Radverkehr sowie eine Förderung der Elektromobilität emissionsarme Strukturen entscheidend voranbringen. Der

Schwerpunkt liegt in den nächsten Jahren bei der Förderung des Radverkehrs.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Hochschulen am Standort Hannover eine Vorreiterrolle beim Umwelt- und Klimaschutz spielen und begrüßen entsprechende Maßnahmen beispielsweise am Gebäudebestand.
- Wir wollen, dass für Neubaugebiete umweltfreundliche Verkehrskonzepte entwickelt werden, die anstelle des PKW-Verkehrs vor allem auf den Umweltverbund mit Fahrrad, ÖPNV und Car-Sharing setzen. Im Fokus soll dabei vor allem die Fahrradfreundlichkeit der neuen Quartiere stehen. Die Zahl der Einstellplätze für PKWs soll hingegen reduziert werden.
- Wir wollen Wohnen, Arbeiten und die Versorgung mit Dienstleistungen im Sinne einer Stadt der kurzen Wege in Einklang bringen.

► **Innenentwicklung statt Flächenfraß**

Noch immer werden bundesweit täglich 71 Hektar neue Bauflächen ausgewiesen. Stets geht dabei kostbarer Boden und Lebensraum für Pflanzen und Tiere verloren. Regenwasser kann durch die Versiegelung nicht mehr versickern. Hinzu kommt das steigende Verkehrsaufkommen durch Zersiedelung mit mehr Lärm- und Abgasbelastung.

Wir GRÜNE setzen dagegen auf eine Stadtentwicklung, die Ver-

kehr vermeidet und Flächen spart. Unser Ziel ist die kompakte Stadt der kurzen Wege, mit aktivem Innenleben und geschütztem Außenbereich. Dafür wollen wir den durchschnittlichen Flächenverbrauch beim Wohnungs- und beim Gewerbebau reduzieren. Dies kann durch die Revitalisierung von Brachflächen durch Umbau, Sanierung und Umnutzung geschehen. Die Ansiedlung der Ernst-August-Galerie am Hauptbahnhof und die Entwicklung des Hanomag-Geländes und der Wasserstadt Limmer sind erfolgreiche Beispiele für Innenentwicklung und Flächenrecycling.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern die Erarbeitung eines städtischen Masterplans Flächenrecycling, damit die künftige Bereitstellung von Bauland vorrangig auf Flächenrecycling ausgerichtet wird.
- Wir wollen eine flächenschonende Verdichtung der Bebauung bei Neubaugebieten, d.h. eine höhere Anzahl von Wohnungen pro Wohnungsbaufäche durch mehr Geschosswohnungsbau. Die vorhandenen Flächen sollen so effizienter genutzt und Grünflächen (z. B. Kleingärten) möglichst von Bebauung frei gehalten werden.
- Auch die Schließung von Baulücken und die Aufstockung existierender Bebauung im Innenstadtbereich sind im Zuge der Nachverdichtung aus GRÜNER Sicht zu bevorzugen, um Grün- und Freiflächen zu erhalten.

► Hohe städtebauliche Qualität

Die GRÜNEN verbinden soziale und ökologische Anforderungen beim Wohnen und Bauen in Hannover mit architektonischen und stadtgestalterischen Ansprüchen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen eine hohe städtebauliche Qualität insbesondere bei Neubauten und Entwicklungsmaßnahmen. Architekturwettbewerbe sind hier ein geeignetes Mittel, um die besten Lösungen hinsichtlich Funktion, Ökonomie, Ökologie und Ästhetik für städtische Räume oder einzelne Bauvorhaben zu ermitteln.

3.2 Wohnen für alle – Quartiere bedarfsgerecht entwickeln

► Wohnraumversorgung sichern

Hannover wächst und damit der Bedarf nach neuem Wohnraum. Ziel der GRÜNEN ist es, bezahlbaren Wohnraum für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen in Hannover zu schaffen. 2013 haben wir daher ein Wohnkonzept für die Landeshauptstadt beschlossen, das den Neubau von ca. 7.900 Wohnungen bis 2025 vorsieht. Dieses Wohnkonzept ist für uns eine gute Handlungsgrundlage, um den unterschiedlichen Anforderungen an den Wohnungsmarkt in Hannover – wie bezahlbarer Wohnraum, Barrierefreiheit und Klimaschutz – im Wohnungsbestand und -neubau zu begegnen.

Hannover wächst schneller als noch vor einiger Zeit gedacht. Wir brauchen Wohnungen für Obdachlose, von Gewalt betroffene Frauen und geflüchtete Menschen, aber auch für Alleinerziehende und Student*innen und all die weiteren Gruppen, denen es zunehmend schwer fällt, geeignete Wohnungen zu finden. Es ist offensichtlich, dass es einen zusätzlichen Bedarf gibt, der ohne eine weitere deutliche Intensivierung des Wohnungsneubaus und eine stärkere Verdichtung auf den Wohnungsbauflächen nicht befriedigt werden kann. Insbesondere vom künftig verstärkten Akzent auf den Geschosswohnungsbau beim Wohnungsneubau in Hannover werden nach unserer Ansicht alle Bevölkerungsgruppen in Hannover profitieren.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern die Fortschreibung des städtischen Wohnkonzepts und der Wohnbauflächeninitiative bis 2030.
- Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnungen gilt es vor allem Geschosswohnungsbau zu ermöglichen und dafür entsprechende Flächen vorzuhalten.
- Dazu wollen wir den Flächenpool der Stadt für den Wohnungsbau durch einen verstärkten Neuankauf von Grundstücken ausweiten.

► Wohnen für alle

Wohnen gehört zur allgemeinen Daseinsvorsorge, ist ein Menschenrecht und darf sich daher nicht zu einem Luxusartikel entwickeln. Wir GRÜNEN haben daher ein städtisches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus beschlossen. Auf diese Weise sollen bis 2020 ca. 1.500 Wohnungen gefördert werden. Hannover ist damit eine der wenigen Städte in ganz Deutschland mit einem eigenen kommunalen Wohnraumförderprogramm. Außerdem stehen wir GRÜNEN für den Erhalt und die Ausweitung sozialen Wohnraums in Hannover. Städtische Belegrechte sind für Wohnungssuchende unentbehrlich, die sich am Markt nicht selbst mit angemessenem Wohnraum versorgen können. Dazu gehören z. B. Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, Haushalte ohne gesichertes Erwerbseinkommen sowie Menschen mit Behinderung bzw. gesundheitlichen oder sozialen Schwierigkeiten. Durch die Belegrechte wird ein wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt geleistet und Mehrkosten an anderer Stelle – z. B. im schlimmsten Fall bei Unterbringung wegen Obdachlosigkeit – vermieden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen das kommunale Wohnraumförderprogramm weiterführen und ausweiten. Damit wird die Immobilienwirtschaft zu einem Wohnungsneubau in Hannover auch für Mietinteressierte mit niedrigen bis mittleren Einkommen angeregt.
- Wir fordern eine Erhöhung der städtischen Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen. Mit den Aufwendungszuschüssen wollen wir auch erreichen, dass die Existenz kleinerer Wohnungsgenossenschaften gewahrt bleibt, die sich bei der Schaffung von sozialem Wohnraum besonders engagiert haben. Weiterhin soll der Bestandsschutz für Wohnungen bestehen bleiben, die an Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten vermietet sind.
- Wir wollen, dass die städtischen Aufwendungszuschüsse flexibel eingesetzt werden. Nicht in Anspruch genommene Mittel sollen für das kommunale Wohnraumförderprogramm verwendet werden.
- Wir fordern eine soziale Mindestquote von 25 – 30 Prozent geförderte Wohnungen im Wohnungsneubau differenziert über das gesamte Stadtgebiet, u. a. durch Festlegungen in Bebauungsplänen und in städtebaulichen Verträgen. Damit wollen wir die ausreichende Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – auch zur dezentralen Unterbringung von geflüchteten Menschen – und die soziale Durchmischung in Neubaugebieten sicherstellen.
- Wir treten für die Einführung der Mietpreisbremse in Hannover ein.

► Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH)

Die GRÜNEN haben sich seit jeher für den Erhalt des städtischen Wohnungsunternehmens *Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH)* stark gemacht. Denn auch in Zukunft wird die *GBH* eine wichtige Rolle dabei spielen, Wohnungssuchende in Hannover mit bezahlbarem, energetisch saniertem und immer häufiger auch altersgerechtem bzw. barrierefreiem Wohnraum zu versorgen. Durch die Zusammenführung mit der ebenfalls städtischen *Union-Boden GmbH* zu einem Gleichordnungskonzern werden *Union-Boden* und *GBH* künftig weitere Aufgaben z. B. in der Stadtsanierung übernehmen können.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen, dass die *GBH* in städtischer Hand bleibt.
- Wir treten dafür ein, dass die *GBH* angesichts des hohen Bedarfs an zusätzlichem Wohnraum verstärkt in den Wohnungsneubau investiert und bis 2020 mindestens 1.500 zusätzliche Wohnungen baut.

► Soziale Zielsetzungen in der Wohnungspolitik umsetzen

Um sozialen Spaltungstendenzen in unserer Stadt entgegenzuwirken, sind auch die Städtebauförderungsmittel des Bundes unverzichtbar. Städtebauförderungsmaßnahmen stärken seit vielen Jahren erfolgreich Stadtteile wie Mittelfeld, Vahrenheide, Sahlkamp, Hainholz, Stöcken, Limmer und neuerdings auch

Mühlenberg. Darüber hinaus sind eine Ausdehnung der Fördermaßnahmen aus dem Programm *Soziale Stadt* auf Linden-Süd und Roderbruch sowie Städtebauförderungsmittel für die Revitalisierung des Ihme-Zentrums notwendig.

Ein wichtiger Bestandteil sozialer Wohnungspolitik für Hannover ist die Familienförderung. Auf Initiative der GRÜNEN hin gilt der Kinder-Bauland-Bonus nicht nur für den Neubau auf städtischen Flächen, sondern auch für den Erwerb städtischer Gebäudebestände.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir schlagen eine Aufnahme von Linden-Süd, Roderbruch und das Ihme-Zentrum in das Programm *Soziale Stadt* vor.
- Wir wollen den Kinder-Bauland-Bonus beibehalten.
- Für Neubau-Interessent*innen sollen Flächen mit nahegelegenen bzw. bereits vorhandenen Infrastrukturen wie Kindertagesstätten, Schulen, Nahversorgung und ÖPNV-Anbindung genutzt werden.

► Förderung neuer Wohnformen

Zur Sicherung der Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen in Hannover gehört für uns GRÜNE auch die Förderung neuer Wohnformen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fördern alternative Wohnformen wie Bauwagenprojekte.

- Wir unterstützen Alten-Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser und Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens, ob als Wohnungseigentumsgemeinschaften, als genossenschaftliche Baugemeinschaften oder als Mietgemeinschaften für weniger Einkommensstarke.

► Barrierefreiheit in Wohnungen, Wohnumfeld und Quartieren

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft und die Forderungen nach sozialer Inklusion, wie sie von der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 erhoben werden, rücken das Thema Barrierefreiheit immer stärker in den Fokus der Stadtentwicklung. Notwendig sind daher Konzepte für eine bedarfsgerechte Quartiersentwicklung.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir treten ein für die Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung.
- Wir wollen eine städtische Kampagne zur Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und in Wohngebäuden, aber auch in Hotels, Restaurants, im Einzelhandel und in anderen Gebäuden.
- Wir fordern die Entwicklung von Konzepten für eine altersgerechte Quartiersplanung, um den demografischen Wandel mit seiner zunehmenden Bedeutung bei der Neubauplanung zu berücksichtigen. Dazu gehört u. a. eine größtmögliche Barrierefreiheit beim Wohnraum und im Außengelände.

3.3 Mobilität für die Zukunft – umweltverträglich, sozial und sicher

► Zukunftsfähige und umweltfreundliche Verkehrskonzepte

Wir GRÜNEN wollen es allen Menschen ermöglichen, bequem, schnell, sicher und umweltverträglich in Hannover mobil zu sein. Dazu sollen umweltfreundliche Mobilitätsformen wie Fuß-, Rad- und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Car-Sharing und Elektromobilität gefördert und dadurch Alternativen zum motorisierten Individualverkehr weiter ausgebaut werden. Wir wollen den verkehrsbedingten CO₂-Ausstoß, den Lärm und die Luftschadstoffe sowie den Flächenverbrauch drastisch reduzieren, um so die urbane Lebensqualität in Hannover zu steigern. Und wir streben mit *Vision Zero* ein unfallarmes Gesamtverkehrssystem an.

Laut einer aktuellen Bevölkerungsumfrage des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2014 werden unsere verkehrspolitischen Ziele von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Demnach würde eine Umgestaltung von Städten und Gemeinden derart, dass man weniger auf ein Auto angewiesen ist, aus Sicht der großen Mehrheit der Befragten (82 Prozent) zu mehr Lebensqualität beitragen.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir in den Jahren 2010 und 2011 den Verkehrsentwicklungsplan *Masterplan Mobilität 2025*

für die Landeshauptstadt Hannover zusammen mit einem Leitbild Radverkehr beschlossen. Dieser nimmt zentrale verkehrspolitische Forderungen der GRÜNEN wie *Vision Zero*⁹, den barrierefreien Zugang zum ÖPNV und die Veränderung des Verkehrsaufkommens zugunsten des Umweltverbundes auf. Diesen Weg wollen wir weiter voranschreiten und intensivieren.

► Für mehr Verkehrssicherheit – Vision Zero

Im Vergleich zu anderen Städten ist es um die Verkehrssicherheit in Hannover schlecht bestellt. Das Risiko, Opfer eines Verkehrsunfalls und dabei verletzt oder gar getötet zu werden, ist in Hannover immer noch sehr hoch. Das gilt insbesondere für Kinder, Jugendliche und Senior*innen. Eine Ursache ist, dass in Hannover im Vergleich zu anderen Städten zu schnell gefahren wird. Dies können wir GRÜNE nicht akzeptieren. Unser Ziel lautet: *Vision Zero*. Das heißt: Wir wollen in Hannover keine Verkehrstoten mehr beklagen müssen und die Zahl der im Straßenverkehr Verletzten drastisch verringern. Wir wollen mehr Sicherheit auf Hannovers Straßen – vor allem für Kinder.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Mit einer Verkehrsverlagerung des Autoverkehrs auf umweltfreundliche Alternativen reduzieren wir auch das Risiko von Unfällen.
- Wir unterstützen das europäische Bürgerbegehren „30kmh“ zur Einführung von Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit um Sicherheit, Miteinander und Immissionsschutz zu verbessern.

⁹ *Vision Zero* (auf Deutsch Vision Null) bezeichnet das Ziel, Straßen und Verkehrsmittel so sicher zu gestalten, dass es keine Verkehrstoten und Schwerverletzte mehr gibt.

- Vor allen an Kitas und Schulen muss die Geschwindigkeit generell auf Tempo 30 reduziert werden.
- Wir setzen uns für spezielle bauliche und gestalterische Sicherheitsmaßnahmen auf Schulwegen ein und wollen ein besonderes Verkehrssicherheitstraining für Rad fahrende Kinder.
- Wir wollen, dass zusätzliche Geschwindigkeitsanzeigen aufgestellt werden. Außerdem setzen wir uns für mehr Geschwindigkeitskontrollen auf Hannovers Straßen ein.
- Wir fordern den Rückbau freier Rechtsabbiegerspuren.¹⁰
- Straßenquerungen müssen durch bauliche Maßnahmen und Parkkontrollen verbessert werden.
- Wir wollen mehr verkehrsberuhigte Bereiche (Spielstraßen).

► Mobilität für alle – sozial und barrierefrei

Wir streben Mobilitätschancen für alle Menschen in Hannover an. Dazu wollen die GRÜNEN finanzielle und bauliche Barrieren beseitigen. Mit dem regionsweit am 1. Oktober 2009 eingeführten Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und dem zuletzt beschlossenen Wegfall der Wertmarke¹¹ erleichtern wir die Mobilität und damit auch die gesellschaftliche Teilhabe von sozial benachteiligten Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass der barrierefreie Ausbau des ÖPNV fortgesetzt wird.

¹⁰ Freie Rechtsabbiegerspuren führen an Kreuzungen unter Umgehung der Ampelanlage vorbei.

¹¹ Einkommensschwache Menschen konnten bisher für vier Euro pro Monat Wertmarken lösen, die sie zum Kauf von Sozialtickets berechtigt haben. Mit dem Wegfall der Wertmarke werden bürokratische Hürden abgebaut und der Zugang zum ÖPNV für einkommensschwache Menschen deutlich erleichtert.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen durch den Bau von zusätzlichen Hochbahnsteigen für die Stadtbahn und von Haltestellenborden für den Busverkehr die Barrieren im ÖPNV weiter abbauen, um Menschen mit Behinderung die Teilhabe am öffentlichen Leben zu erleichtern. Davon profitieren auch Senior*innen, Kinder und Eltern mit Kinderwagen, so dass ein großer Teil der Bevölkerung wieder eigenverantwortlich am öffentlichen Leben teilnehmen kann.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Verkehrsplanung im Sinne des Gender Mainstreaming¹² (z. B. Barrierefreiheit für Menschen mit Kinderwagen, FrauenNachtTaxi) stärker an den unterschiedlichen Lebensmustern von Männern und Frauen orientiert.

► Ein GRÜNES Radverkehrskonzept für Hannover

Der Schwerpunkt GRÜNER Verkehrspolitik in Hannover liegt bei der Förderung des Radverkehrs. Denn Radfahren ist schnell, macht Spaß, ist gesund, schützt die Umwelt, verbessert damit die Lebensqualität in unserer Stadt und ist auch noch kostengünstig.

Bereits 2010 haben wir dazu im Rat das Leitbild Radverkehr für Hannover verabschiedet. Damit haben wir uns das Ziel gesetzt, den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehr in Hannover bis 2025 von damals 13 Prozent auf 25 Prozent zu steigern – bei

¹² Gender Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen der Geschlechter bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen zu berücksichtigen, um eine Gleichstellung zu erreichen.

gleichzeitiger drastischer Reduzierung der Zahl der Radverkehrsunfälle. Nachdem wir bereits heute einen Radverkehrsanteil von 20 Prozent erreicht haben, wollen wir GRÜNEN uns nun ambitioniertere Ziele setzen und bis 2025 einen Radverkehrsanteil von 35 Prozent erringen. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen Radverkehrskonzepts nach dem Vorbild von Fahrradstädten wie Amsterdam und Kopenhagen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Dem Radverkehr muss in der städtischen Verkehrsplanung gegenüber dem Autoverkehr Vorrang eingeräumt werden.
- Wir fordern eine einheitliche, eindeutig erkennbare und leicht verständliche Führung des Radverkehrs.
- Wir wollen eine Neudefinition des hannoverschen Standards für Radverkehrswege mit Vorrang für eine Führung auf Fahrbahnniveau mindestens an Kreuzungen und Straßeneinmündungen. Ziel sind komfortablere Radwege möglichst in Asphalt, die auch für E-Bikes und Lastenräder geeignet sind.
- Wir stehen für den weiteren Ausbau des gesamtstädtischen Radroutennetzes: durch die Schließung von Lücken im Netz und die Einrichtung von weiteren Fahrradstraßen sowie von besonderen Radschnellwegen (z. B. zum Unicampus in Garbsen oder nach Lehrte).
- Mit einem eigenen Innenstadtprogramm wollen wir die Erreichbarkeit der City für den Radverkehr verbessern, die Durchquerung der Innenstadt erleichtern bzw. den Radverkehr gezielt um die Innenstadt herumführen.
- Wir fordern radverkehrsfreundliche Ampelschaltungen, insbesondere zur Verbesserung der Verbindung zwischen den Stadtteilen und der City. Ziel muss die Querung aller Kreuzungen in einer Ampelphase sein.

- Wir setzen uns ein für eine umfassende Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht in Hannover und eine Aufhebung der Benutzungspflicht bei unzureichend ausgebauten Radwegen.
- Wir wollen die Sicherheit für Radfahrer*innen durch den Rückbau von freien Rechtsabbiegerspuren und die Einrichtung von rot markierten Aufstellflächen für den Radverkehr vor Ampeln verbessern.
- Wir fordern deutlich mehr Fahrradstellplätze in der Innenstadt und im Wohnumfeld – insbesondere mit Witterungsschutz.
- Wir treten ein für den weiteren Ausbau der Bike & Ride-Angebote in Hannover. Das sind gut ausgebauten Umstiegsmöglichkeiten vom Fahrrad auf den Öffentlichen Personennahverkehr mit Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Haltestellen.
- Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden und attraktiven Bike-Sharing-Systems in Hannover.
- Wir fordern die regelmäßige und systematische Erhebung von Daten zum Radverkehr durch elektronische Zählanlagen und Haushaltsbefragungen.
- Die städtischen Ausgaben zur Förderung des Radverkehrs müssen deutlich erhöht werden. Wir wollen, dass die derzeitigen Radverkehrsaufwendungen mindestens verdoppelt werden.
- Zur weiteren Verbesserung des Klimas für den Radverkehr in Hannover sind mehr städtische Kampagnen und Aktionen in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Radverkehrsverbänden und –initiativen notwendig.
- Wir setzen uns für eine systematische Beseitigung von Schrotträdern im Stadtgebiet ein.

► Mehr Raum für den Fußverkehr

Unser Ziel ist die Schaffung zusammenhängender und sicherer Fußwegenetze in den Stadtteilen, um Wohnbereiche, Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen, Schulen, Kindergärten und ÖPNV-Haltestellen besser miteinander zu verbinden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern fußgängerfreundliche Ampelschaltungen – insbesondere zur Verbesserung der Verbindung zwischen den Stadtteilen und der City. Ziel muss die Querung aller Kreuzungen in einer Ampelphase sein.
- Wir treten für eine Ausweitung der Fußgängerzonen in der Innenstadt und in den Stadtteilen ein.
- Bei allen Neu- und Umgestaltungen von Straßen und Plätzen müssen die Belange von Fußgänger*innen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit von Kindern, stärker berücksichtigt werden.
- Wir fordern ein eigenes Sanierungsprogramm für Fußwege.

► Förderung des ÖPNV

Neben Fuß- und Radverkehr ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ein weiterer wichtiger Bestandteil des Verkehrsumweltverbundes, den wir GRÜNE fördern wollen. Im Verkehrsentwicklungsplan *Masterplan Mobilität 2025* haben wir uns darum zum Ziel gesetzt, den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen von heute 19 Prozent bis 2025 auf 25 Prozent zu steigern. Ein zentraler Teil unseres Engagements für die

Stärkung des ÖPNV ist dabei unser Einsatz für die stadtverträgliche Weiterentwicklung des hannoverschen Stadtbahnnetzes. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Entscheidung für einen oberirdischen Ausbau der D-Strecke zunächst bis zum Endpunkt Raschplatz. Dadurch werden nicht nur die Umsteigebeziehungen der Linien 10 und 17 zu den anderen Stadtbahnlinien verbessert und die Barrierefreiheit auf der gesamten Strecke hergestellt. Zugleich werden auch die Braunstraße, die Goethestraße, die Münzstraße und die Kurt-Schumacher-Straße städtebaulich aufgewertet.

Wir begrüßen die weitere Vernetzung der Stadtbahn mit dem S-Bahn-System und unterstützen die Planung für neue Verknüpfungstationen in Hannover-Waldhausen und am Braunschweiger Platz.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen die Weiterentwicklung des ÖPNV-Verkehrsverbunds zu einem umfassenden Mobilitätsverbund, der Mobilität aus einer Hand anbietet.
- Dem ÖPNV muss in der Verkehrsplanung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr Vorrang eingeräumt werden.
- Busse und Bahnen müssen an Ampeln Vorfahrt behalten und die ÖPNV-Vorrangschaltung dazu entsprechend weiterentwickelt werden.
- Wir fordern bessere Takte und eine Weiterentwicklung der Tarife, damit weitere Fahrgäste für den ÖPNV gewonnen werden können.

► **Vorreiterregion für vernetzte Mobilität**

Durch neue Angebote und Dienstleistungen wird die Mobilität immer vielfältiger. Gleichzeitig verliert das eigene Auto in der Bevölkerung an Bedeutung. Das eröffnet große Chancen, den Verkehr der Zukunft flexibler, kostengünstiger und mit viel weniger Autos zu organisieren.

Diese Möglichkeiten wollen wir nutzen und Hannover zur Vorreiterregion für „vernetzte Mobilität“ machen. Der gute ÖPNV, ein hoher Radverkehrsanteil, das wachsende CarSharing-Angebot und die kompakten Stadtstrukturen bieten hierfür optimale Voraussetzungen. Wir wollen es den Bürger*innen möglichst leicht machen, je nach Bedarf und Vorlieben verschiedene Verkehrsmittel zu nutzen und miteinander zu kombinieren und somit das eigene Auto überflüssig machen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Neue Vernetzungspunkte in der Stadt: Wir wollen viele kleine und einige größere Mobilitätsstationen einrichten, die den Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln erleichtern und an denen Fahrzeuge zum Ausleihen bereitstehen. Je nach Bedarf und verfügbarem Platz bieten die Stationen z.B. CarSharing-PKW, Elektrofahrzeuge, Transporter, Leihfahrräder, Lastenräder, Fahrradboxen, Ladesäulen, Taxenhalteplätze oder Serviceleistungen.
- Integrierte Angebote: Wir wollen die verschiedenen Angebote zu einem nahtlosen Mobilitätsverbund zusammenführen. Das bedeutet, dass Bussen und Bahnen durch CarSharing, Fahrrad und Taxi sowie durch neue Angebote wie Fahrradverleih oder Mitnahmesysteme ergänzt werden, so dass ein

leicht nutzbares Komplettangebot entsteht. Mit dem Mobilitätsshop und Hannovermobil gibt es hierfür schon gute Grundlagen, die deutlich verbessert und in Zusammenarbeit mit der Stadt und der Wirtschaft erweitert werden müssen.

► Flächen neu verteilen

Europaweit beobachten wir, dass gerade die Städte mit einem geringen Anteil des Autoverkehrs zu den Vorzeigestädten für Lebensqualität und Wirtschaftskraft zählen. Die GRÜNEN wollen diese positiven Entwicklungen auch für Hannover stärker nutzen – denn Hannover ist immer noch eine „autogerechte Stadt“.

Kraftfahrzeuge dominieren den öffentlichen Straßenraum bis in die kleinste Nebenstraße, sei es durch fahrende oder abgestellte Autos. Verkehrsflächen, z. B. der Cityring, sind häufig überdimensioniert. Wir wollen diesen Raum für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, zum Flanieren, zum Spielen und für den „kommunikativen Verkehr“ zurückerobern – also als Stätte der Begegnung, der Pflege menschlicher Kontakte und des Informations- und Meinungs-austausches. Für das Leibnizufer, den Friedrichswall, den Marstall, den Köbelinger Markt und den Klagesmarkt hat der Wettbewerb *Hannover City 2020+* längst entsprechende Entwürfe erbracht, die einen Rückbau der Verkehrs- bzw. Parkplatzflächen vorsehen. Am Klagesmarkt ist der Kreisels bereits zurückgebaut worden und an der Goseriede ist ein neuer Platz entstanden. Darüber hinaus hat 2013 ein Test am Leibnizufer gezeigt, dass der Autoverkehr dort auch auf zwei statt drei Fahrspuren je Fahrtrichtung funktioniert.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern den Umbau des Cityrings zugunsten des Fuß- und Radverkehrs – beginnend mit dem Aegidientorplatz, wo demnächst durch die neue Streckenführung der D-Strecke Flächen der Stadtbahn frei werden.
- Der Ansatz des Rückbaus von Verkehrsflächen für die Innenstadt muss auf alle Stadtbezirke übertragen werden.
- Die Stadt erarbeitet ein Konzept zur Erweiterung der autofreien Innenstadtbereiche.

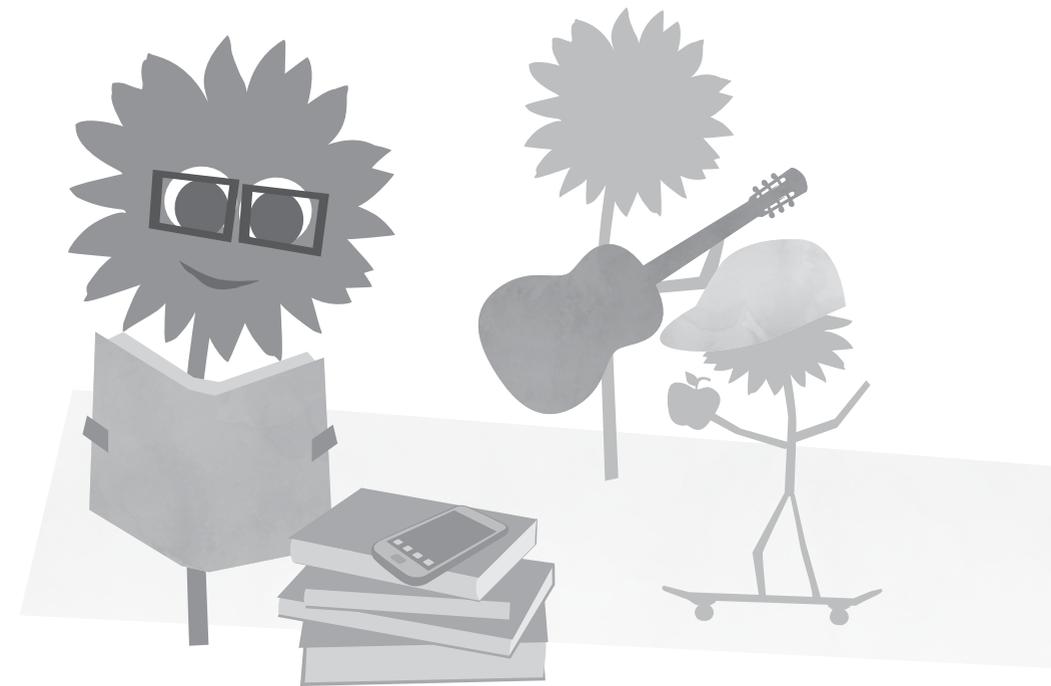
► Umweltschonende City-Logistik

Der Verkehr ist der einzige Bereich, der den CO₂-Ausstoß seit 1990 nicht senken konnte. Das Umweltbundesamt führt dies vor allem auf die deutliche Zunahme des LKW-Verkehrs zurück – mit allen negativen Folgen wie mehr Lärm, mehr Luftschadstoffe und einem erhöhten CO₂-Ausstoß.

Als Beitrag zu umweltfreundlicher City-Logistik wollen wir ein Modellprojekt der stadtverträglichen Ware Zustellung. Das Lastenfahrrad ist eine platz- und umweltschonende Alternative, die im Zentrum der zukünftigen Innenstadtlogistik stehen muss. Wie das konkret realisiert werden kann, testet derzeit die Stadt Hamburg. Bei einem Modellprojekt werden seit 2012 Erfahrungen gesammelt, die wir auch für Hannover nutzen wollen. Dort werden dezentral Container aufgestellt, von denen aus Pakete u. a. mit Lastenrädern ausgefahren bzw. von Kund*innen gebrachte Sendungen darin zum Weitertransport gesammelt werden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und den Wasserweg.
- Wir treten ein für die Stärkung kombinierter Verkehre im Zusammenspiel zwischen den hannoverschen Häfen, der Hafentbahn und den Güterschienen.
- Wir wollen in der hannoverschen Innenstadt Lastenräder für die City-Logistik nach dem Vorbild von Hamburg einsetzen.
- Wir unterstützen die Einführung der Elektromobilität in der City-Logistik. Hier sehen wir gute Chancen für erste Erfolge einer Marktdurchdringung.



4

Moderne Stadtgesellschaft – Jugend, Bildung, Familie

4.1 Bildungswege ohne Brüche

Hannover wächst. Die Schulentwicklungsplanung muss auf diesen Wandel reagieren, qualitativ (inhaltlich und pädagogisch) sowie quantitativ mit Sanierungen und dem Neubau von Schulen.

Unbestritten ist, dass wesentlich mehr Geld in die Hand genommen werden muss als in der Vergangenheit.

Alle Kinder und Jugendliche sollen ein gutes Schulangebot in erreichbarer Nähe erhalten, bei dem sie ihre Potenziale voll entfalten und den für sie bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Die Schule der Zukunft zeichnet sich durch längeres gemeinsames Lernen und die individuelle, frühzeitig beginnende Förderung jedes Kindes und Jugendlichen aus. In diesem Zusammenhang kommt der Kooperation von Schule mit der Jugendhilfe eine neue Bedeutung zu. Schnittstellen wie der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule, auf weiterführende Schulen oder in die berufliche Ausbildung erfordern – genau wie die Organisation der Ganztagschule – eine enge Verzahnung der beiden Fachgebiete. Bildungswege ohne Brüche werden so immer wahrscheinlicher.

Chancengleichheit, Partizipation, Teilhabe und kulturelle Vielfalt beginnen mit einer inklusiven Bildungspolitik und guten Schulen. Inklusion ist dabei umfassend auf alle Gruppen, die besonderer Zuwendung bedürfen, bezogen – nicht nur auf Kinder und Jugendliche mit Behinderung.

GRÜNE stehen für einen Ausbau der Ganztagschulen, insbesondere der Ganztagsgrundschulen. Schüler*innen verbringen mehr Zeit in den Schulen. Diese werden dadurch zunehmend zu einem Lebensraum mit Mensen sowie äußeren und inneren Freizeitbereichen. Umso wichtiger wird daher bei einer Sanierung oder einem Neubau einer Schule, dass dieser nach den Grundsätzen der pädagogischen Architektur erfolgt. Es ist inzwischen unstrittig, dass Architektur einen großen Einfluss auf das Wohlfühl und damit auf die Lernatmosphäre hat. Raumklima, Akustik (Lärmschutz), Proportionen der Räume, verwendete Materialien, farbliche Gestaltung eines Raumes oder Lichtführung sind nur einige Elemente, die pädagogische Architektur ausmachen.

Für uns GRÜNE sind interkulturelle Kompetenz, Gender- und Medienkompetenz wichtige zu vermittelnde Fähigkeiten, die den Schüler*innen situationsangemessenes Handeln ermöglichen. Die Vermittlung von ökologisch orientiertem Denken und Handeln im Rahmen der Umweltbildung findet an Schulen bereits seit Jahren mit umfassenden städtischen Programmen (z. B. in Kooperation mit dem Schulbiologiezentrum oder der *Agenda 21*) statt. Neben all diesen Aufgaben soll sich Schule für die Belange des Stadtteils mit seinen Bewohner*innen verstärkt öffnen. Viele Schulen nutzen bereits außerschulische Lernorte bzw. beziehen Menschen oder Initiativen aus dem Stadtteil in ihre Arbeit ein. Die Entwicklung zu einer am Gemeinwesen orientierten Schule kommt dem Anspruch nach Lebensweltorientierung am stärksten nach und wird daher von uns GRÜNEN besonders befürwortet. Eine solche Schule übernimmt neue Funktionen (z. B. Schule als Kulturzentrum) und Angebote wie die Übernahme von Patenschaften.

► Teilhabe für alle – Niemand darf verloren gehen

Alle Kinder und Jugendlichen – ob mit Behinderung, ob zugewandert oder hochbegabt – sollen in allen Schulen nach ihren Fähigkeiten bedarfsgerecht gefördert werden. Voraussetzung für die Umsetzung dieser pädagogischen Leitidee ist neben pädagogisch gestalteten Schulräumen die Bereitstellung von qualifiziertem Personal zur Unterstützung der Schüler*innen wie z. B. pädagogische Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulasistent*innen, Schulhelfer*innen/Schulbegleitungen.

Gesellschaftliche Veränderungen haben ihre Auswirkungen auch auf das Schulsystem. Einerseits stellt uns die Zuwanderung von Geflüchteten vor besondere Aufgaben, andererseits machen die Geflüchteten unsere Gesellschaft vielfältiger und bunter. Sie ermöglichen uns einen interkulturellen Austausch und gemeinsames Erleben.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Beim Land werden wir uns dafür einsetzen, dass zum einen wesentlich mehr Förderlehrer*innenstunden über die Grundversorgung von zwei Wochenstunden pro Klasse hinaus zur Verfügung gestellt werden – zum andern die Zuordnung der Förderlehrer*innen für einzelne Schüler*innen entfallen muss.
- Pädagogische Mitarbeiter*innen in Schulen sollen die entsprechenden Qualifikationen mitbringen oder durch Fortbildung und Beratungsangebote weiterqualifiziert werden.
- Pädagogische Mitarbeiter*innen sollen grundsätzlich zur Unterstützung aller Schüler*innen tätig werden. Schulbegleitungen/Schulhelfer*innen sollen an einer Schule in jeder Schulstufe zu

einem Pool zusammengefasst werden. Somit kann ihr Betreuungsauftrag je nach Bedarf ihrer Schüler*innen erfolgen.

- Schulsozialarbeiter*innen sollen an allen Schulen eingesetzt werden.
- Der Schlüssel für eine erfolgreiche Inklusion liegt im Erlernen der deutschen Sprache. Daher sollen die Schulen mit ausreichend Sprachlernklassen für Schüler*innen ohne Deutschkenntnisse ausgestattet werden. Die Koordinierung der Sprachlernklassen muss – wie auch bereits beschlossen – durch eine zentrale Stelle erfolgen.
- Auf dem Stadtgebiet Hannovers haben bisher 15 Schulen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erhalten. Wir werden weiterhin die diesbezüglichen Aktivitäten der Schulen begrüßen und unterstützen.
- Schulen, die sich mit ihrem kommunalen Umfeld vernetzen, kommen allen Schüler*innen zugute. Zur Planung solcher sozialräumlichen Bildungsnetzwerke und auch, um die Wirksamkeit der Angebote zu überprüfen, muss das Bildungsmonitoring der Stadt Hannover so weiterentwickelt werden, dass die Daten ausgewertet und zu einer stadtteilorientierten Bildungsplanung genutzt werden können.
- Schüler*innen brauchen berufliche Orientierung, insbesondere durch berufspraktische Erfahrungen in Kooperation mit Betrieben. Deshalb sind Kooperationen weiterführender Schulen mit Betrieben und berufsbildenden Schulen auszuweiten.
- Das in vielen Schulen praktizierte Modell *Schule und Beruf* ist besonders für Schüler*innen entwickelt worden, die Schwierigkeiten haben, einen Schulabschluss im herkömmlichen System zu erreichen. Dieses Modell ist gerade auch für junge Geflüchtete eine Möglichkeit, Zugang zu Bildung und Ausbildung zu finden. Daher werden wir es weiterhin unterstützen.

► Sanierung oder Neubau einer Schule nur mit pädagogischem Konzept

Heute werden an Schulen andere Anforderungen gestellt als noch vor einigen Jahren. Schule soll Lebens- und Lernraum für alle Beteiligten werden – inklusive interessierter Eltern. Die Planung von Sanierung und Neubau einer Schule muss deshalb heute unter den Prämissen einer pädagogischen Architektur erfolgen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Schulen, die Lernkäfigen gleichen, sind zu vermeiden und müssen sukzessive umorganisiert werden.
- Eine Beteiligung von Schüler*innen, Lehrer*innen und aller in der Schule Arbeitenden an den Planungen ist erforderlich, um eine möglichst hohe Identifikation mit dem zukünftigen Schulgebäude zu erreichen.
- Es muss für eine ausreichende Flexibilität in der Anordnung und der Gestaltung der Räumlichkeiten – auch bei Fachräumen – z. B. durch flexibel gestaltbare Wände oder Lerninseln gesorgt werden.
- Der Bau von Schulmensen, Aulen/Bühnen und Freizeitbereichen, die strikt getrennt sein sollten von Unterrichtsräumen, ist für den Ganzttag selbstverständlich.
- Die Realisierung von ausreichend Differenzierungsräumen ist selbstverständlich.
- Wir setzen uns auch ein für eine ausreichende technische Ausstattung und die Ermöglichung von Green-IT-Maßnahmen.
- Darüber hinaus werden wir je nach Möglichkeit für die Einrichtung einer Schulküche sorgen, damit Schüler*innen kochen lernen und ihnen Grundkenntnisse einer gesunden,

schmackhaften Ernährung in Verbindung mit Alltagskompetenzen vermittelt werden können.

► Ganztagschulen weiter auf den Weg bringen

Der Ausbau der Ganztagschulen soll zügig voranschreiten, damit Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich die Chance für den Besuch einer Ganztagschule erhalten. GRÜNE unterstützen dabei die Kooperationen zwischen Schulträgern und Jugendhilfeträgern.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Keine der bewährten Betreuungsstrukturen soll abgebaut werden, bevor nicht neue in den Ganztagsschulbereich integriert und in enger Abstimmung mit den Beteiligten geschaffen sind.
- Wir GRÜNE begrüßen die Öffnung der Ganztagschule in den Stadtteil durch Kooperationen mit Vereinen und Initiativen.
- Für die ersten beiden Schuljahre in der Ganztagsgrundschule müssen feste Bezugsgruppen verfügbar sein.
- GRÜNE setzen sich für eine zuverlässige Ferienbetreuung ein.
- Das Mittagessen soll für alle Schulen gleichermaßen hochwertig und preislich angemessen sein.
- Für die Konzeption von Ganztagsgrundschulen stehen aus GRÜNER Sicht modellhaft die Gebrüder-Körting-Grundschule und die Ottfried-Preußler-Schule (gelebte Inklusion) sowie die Albert-Schweitzer-Schule, die ein Beispiel für die Integration des Hortes in den Ganztagsschulalltag ist.
- In Hannover gibt es schon eine große Anzahl von Schulen

im Ganztag. Ihre Erfahrungen gilt es durch Qualitätsentwicklungsverfahren zu überprüfen. Ziel dieses Verfahrens ist, die Qualität der Schulen zu sichern und nachhaltige Anregungen für deren weitere Entwicklung zu präsentieren.

► Integrierte Gesamtschulen – gemeinsam Lernen bis zum Abitur

Bei den weiterführenden Schulen setzen GRÜNE auf das Zwei-Säulen-System: Gymnasium und Integrierte Gesamtschulen existieren gleichberechtigt nebeneinander. Neue Integrierte Gesamtschulen erhalten unsere besondere Unterstützung, damit sie sich zu Schulen für alle entwickeln können. GRÜNES langfristiges Ziel bleibt eine gemeinsame Schule für alle mit einem pädagogischen Konzept, das auf den Ganztag ausgerichtet ist.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Tatsache, dass Haupt- und Realschulen immer weniger angewählt werden und damit von immer weniger Schüler*innen besucht werden, zwingt zu neuen Antworten. GRÜNE setzen sich für ein integriertes Arbeiten von Haupt- und Realschulen ein, indem kleine Integrierte Gesamtschulen, notfalls auch mit Außenstelle, entwickelt werden.
- Verschiedene IGS schließen inzwischen Kooperationsverträge mit Grundschulen, um die Arbeit zu verzahnen. Diese begrüßenswerten Kooperationen bieten den Schüler*innen beider Schulen neue Erfahrungen in schulformübergreifenden Lerngruppen. Wir unterstützen dies, da so ein hohes Maß an pädagogischer Kontinuität gewährleistet wird.

- Wir begrüßen die Wiedereinführung von neun Schuljahren bis zum Abitur (G9), wobei die Umstellung mit großen Herausforderungen verbunden ist. Der notwendige Raumbedarf ist durch entsprechende Erweiterungen der Schulen sicherzustellen.

► Bildungsregion

Mit der Entwicklung einer Bildungsregion Hannover geht die Stadt neue Wege. Eine verstärkte Vernetzung von Bildungsakteur*innen sowohl auf kommunaler Ebene als auch mit dem Land Niedersachsen und die gemeinsame Verantwortung für Bildungswege haben zum Ziel, durch ein abgestimmtes Bildungsangebot möglichst viele Menschen jeden Alters bestmöglich bei der Entwicklung einer erfolgreichen Bildungsbiografie zu unterstützen. Verschiedene Instrumente wie Bildungskonferenzen oder Bildungsmonitoring tragen zur Konkretisierung der mit der Bildungsregion verbundenen Ziele bei.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen sollen verbessert, Brüche in ihren Bildungsbiografien vermieden werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Übergänge durch die Kooperation der jeweils beteiligten Institutionen verbessert werden. Grüne sehen darin einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Bildungsregion und ihres Bildungsbüros. Dabei ist bezüglich des Überganges von der Schule in den Beruf eine enge Zusammenarbeit mit dem Regionalen Bildungsbeirat sinnvoll.

- Die Übergänge von einer Bildungseinrichtung in die nächste sind häufig mit großen Enttäuschungen verbunden, da aufgrund der starken Nachfrage die Wunschschule nicht besucht werden kann. Das Bildungsbüro entwickelt ein neues gerechtes Konzept zum Ablauf und zur Verteilung der Schüler*innen auf die weiterführenden Schulen in Hannover.
- Die Vernetzung der Grundschulen mit den Familienzentren ist weiter auszubauen.

4.2 Familien in der Stadt – Zukunft mit Kindern und Jugendlichen

Familie ist für uns überall da, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Dabei ist jede Familie, in welcher Farbe oder Form sie auch zusammengesetzt ist, willkommen. GRÜNE fühlen sich für alle Familien, die in Hannover leben, zuständig. Innerhalb der Familien setzen wir uns für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein. In Hannover sind es noch immer zu einem sehr großen Teil die Frauen, die während der Familienphase in Teilzeit arbeiten – obwohl Frauen und Männer öfter angeben, gleichberechtigt arbeiten zu wollen. Unsere besondere Aufmerksamkeit aber gilt der Chancengleichheit aller Familien und hier speziell aller Kinder.

Kinderarmut ist ein großes Thema in unserer Stadt. Hier leben – wie in anderen Großstädten auch – viele Kinder von Transferleistungen. Für Kinder sind die Einschränkungen durch Armut erheblich. Sie sind in ihrer Entwicklung empfindlicher für Störungen z. B. durch mangelnde Gesundheitsvorsorge oder fehlende Bildungsangebote. Deshalb haben wir schon viele Maßnahmen initiiert (z. B. den *Hannover-Aktiv-Pass* für mehr Teilhabe), die die Folgen von Kinderarmut abmildern. Eines unserer wichtigsten Ziele bleibt aber die Minderung der Folgen von Kinderarmut.

Wir verstehen Familienpolitik als Querschnittsaufgabe der Stadt-

planung. Es gibt immer mehr Familien und Kinder in Hannover. Dadurch steigt die Nachfrage nach ausreichend und preiswertem Wohnraum.

Im Bereich der Kinderbetreuung waren die letzten Jahre geprägt vom Krippenausbau, vom Einstieg in die Finanzierung einer dritten pädagogischen Kraft in Krippengruppen sowie von der steigenden Zahl der Kinder in Hannover. Hier wollen wir weiter investieren.

► Entspannte Familien

Wir möchten mit den Instrumenten, die uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung stehen, Familien den Druck nehmen und die Schultern der Eltern und Kinder entlasten. Dazu gehört eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und ein zentrales Anmeldeverfahren für die Einrichtungen. Daneben gibt es im Alltag der Familien unzählige Zeitkonflikte, die Eltern an ihre Grenzen bringen. Dem begegnet Hannover bereits durch einige harmonisierte Zeiten, z. B. der Abendöffnung in den Bürgerbüros oder längere Kita-Öffnung. Hier brauchen wir auch noch an anderen Stellen mehr Flexibilität. Auch wünschen sich Eltern mehr verkehrssichere Räume, in denen sich ihre Kinder selbstständig bewegen können.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Kitas, Schulwege und Freiräume für kleine und große Kinder müssen bei der Entwicklung von Quartieren von Anfang an mitgeplant werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Familien ihre Wohnwünsche in Hannover erfüllen können.

- Beschlossen ist ein zentrales Anmeldeverfahren, das sich derzeit in Planung befindet. Wir werden dieses Projekt begleiten und uns auch weiterhin für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung in den Stadtteilen einsetzen.
- Wir fordern die Umwidmung von mehr Orten für Kinder – mit einem klaren und sicheren Verkehrskonzept, dazu kostenlose Spielverleihstellen oder Kräutergärtchen zur eigenen Bewirtschaftung.
- Wir fordern eine bedarfsgerechte und gezielte Kommunikation der Angebote für Eltern und Kinder (z. B. Infomobil, Handy-App), um sie erreichbar für alle zu machen.
- Wir setzen uns für eine Veränderung von Öffnungszeiten ein. Dafür werden wir Mitstreiter*innen suchen (z. B. Kinderärzt*innen, Dienstleister*innen und Vereine), die mehr Flexibilität bieten möchten.
- In Zusammenarbeit mit den Grundschulen fordern wir eine bessere Qualität der Hausaufgabenbetreuung – damit sichergestellt ist, dass diese in guter Ausführung in der Schule fertiggestellt werden.

► Unterstützungssysteme für Familien

Viele Eltern haben Fragen zum Thema Erziehung und wünschen sich niedrigschwellige Beratungsangebote. Eltern beteiligen sich heute an vielen Stellen ehrenamtlich, sei es als Lesevater in der Grundschule oder als Vorstandsmitglied einer Elterninitiative. Sie verlassen sich in vielen Bereichen nicht mehr auf klassische Institutionen: Ärztliche Behandlungen werden nicht mehr ohne Eigenrecherche umgesetzt, alle Betreuungseinrichtungen und

Schulen werden akribisch ausgewählt. Damit sind Familien die Expertinnen für sich selbst – benötigen sie aber Unterstützung, sollen sie diese auch bekommen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Beratungsangebote in der Stadt werden wir bekannter machen. Hannover hat schon ein gutes Netz für Hilfe und Beratung für Eltern und Kinder. Dieses werden wir in vollem Umfang erhalten.
- Für die schwierige Zeit der Pubertät werden wir mehr Beratungsangebote und Hilfen für Eltern und Jugendliche aufbauen.
- Wir möchten das Vertrauen der Eltern in die Institutionen verbessern – durch Qualität im Handeln und Geduld im Zuhören.
- Familienkonferenzen werden wir weiterhin unterstützen und begleiten.
- Zur Bekämpfung der Armut werden wir vorhandene Maßnahmen bündeln und weiterentwickeln.
- Zur Gleichberechtigung beider Partner möchten wir Familien durch Beratung, Bestärkung und die Qualität und Flexibilität der Kinderbetreuung ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen. Denn vor der Geburt wollen viele Partner gleich viel arbeiten, fallen aber in der Praxis in das Zuverdienerinnenmodell.
- In den letzten Jahren wurde eine Reihe von niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten entwickelt: z. B. Familienzentren, Familienhebammen, Rucksack- und Stadtteilmütter. Diese erfolgreichen Programme setzen wir fort, bauen sie aus und fordern Fortbildungen für die beteiligten Fachkräfte.

► **Glückliche, gesunde Kinder**

Es gibt keine einfache Antwort auf die Frage, was gut für Kinder ist. Aber in den folgenden Bereichen werden wir in den nächsten Jahren arbeiten. Dabei gilt: ALLE Kinder berücksichtigen. Deshalb werden wir die Angebote der Stadt weiterhin an den Wünschen und Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern ausrichten. Da, wo Familien an ihre Grenzen stoßen und wo die Entwicklung der Kinder in Gefahr gerät, greift das Jugendamt ein. In den letzten Jahren setzt der Kinderschutz durch das neue Gesetz verstärkt in der frühen Kindheit an. Diese Entwicklung werden wir begleiten.

Kinder lernen durch Abenteuer, Freiheit, Platz, Langeweile, Spielen und Kreativität. Deswegen werden wir besonders Projekte unterstützen, die das Erleben in den Mittelpunkt stellen. Auch wollen wir, dass Kinder in ihren Lebenswelten früh beteiligt werden. Dadurch erleben sie Selbstwirksamkeit und übernehmen Verantwortung für sich und die Gemeinschaft.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir treten ein für ein inklusives Angebot für alle Kinder und ihre Familien. Dazu werden wir unsere Anstrengungen bei der Schaffung von inklusiven Betreuungsplätzen beibehalten und die Zeit nach dem Schulabschluss stärker in den Fokus nehmen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass uneingeschränkt alles auch für die Kinder und Jugendlichen gilt, die als Geflüchtete (ob mit ihren Familien oder allein) zu uns kommen.
- Die Weiterentwicklung der Qualität in Kitas werden wir weiterhin politisch unterstützen. Horte und Ganztagsangebote sollen sich ergänzen.

- Wir fordern für Kinder und Jugendliche in Hannover Räume, in denen sie sich ungezwungen begegnen können.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausbildung der hannoverschen Erzieher*innen geschlechtssensibler wird. Gleichzeitig werden wir weiterhin daran arbeiten, dass mehr Männer den Erzieherberuf ergreifen.
- Wir möchten, dass alle Kinder gutes Essen bekommen – egal ob in Selbstkochküchen oder durch einen Lieferdienst.
- Kinder vor Gewalt zu schützen ist eine Aufgabe, der sich eine Gesellschaft immer wieder stellen muss. Dabei muss Prävention auch und vor allem bei den Erwachsenen ansetzen.
- Kinder, die von Gewalt betroffen sind, müssen schnellstmöglich Hilfe finden – die entsprechenden Angebote unterstützen wir. Präventiv möchten wir Kinder so stärken, dass sie nicht auf Gewalt zurückgreifen müssen.

► Freie, emanzipierte Jugendliche

Zwischen Baum und Borke, zwischen Abhängigkeit und Autonomie, zwischen Elternhaus und eigener Wohnung: Die Jugend gleicht einer Achterbahnfahrt. Wir wünschen uns für alle Jugendlichen eine gute Basis, Freiräume für ihre eigenen Entscheidungen und die Möglichkeit, über die Zukunft dieser Stadt mitzubestimmen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Ausreichend Freiräume für Jugendliche – denn sie brauchen Räume, in denen sie einander ohne Aufgabe oder Funktion begegnen können und über die sie frei verfügen können. Wir unterstützen deshalb den Erhalt und etwaige Bestrebungen

- weitere Jugendzentren, nach dem Vorbild der unabhängigen Jugendzentren (UJZ) Kornstraße und Glocksee, im Stadtgebiet zu errichten.
- Wir unterstützen die Jugendlichen beim Übergang Schule – Beruf: Die vorhandenen Angebote müssen systematisiert werden. Eine sozialpädagogische Begleitung hilft dabei, Abbrüche zu vermeiden.
- Wir möchten mehr Angebote entwickeln, bei denen Jugendliche ihre Wünsche formulieren und in die Stadtentwicklung einbringen können.
- Besondere Beachtung findet in unserer Politik die Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen in ihren Lebensrealitäten hin zu einer freien und emanzipatorischen Eigenständigkeit.
- Wir unterstützen eine sich entwickelnde emanzipatorische Politik, die Jungen und junge Männer in den Blick nimmt, sie zum Reflektieren ihrer Rolle anregt und ihnen neue Vorbilder gibt.
- Wir unterstützen Initiativen von Jugendlichen, die sich weitgehend selbst organisieren, im Einzelfall oder auch durch den auf unsere Initiative hin eingerichteten Topf für Jugendkulturen.
- Jugendliche haben ein Recht auf Beratung zu ihren Lebenslagen, damit sie außerhalb ihres Elternhauses und der Schule ganz unabhängig Rat und Hilfe finden.
- Gerade Jugendliche und Kinder haben großes Interesse an Initiativen, die der Nachhaltigkeit dienen. Diese werden wir vordringlich unterstützen.

► Eins für alle Familienbelange – das Dezernat für Bildung, Jugend und Familie

In diesem Jahr wurde die Verwaltung der Stadt Hannover umstrukturiert: Es gibt jetzt ein Dezernat für Bildung, Jugend und Familie, das alle Bildungs- und Betreuungsbelange für die Familien der Stadt bündelt. Das heißt, die Fachbereiche Jugend, Schule und Volkshochschule sind jetzt in einem Dezernat. Das ist für uns der erste Schritt, um Bildungs- und Betreuungswege ohne Brüche herzustellen. Wir werden die Ausrichtung und Weiterentwicklung dieses Dezernates begleiten und uns für unsere Ziele stark machen: Mehr Bildung, weniger Stress, bessere Entscheidungen für die Familien, das Ganze im Blick. Es gibt für fast alle Familien geeignete Angebote – es ist nur manchmal schwierig, Eltern und Institutionen zusammenzubringen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir streiten für einen gemeinsamen ganzheitlichen Bildungsbegriff von Jugendhilfe und Schule – und zwar einen, der vom Kind aus entwickelt wird.
- Das neue Dezernat muss seine Kompetenzen zur Entwicklung eines Ganztagsangebotes an Schulen aus einem Guss bündeln. Dabei sollen die Kompetenzen der Horte in die Grundschule einbezogen werden.
- Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist noch immer schwierig für viele Jugendliche. Auch hier soll das neue Dezernat die Angebote – auch in Zusammenarbeit mit dem Regionalen Bildungsbeirat der Region – bündeln und leicht erreichbar für die Zielgruppe machen.

► Freie Träger in Hannover

Die freien Träger übernehmen in Hannover wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Die Zuwendungen, die sie dafür von der Stadt und anderen erhalten, müssen jährlich neu beantragt werden. Ein Mehrbedarf ist von den Trägern nachzuweisen. Dieses Verfahren wird den tatsächlichen Kostensteigerungen nicht gerecht und sorgt für Unsicherheit und kalte Kürzungen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Art der Finanzierung der freien Träger wird auf den Prüfstand gestellt und verbessert, z. B. durch dynamisierte Zuwendungen oder Leistungsvereinbarungen. Hierbei sind auch lokale Stärken der freien Träger hervorzuheben.
- Die Stadt hat Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben. Wir meinen, dass viele der sogenannten freiwilligen Leistungen einen unverzichtbaren Beitrag für eine gelingende Stadtgemeinschaft leisten. Wir setzen uns dafür ein, hier auch bei Sparrunden kein Geld zu kürzen.
- Freie Initiativen ohne Trägerbindung, die der Projektorientierung, dem Aktionsverständnis und der Spontaneität von Jugendlichen entgegenkommen, sollen gestärkt werden.
- Im Jugendbereich spielen Migrant*innen-Jugendorganisationen eine immer größere Rolle. Gleichzeitig möchten wir, dass sich die traditionelleren Verbände mehr im Bereich der Interkulturalität engagieren.
- Die Angebote für Kinder und Jugendliche werden seit einigen Jahren systematisch pro Stadtbezirk auf den Prüfstand gestellt. Diesen Prozess werden wir weiterhin begleiten, um überall ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot in den Stadtteilen zu etablieren.

- Wir werden daran mitarbeiten, dass die Jugendverbände authentische Partner der Kinder und Jugendlichen in Hannover bleiben und dass der Stadtjugendring in seiner Neuausrichtung flexibel für dynamische Gesellschaftsprozesse bleibt.

4.3 Hannover – eine attraktive Stadt für Studierende

Hannover ist mit insgesamt rund 40.000 Studierenden und 10.000 Beschäftigten in diesem Bereich landes- und bundesweit einer der größten Hochschul- und Wissenschaftsstandorte. Mit der Leibniz-Universität, den Fachhochschulen, der Hochschule für Musik, Theater und Medien, der Tierärztlichen Hochschule und der Medizinischen Hochschule ist die Landeshauptstadt Sitz zahlreicher Hochschulen mit einem breit gefächerten Angebot an Studien- und Fachrichtungen. Studierende prägen auch außerhalb der Hochschulen das gesellschaftliche Leben in Hannover. Sie bringen Dynamik in die Stadt und sind potenzielle hoch qualifizierte Arbeitskräfte für die Zukunft. Daher ist es wichtig, für Studierende ein attraktives Lebensumfeld zu schaffen und sie damit möglichst langfristig an die Stadt zu binden. Hierzu gehören bezahlbarer Wohnraum, eine gute Infrastruktur, Angebote der Kinderbetreuung und kulturelle Vielfalt.

Die Hochschulen und die Stadt profitieren voneinander. Kooperationen sind ein Gewinn für beide Seiten. Daher ist es wichtig, in einem stetigen Dialog zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik und Wissenschaftler*innen, aber auch mit der lokalen Wirtschaft zu bleiben. Wir wollen den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen verbessern und Innovationen für Wertschöpfung in der Region anregen. Die Landeshauptstadt muss die Potenziale der wissenschaftlichen Einrichtungen zukünftig noch besser nutzen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fordern zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum für Studierende sowie mehr Plätze in Studierendenwohnheimen.
- Auch für junge Gastwissenschaftler*innen aus dem Ausland werden mehr bezahlbare Unterkünfte zur Verfügung gestellt.
- Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit der Kindererziehung und der Arbeitsbelastung im Studium ein. In Kooperation mit dem Studentenwerk sind passende Wohnangebote für Studierende mit Kind einzurichten und bedarfsgerechte Angebote mit flexiblen Betreuungszeiten auszubauen.
- Zur Förderung der Willkommenskultur für Geflüchtete mit akademischem Hintergrund und ausländische Wissenschaftler*innen setzen wir auf Kooperationen zwischen Ausländerbehörde, Hochschulen und kommunalen Initiativen.

4.4 Kultur lebt von Neugier

Das Selbstbild einer Stadt und ihrer Einwohner*innen ist in hohem Maße durch ihre Kultur geprägt. Das kulturelle Angebot und seine Vielfalt machen die Stadt zu einem lebenswerten Ort und stärken ihre Einmaligkeit. Trotz einiger kommunaler Sparprogramme in den letzten Wahlperioden ist es uns gelungen, für Hannover eine bunte Vielfalt im Kulturbereich zu erhalten und sogar noch auszubauen. Beispiele dafür sind die Unterstützung innovativer Kulturprojekte, die Absicherung und Unterstützung der hannoverschen Soziokultur (z. B. Pavillon und Faust), die Förderung der Freien Theater und der Ausbau der Tanztheaterkultur und des Festivals der Philosophie. Im Rahmen der Gedenk- und Erinnerungsarbeit nimmt die Planung für einen Lernort für Erinnerung und Demokratie zur hannoverschen Stadtgeschichte im Nationalsozialismus einen wichtigen Platz ein.

Eine lebendige Kulturszene in der Breite wie auch in der Spitze ist für uns GRÜNE eine Zukunftsfrage. Denn GRÜNE Kulturpolitik in Hannover ist an der Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen orientiert. Sie steht für Offenheit gegenüber allem Neuen, Toleranz, Experimentierfreudigkeit, soziale Orientierung und künstlerische Freiheit.

Wo Kunst und Kultur nicht am Markt bestehen kann und wo finanziell schwächer gestellte Einwohner*innen nicht in der Lage sind, kulturelle Angebote wahrzunehmen, muss kommunale Kulturpolitik fördernd eingreifen. Wir sehen unseren politischen Auftrag darin, Multikulturalität und Interkultur zu fördern sowie Kunst, Kultur und Bildung zusammenzudenken. Weiterhin sind für uns deshalb

Soziokultur, Stadtteilkultur, freie Theater, Musikförderung und Literaturförderung wichtige Bereiche zur weiteren Entwicklung der Kulturräume der Stadt. Ebenso setzen wir uns für die Förderung von jungen Kulturschaffenden ein.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir fördern innovative Kulturprojekte.
- Wir unterstützen kulturelle Projekte, die im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* laufen.
- *UNESCO-City of Music*¹³ ist mehr als nur ein Titel, sondern auch eine Aufgabe, z. B. indem Netzwerke in der Musikszene unterstützt werden.
- Wir wollen Produktionsräume für Künstler*innen unterschiedlicher Sparten aus Hannover schaffen.
- Wir setzen uns für die Stärkung der Freien Theater- und der Choreografieszene in Hannover ein.
- Wir fordern die Absicherung und Weiterentwicklung des Kulturzentrums Faust.
- Wir stärken den Bildungsverein und dessen Kursangebot für Geflüchtete und statten diesen mit ausreichend finanziellen Mitteln aus.
- Wir fördern das Kommunale Kino.
- Wir setzen uns dafür ein, dass langfristig und im Einvernehmen mit den Nutzer*innen ein Standort für das *Platzprojekt* mit einem Containerdorf an der Fössestraße in Linden-Mitte gefunden wird.
- Durch ein Konzept zur Entwicklung zeitgenössischer Objekte im öffentlichen Raum soll die Kunst ihre Wirkung in der Stadt entfalten können.

¹³Die niedersächsische Landeshauptstadt ist eine von weltweit nur neun Städten, die sich mit dem Titel *UNESCO City of Music* schmücken dürfen – in einer Reihe mit Bologna, Gent und Brazzaville. Hannover ist – neben Mannheim – die erste deutsche Stadt in diesem exklusiven Club.

- Die Museen und Kunstvereine in Hannover haben überregionale, nationale und internationale Bedeutung. GRÜNE werden sich weiterhin dafür einsetzen, die Museen und Kunstvereine zu stärken, so dass die herausragenden Sammlungen entsprechend ausgestellt werden können.
- Die Museumsentwicklungsplanung soll fortgeführt werden.
- Die Dauerausstellung mit dem Schwerpunkt Migration soll im Historischen Museum zeitnah realisiert werden.
- Die Kunstfestspiele Herrenhausen sind ein Festival mit internationalem Renommee und sollen erhalten bleiben.
- Hannover soll als attraktiver Standort für freie Künstler*innen und Kulturschaffende weiter gestärkt werden.
- Eine Servicestelle für die junge Kulturszene soll vorgehalten werden. Sie soll innovative Aktivitäten unterstützen, um unbürokratisch Raum für Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Wir fordern eine Erinnerungs- und Gedenktafel für Halim Dener.

► Ohne Erinnerung keine Zukunft

Die freien Träger übernehmen in Hannover wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Die Zuwendungen, die sie dafür von der Stadt und anderen erhalten, müssen jährlich neu beantragt werden. Ein Mehrbedarf ist von den Trägern nachzuweisen. Dieses Verfahren wird den tatsächlichen Kostensteigerungen nicht gerecht und sorgt für Unsicherheit und kalte Kürzungen.

► Kulturelle Bildung – Bildung zur kulturellen Teilhabe

Ziel der GRÜNEN ist es, dass jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben. Für alle Menschen muss deshalb das kulturelle Angebot zugänglich und die kulturelle Bildung möglich sein. Einrichtungen für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung vermitteln wichtige soziale, kulturelle und berufliche Kompetenzen. Die hannoversche Weiterbildungslandschaft wird vor allem durch die beiden anerkannten örtlichen Erwachsenenbildungsträger *Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule* und den *Bildungsverein Soziales Lernen und Kommunikation e.V.* geprägt.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- GRÜNE unterstützen diese Träger weiterhin, damit sie ihren am Gemeinwohl orientierten Bildungsauftrag wahrnehmen können.
- Viele außerschulische kulturelle Bildungseinrichtungen wenden sich an Kinder und Jugendliche. Auch die professionellen Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken, Kunstvereine und Kulturzentren wirken durch ihre Arbeit für ihre Besucher*innen kulturell und demokratisch bildend. Wir fordern eine Vernetzung zwischen den formell und informell kulturell bildenden Institutionen.
- GRÜNE unterstützen die Funktion der kulturellen Bildung als Querschnittsaufgabe, die nicht von formalen Zuständigkeiten geprägt ist, sondern von einer gemeinsamen Verantwortung der Dezernate, Fachbereiche und Einrichtungen in Hannover sowie von Stadt und Land.

- Wir fordern einen barrierefreien Zugang und die barrierefreie Nutzung aller kulturellen Einrichtungen.
- In diesem Zusammenhang setzen sich GRÜNE auch für die Entwicklung eines Kulturführers in Leichter Sprache ein.

► Stadtbibliothek zwischen interkultureller Grundversorgung und Kommunikationszentrum

Massenmedien, audiovisuelle Medien und Printmedien vom Buch bis zur Tageszeitung wirken kulturell prägend und bildend. Das Internet bietet ebenso fast unendliche Möglichkeiten der kulturellen Bildung. Die Stadtbibliothek Hannover befindet sich mit der virtuellen Ausleihe von E-Books, Musik, Hörbüchern oder auch der Online-Ausleihe auf einem sehr hohen Niveau.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen diese Qualitätsentwicklung in der Bibliotheksentwicklungsplanung in Hannover fortsetzen.
- Wir unterstützen die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen in den Stadtteilen.
- Wir fördern die Entwicklung der Stadtbibliothek zu einem Ort der Kommunikation mit verschiedenen Veranstaltungen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtteilbibliotheken zu bürgernahen Medienzentren entwickelt werden.
- Die Zugangsmöglichkeiten für Geflüchtete sollen erleichtert und das Medienangebot auf diese Zielgruppe zugeschnitten werden.
- Für ehrenamtliche Deutschlehrer*innen soll der Zugang zur Stadtbibliothek ebenfalls kostenlos sein.

4.5 Zukunftsfähige Sportentwicklung

Knapp 79 Prozent der Einwohner*innen Hannovers sind sportlich aktiv, davon sind jedoch lediglich 20 Prozent Mitglied in einem der vielen Sportvereine. Für uns GRÜNE nehmen nicht nur klassische Sportarten, sondern die ganze Vielfalt der Sport- und Bewegungskultur einen hohen Stellenwert ein: Breitensport und Spitzensport, Gesundheitssport, Sport zur Prävention und Rehabilitation, das Spiel auf der Straße, das Bewegungserlebnis in freier Landschaft oder die Bewegung im Alltag.

Die hannoversche Sportlandschaft wird sich in naher Zukunft verändern. Nicht nur wegen der oft zitierten demographischen Entwicklung werden andere Sportarten in den Vordergrund treten. Professionelle Angebote und freie vereinsungebundene Organisationsformen werden weiter zunehmen. Da immer mehr Schulen Ganztagsangebote haben, wird sich ein spürbarer Teil des Jugendsports von den Vereinen in die Schulen verlagern.

► Sporträume für vielfältige Bedarfe erschließen

Wir wollen Bewegung in allen Lebensphasen und unterschiedlichen Organisationsformen fördern – im Vorschulbereich wie in der Schule, im Verein wie in freien Gruppen, organisiert oder nicht organisiert. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung muss dafür flexibel auf neue Bedarfe eingehen und ausreichend Kapazitäten zur

Verfügung stellen. Der von GRÜNEN initiierte Sportentwicklungsplan liefert gute Grundlagen für zukunftsfähige Entscheidungen mit einer klaren und transparenten Prioritätensetzung.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Der Sportentwicklungsplan muss konstruktiv an neue Entwicklungen angepasst und weiterentwickelt werden.
- Umweltstandards, ökologische Maßnahmen und Barrierefreiheit müssen beim Um-, Aus- oder Neubau von Sportstätten und Sporthallen berücksichtigt werden.
- Sportpolitik muss bei der Stadtplanung und somit auch beim Bau von Wohnquartieren, Bewegungs- und Sportstätten von Anfang an mitgedacht werden.
- Für eine wohnortnahe Sportausübung müssen alle geeigneten Sportstätten, Bolzplätze, Skater-Anlagen und Jogging-Strecken frei zugänglich gemacht werden.
- Parks und öffentliche Grünflächen sollen künftig für Sport und Bewegung nutzbar gemacht werden.
- Nutzer*innen von Sportanlagen sollen Rechtssicherheit erhalten, wann und wie Sportflächen genutzt werden dürfen, damit mögliche Konflikte (z. B. durch Lärmemissionen) vermieden werden können.
- Für Sportvereine und vereinsungebundene Sportler*innen sollen ausreichend zeitliche Kapazitäten für die Nutzung der Sportstätten und -hallen vorgehalten werden.
- Vereine und Schulklassen sollen insgesamt mehr Bahnzeiten in den Schwimmbädern erhalten. Hierfür müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, zum Beispiel auch die Nutzung privater Schwimmbäder in verschiedenen Einrichtungen.

► Teilhabe am Sport für alle

Menschen mit und ohne Behinderung treiben gemeinsam Sport – das ist das Ziel von Inklusion. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Häufig fehlen Voraussetzungen wie barrierefreie Sportstätten, um an Schulen oder in Vereinen ein Sportangebot für Schüler*innen mit und ohne Behinderung zu realisieren. Die Angebote der Sportvereine werden sich verändern müssen, wenn Inklusion realisiert werden soll. Kooperationen von Sport- und Behindertensportverbänden müssen deshalb besonders gefördert werden.

Sport verbindet die Menschen über kulturelle Grenzen hinweg. GRÜNE unterstützen daher Projekte, die mit fundierter Beratung und begleitenden Integrationsmaßnahmen Sportangebote für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorhalten.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir unterstützen hannoversche Initiativen, die z. B. in Anlehnung an das erfolgreiche Integrationsprojekt *Fußball & Nachhilfe (FuNah)* aus Hildesheim, Sportangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche anbieten. Das Projekt bindet erfolgreich Sprachförderung in die sportliche Betätigung ein.
- Das in Kooperation mit dem Stadtsportbund Hannover initiierte Programm *Sportgutscheine für Erst- und Zweitklässler* soll fortgeführt und verstärkt beworben werden.
- Wir stehen für eine kommunale finanzielle Unterstützung von Fanprojekten.
- Der von den GRÜNEN initiierte Hannover-Aktiv-Pass soll weiterhin allen Kindern und Jugendlichen mit geringem Familieneinkommen die Mitgliedschaft in Vereinen und den Besuch städtischer Sporteinrichtungen ermöglichen.

► Kinder und Jugendliche brauchen Sport

Sport und Bewegung sind für die körperliche, geistige und emotionale Entwicklung von Kindern von herausragender Bedeutung. Gesellschaftliche Werte wie Respekt, Toleranz, Empathie und Gemeinschaftsgefühl werden bei gemeinsamen sportlichen Aktivitäten geschult, Inklusion wird erlebt und gefördert. Wohnortnahe Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche müssen deshalb erhalten und bedarfsgerecht erweitert werden. Dem organisierten Sport kommt dabei eine wichtige Rolle in der außerschulischen Jugendarbeit zu.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen im offenen bzw. gebundenen Ganztags soll weiter ausgebaut und unterstützt werden. Mit gezielten Angeboten soll dabei insbesondere den sportlichen Interessen und Bedürfnissen von Mädchen noch mehr Rechnung getragen werden.
- Bewegungsangebote sollen zum festen Bestandteil im pädagogischen Konzept und der Praxis der städtischen Kinderbetreuung von der Krabbelgruppe bis zum Hort werden.
- Sport soll im Schullalltag wieder an Bedeutung gewinnen – nicht nur zeitlich, sondern auch durch eine Veränderung und Ausweitung der Angebote.
- Spiel-, Bewegungs- und Gesundheitserziehung muss im Vorschulalter und im Schulsport stärker gefördert werden. Dies kann durch Kitas mit einem Schwerpunkt auf bewegungsorientierter Erziehung, eine rechtzeitige Wassergewöhnung und den Ausbau des Schwimmunterrichts an Schulen erreicht werden.
- Bewegungs- und Gesundheitsangebote sollen für Eltern und

Kinder auch weiterhin in Familienzentren und Kultureinrichtungen stattfinden.

► Freizeitsport und neue Sporttrends

Für uns GRÜNE nehmen nicht nur die klassischen Sportarten, sondern die ganze Vielfalt der Sport- und Bewegungskultur einen hohen Stellenwert ein. Eine Sportpolitik, die neue Entwicklungen ignoriert und ausschließlich den klassischen Vereins- und Verbandssport fördert, greift zu kurz. Wir wollen Bewegung in allen Lebensphasen und in unterschiedlichen Organisationsformen fördern.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- In Misburg befindet sich eine BMX-Bahn, die von Kindern, Jugendlichen und auch jungen Erwachsenen für ihre Freizeitaktivitäten genutzt wird. Sie muss dringend saniert werden. Auf GRÜNE Initiative hin wurden im Haushalt 2016 finanzielle Mittel für die Sanierung eingestellt. Wir werden die Umsetzung der Sanierungsmaßnahme aufmerksam begleiten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass weitere Flächen für Mountainbike-Sport ausgewiesen werden.
- Wir stehen für eine konstruktive Umsetzung der *Machbarkeitsstudie Inline-Skater-Routen* zur Optimierung vorhandener Routen als auch zur Ausweisung neuer Routen.
- Wir begrüßen die Initiative, den stillgelegten Tunnel der D-Linie unter dem Hauptbahnhof als zentral gelegenen und ausreichend großen Indoor-Ort fürs Skating und BMX-Fahren zu planen und setzen uns dafür ein, die Umsetzbarkeit zu prüfen.

- GRÜNE werden das Projekt *Leinewelle* auch weiterhin positiv begleiten.
- Wir unterstützen Fahrradveranstaltungen für alle, insbesondere die *Velo City Night*, die Sternfahrten beim *Autofreien Sonntag* und das *Stadtradeln*.
- Wir setzen uns prioritär für drei Kanu- und Ruder-Anlegestellen am Clara-Zetkin-Weg/Friederikenplatz und am Döhrener Maschpark/Gänseangerbrücke an der Leine und an der Lode-mannbrücke/Jugendherberge an der Ihme ein.

► Gute Schwimmer*innen brauchen gute Bäder

Ausreichende Schwimmkenntnisse sind unter Kindern und Jugendlichen heute leider keine Selbstverständlichkeit: Immer weniger Kinder können schwimmen. Für ein flächendeckendes Angebot an Kursen braucht es neben Personal und Finanzen jedoch auch Bäder mit ausreichenden Kapazitäten. Wir fordern ein Wasserflächenkonzept, das alle Wasserflächen mit einbezieht: kommunale Bäder, private Bäder, Lehrschwimmbecken in Schulen, Flüsse und Seen. Informationen über weitere verfügbare Flächen können dazu beitragen, zusätzlich benötigte Bahnzeiten zu ermöglichen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Frei- und Hallenbädern müssen in ihrer Substanz erhalten werden. Da die Bäder Sanierungsbedarf aufweisen, haben GRÜNE 2015 das Bäderkonzept durchgesetzt, das als Grundlage für die Sanierungsmaßnahmen der Bäder dienen wird. Die durch die Frei- und Hallenbäder abgebildete Wasserfläche soll in der Summe erhalten bleiben.

- Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Schwimmkursen für Kinder im Grundschulalter und werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass Kooperationen von Ganztagschulen mit Schwimmvereinen sowie frühkindliche Wassergewöhnungskurse besonders unterstützt werden.

► Sportvereine im Wandel

Neben sportlichen und gesundheitlichen Aspekten leisten Sportvereine damals wie heute einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft: Sportvereine fördern die Integration und den Zusammenhalt zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, tragen zur Sozialisation von Kindern und Jugendlichen bei, stärken ehrenamtliches Engagement und sind somit von besonderer gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- GRÜNE unterstützen die Entwicklung professioneller hauptamtlicher Strukturen in Vereinen, initiierten Kooperationen und Fusionen. Wir stehen für eine gute und fachbereichsübergreifende Beratung der ehrenamtlichen Vereinsvorstände seitens der Verwaltung und des Stadtsportbundes als Interessenvertretung der Vereine.
- Wir wollen die Chancengleichheit von Frauen im Sport verwirklichen. Bisher gibt es auch in den Vorständen der Sportvereine nur wenige Frauen. Die Qualifizierung von Übungsleiterinnen unterstützen wir daher ausdrücklich. Das von GRÜNEN angestoßene Programm, Migrantinnen zu Übungsleiterinnen zu qualifizieren, soll fortgeführt werden.

- Sportgruppen, -vereine und -verbände, die besondere Anstrengungen gegen Ausgrenzung, Homosexuellen- und Transsexuellenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und sexualisierte Gewalt unternehmen, sollen im Rahmen der finanziellen Sportförderung besonders berücksichtigt werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von GRÜNEN initiierten Programme zur Umweltberatung für Sportvereine (*eco. fit*) und zur energetischen Sportstättenanierung (*e.co sport*) weiterhin finanziell gefördert werden.

► Gedenktafel für vom Nationalsozialismus verfolgte und deportierte Sportler*innen

Die Gedenktafel für Sportler*innen, die Opfer des Naziregimes geworden sind, soll an einem Ort platziert werden, der für den Sport steht. Sie soll mahnend daran erinnern, dass das nationalsozialistische Gewaltregime Sportler*innen verfolgte und deportierte. GRÜNE werden dafür sorgen, dass die Gedenktafel aufgestellt wird.

4.6 Moderne und fair ausgerichtete Verwaltung

► Stadtverwaltung als wichtige Arbeitgeberin

Die Stadtverwaltung mit ihren Eigenbetrieben und Töchtern ist eine wichtige Arbeitgeberin. Die kommunalen Kapazitäten hinsichtlich Ausbildungs- und Jobmöglichkeiten sind für die Zukunft zu sichern und auszubauen. Wir begrüßen den geeinigten Tarifvertrag Beschäftigungssicherung 2015–2020 für die Stadtverwaltung mit ihren rund 11.000 Beschäftigten: Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, keine Privatisierungen von Einrichtungen oder Aufgaben, eine erhöhte Ausbildungsquote – das sind wertvolle Einigungsergebnisse. Vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen müssen Stadt, Eigenbetriebe und Töchter verstärkt Vorsorge treffen, dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Ausreichende Ausbildungsplätze sind dafür ein Instrument, welches auch für Tochterunternehmen wie den Stadtwerken Hannover gültig ist. Daneben sind moderne und attraktive Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensphasen der Beschäftigten notwendig, um die gute Dienstleistungsqualität zu halten und sogar noch zu verbessern.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Bemühungen zur Vorsorge von Fachkräftemangel sind fortzuführen: bei der Verwaltung, den Eigenbetrieben und Töchtern. Wir setzen uns für eine gute Dienstleistungsqualität und einen attraktiven öffentlichen Dienst in Hannover für alle Einwohner*innen ein.

- Für städtische Aufgaben und Dienstleistungen streben wir eine Rekommunalisierung an, wenn dieses wirtschaftlicher ist. So ist für den Bereich der kommunalen Gebäudereinigung der Anteil der Eigenreinigung auf über 50 Prozent zu erhöhen.
- Wir wollen, dass sinnvolle Möglichkeiten zur interkommunalen Kooperation, u. a. mit der Region Hannover, weiter geprüft und ggf. genutzt werden.

► Für nachhaltig ausgerichtete Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und Töchter

Die Verwaltung der Stadt Hannover hat eine Vorbildfunktion nicht nur als Arbeitgeberin, sondern auch im Bereich der Nachhaltigkeit. Hier muss die Stadt Vorreiterin sein und eigene Projekte nach nachhaltigen Kriterien planen und umsetzen lassen. So kann ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Klimaziele geleistet und die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Bereich der Green Economy unterstützt werden.

Die städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe sind für den Wirtschaftsstandort Hannover von elementarer Bedeutung. Sie sind ein Garant für Beschäftigung, setzen ehrgeizige Infrastrukturprojekte um, bieten z. B. Wohnraum und bereichern das wirtschaftliche wie kulturelle Leben Hannovers. Damit die Stadtverwaltung auch weiterhin einen bedeutenden Beitrag für ein lebenswertes Hannover leisten kann, müssen die städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe erhalten bleiben.

Bei der Vergabe von Sanierungs- und Bauaufträgen hat die

Stadt Hannover einen indirekten Einfluss auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Hannover: Allein die Sanierungsprogramme für öffentliche Einrichtungen belaufen sich jährlich auf Investitionskosten in Höhe von mehr als 50–60 Millionen Euro.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen über städtische Programme zur Sanierung von Kindertagesstätten, Schulen und Bädern viele Jobs bei Firmen aus der Stadt und der Region Hannover sichern und schaffen.
- Wir wollen kommunale Eigenbetriebe wie das *HCC*, die *Städtischen Häfen*, die *Stadtentwässerung* genauso wie die städtische Beteiligungen bzw. Tochterunternehmen erhalten und stärken.
- Wir wollen die *Städtischen Häfen Hannover* mit ihren derzeitigen Standorten Nordhafen, Brink-Hafen, Lindener Hafen und Misburger Hafen als umweltfreundliche Logistikdienstleister stärken.
- Der Messestandort Hannover mit der *Deutschen Messe AG* ist ein international bekanntes Aushängeschild von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Wir wollen neue Wachstumsbereiche für ihn erschließen.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und privaten Interessen, z. B. durch angepasste Wochenarbeitszeiten und die Schaffung weiterer Betriebskitas, stärken.
- Bei Bedarf sind Entlastungen durch zusätzliche Stellen zu schaffen, um überhöhten Arbeitsverdichtungen wirksam zu begegnen.

► **Öffentliche Vergabe**

Faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und zuverlässige soziale Absicherungen: Wir wollen, dass die Vergabe öffentlicher kommunaler Aufträge konsequent zu diesen Bedingungen erfolgt. Auch sind die Kriterien derart zu gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen realistische Chancen auf die Auftragsvergaben haben. Anstatt die Leistungen passgenau für Großkonzerne auszuschreiben, wollen wir, dass sich kleine und mittlere Unternehmen – eventuell als Bietergemeinschaften organisiert – anbieten können. Gerade diese Unternehmen haben ihre Stärken in der Innovation. Bei den Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge mit größeren Auftragswerten soll darum ausdrücklich auf die Möglichkeit von Bietergemeinschaften hingewiesen werden. Dabei müssen in den Angeboten von Bietergemeinschaften die Koordinierungs- und Gewährleistungsfragen klar geregelt sein.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen, dass öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sich an Tariftreue und Mindestlöhne und soziale Standards halten. Denn diese Aspekte gehören für uns zu Fairness und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt. Wo es baulich sinnvoll und vergaberechtlich zulässig ist, wollen wir städtische Aufträge an kleine/mittlere Betriebe/Handwerksunternehmen in der Region Hannover vergeben.

► Green IT in der Verwaltung

Angesichts des Stromverbrauchs durch intensive Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik ist der von uns angestoßene Prozess der Green IT in der Stadtverwaltung fortzusetzen – zugunsten von mehr Energieeffizienz für Rechenzentren, Serverräume und Einzelarbeitsplätze. Dafür gibt es eine Vielzahl technischer Ansätze, z. B. energiesparende Technik für das neue Rechenzentrum oder energie- und ressourcensparende Thin Clients statt vollständig ausgestatteter PCs, um mittels Cloud-Computing Leistungen zu bündeln und Leerlaufzeiten zu reduzieren.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen den von uns angestoßenen Prozess der Green IT in der Stadtverwaltung weiter ausbauen.

► Fairtrade-Stadt Hannover

Die Landeshauptstadt Hannover ist auf unsere Initiative hin bereits seit Mai 2010 die erste Fairtrade-Stadt Niedersachsens. Hintergrund sind die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt. Das von uns initiierte Konzept für den Einsatz von fair gehandelten und ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellten Produkten ist in der Stadtverwaltung weiterhin und möglichst ausgeweitet anzuwenden.

► Information und Transparenz

Die städtische Internetpräsenz www.hannover.de ermöglicht bereits Online-Dienstleistungen in der Stadtbibliothek, Informationen aus dem Geoinformationssystem, Online-Stellungnahmen zu Bauleitplanungen oder Online-Anträge für Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen. Wir wollen die weitere Fortschreibung des E-Governments im Zuge der digitalen Zukunft, u. a. durch einen Ausbau der Online-Nutzungsmöglichkeiten und eines verwaltungsweiten elektronischen Dokumentenmanagements statt Akten und Archive aus Papier. Dokumente werden maschinenlesbar zur Verfügung gestellt, damit Open-Data-Projekte problemlos darauf zugreifen können.

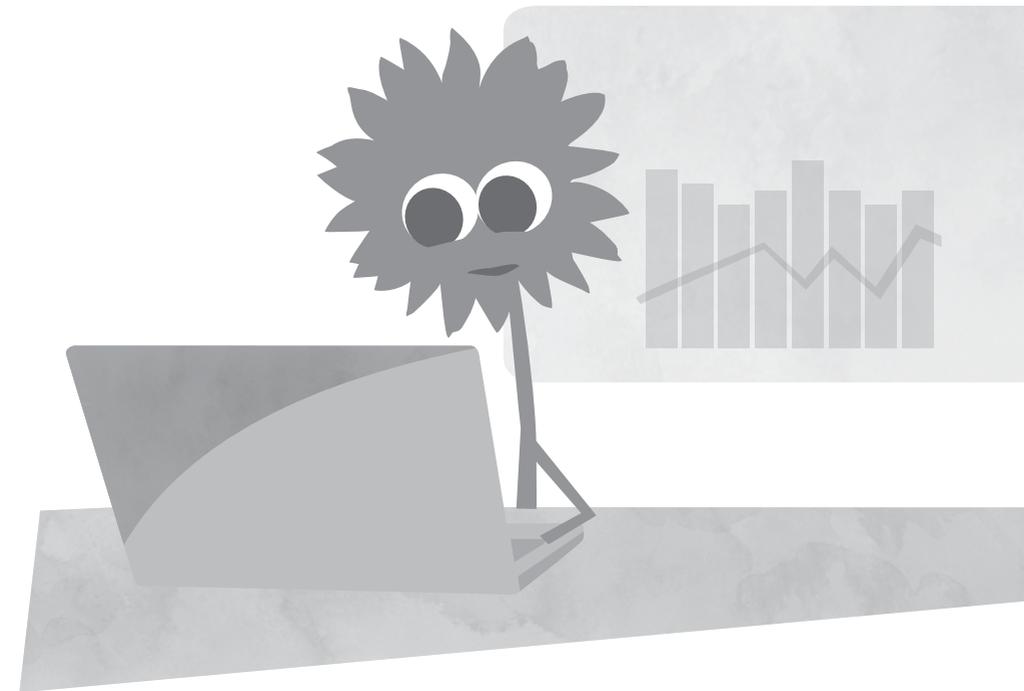
Für mehr Bürgernähe und attraktiven Service durch die Stadtverwaltung bleibt persönliche und qualifizierte Beratung wichtig – besonders für Menschen, die Online-Dienste nicht nutzen. Eine entsprechende Ausstattung der Verwaltung mit Personal muss darum gewährleistet sein. Bürgerämter sind und bleiben wichtige dezentrale Standorte für die Bürger*innen.

Dabei ist es wichtig, Sprachbarrieren zu überwinden, um allen Menschen in unserer Stadt das Gespräch mit der Verwaltung oder mit gemeinnützigen Einrichtungen zu erleichtern. Denn eine Beratung ist nur dann gut, wenn das Gegenüber sie versteht. Das von uns initiierte Dolmetscherkonzept – mit einem Dolmetscherpool für die Fachbereiche der Stadtverwaltung und externen Kooperationspartnern für Dolmetscherdienste – ist erfolgreich und soll auch in Zukunft mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden.

Mit dem für Niedersachsen vorgesehenen Informationsfreiheitsgesetz wird sich voraussichtlich die Bürgerfreundlichkeit bei der öffentlichen Auslegung von Planentwürfen weiter verbessern lassen. Es wird das Recht aller Einwohner*innen auf Zugang zu amtlichen Informationen beinhalten.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir treten dafür ein, dass der Zugang der Bürger*innen zu Verwaltungsinformationen (insbesondere zum städtischen Haushalt) vereinfacht wird und sich den gesellschaftlichen Anforderungen anpasst.
- So sollen in Planungsverfahren alle planungsrelevanten Daten und Dokumente im Internet veröffentlicht werden (zum Beispiel Planungsunterlagen, Sachverständigengutachten, Stellungnahmen und Einwendungen).
- Wir wollen leicht zugängliche Informations- und Beteiligungsportale für große Infrastrukturprojekte, die den Verlauf von Planungsverfahren transparent und eine Öffentlichkeitsbeteiligung möglich machen – ähnlich wie beim Online-Wasserstadt-Dialog.



5

Solidarische Ökonomie – Arbeit und Wirtschaft

Ökonomie und Ökologie gehören zusammen. In der Stadt Hannover zeigt sich dies seit 2005 auch institutionell durch ein grün geführtes Umwelt- und Wirtschaftsdezernat. Dieser nachhaltige Ansatz hat sich in der Stadtpolitik bewährt, z. B. bei der Umsetzung von Klimaschutzprogrammen. So konnte auf dem Arbeitsmarkt ein Strukturwandel mit einem zunehmenden Anteil an Dienstleistungsarbeitsplätzen erfolgreich gestaltet werden. Diese gelungene Kombination von Umwelt und Wirtschaft wollen wir auch über die Amtszeit der derzeitigen Dezernentin hinaus weiterführen.

5.1 Zukunftsfähige Arbeitsplätze und innovative Unternehmen

► Umwelt und Wirtschaft – Hand in Hand

GRÜNE stehen für eine konsequente Förderung zukunftsfähiger Arbeitsplatzpotenziale, z. B. im Bereich der Umwelttechnologien. Dafür müssen lokale und regionale Kompetenzen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Energiewirtschaft unterstützt werden. Hierzu zählen Produzenten von Blockheizkraftwerken, aber auch die Autoindustrie: Der Standort Hannover soll sich durch innovative Entwicklungen für energiesparende Fahrzeuge, Antriebe und Zulieferbestandteile weiter profilieren (auch im Bereich Elektromobilität).

In der Stadt Hannover tragen zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen nicht nur enorm zur Wirtschaftsleistung, sondern zunehmend auch zu nachhaltigen und ökologischen Produktions- und Arbeitsbedingungen bei. Die städtische Förderung nachhaltiger Betriebe und Projekte ist wichtig für den Ausbau dieser Entwicklung. In der Vergangenheit haben wir durch die Unterstützung von Existenzgründungen (z. B. durch *hannover impuls*) oder ökologische Standards beim Bauen im kommunalen Einflussbereich zur Entwicklung dieser Branchen beigetragen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- *hannover impuls* muss als zentrales und erfolgreiches Instrument der Wirtschaftsförderung der Stadt und Region Hannover fortgeführt werden.

- Existenzgründungen von Migrant*innen (z. B. *GründungInterkulturell*) und Frauen (z. B. *Gründerinnen-Consult* oder *Unternehmerinnen-Zentrum*) sollen weiterhin gefördert werden.
- Die *Halle 96* auf dem *Hanomag*-Gelände in Linden-Süd soll als wichtiger Ort der Kreativwirtschaft erhalten bleiben.
- Wir wollen, dass Mikrokredite zur Unterstützung von Gründer*innen einfach und ohne Sicherheiten zur Verfügung gestellt werden (z. B. über die Sparkasse Hannover oder mit Mitteln aus dem EU-Förderprogramm *Microstarter*).
- Das Handwerk bleibt für uns eine wichtige Unternehmensform, die wir unterstützen werden. Kreative Ideen wie die Umwandlung von leerstehenden Läden in werbewirksame Verkaufsflächen oder Werkstätten von Handwerksbetrieben wollen wir – wo es möglich ist – fördern.
- Wir unterstützen die Fortführung des jährlich zu vergebenden Wirtschaftspreises *Frauen machen Standort* bzw. *Stadt-Hannover-Preis*.
- Die Programme *ÖKOPROFIT* und *eco.bizz*, bei denen die Wirtschaftlichkeit der teilnehmenden Betriebe durch Umweltmaßnahmen und damit einhergehende Kosteneinsparungen gestärkt wird, wollen wir weiterführen.
- Erfolgreiche Pilotprojekte wie das Gewerbegebiet Lister Damm/Am Listholze sollen beibehalten und positive Ergebnisse auf andere Gewerbegebiete übertragen werden (z. B. Grundstücksumlegungen, gemeinsame Stromeinkäufe oder Jobtickets).
- Wir wollen eine umweltfreundliche Wareneinstellung, z. B. durch ein Modellprojekt mit Lastenfahrrädern innerhalb der City.

- Unternehmen, die in Hannover Produkte aus anderen Ländern verkaufen wollen, sollen Verantwortung für Produktionsweise und Arbeitsbedingungen ihrer Waren übernehmen.

► Zukunftsfähige Arbeitsplätze zu fairen Konditionen

Kleine und mittlere Betriebe sowie das Handwerk bieten große Potenziale für zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie für Innovationen. Ihre Förderung ist deshalb besonders wichtig. Eine bedarfsgerechte Entwicklung von Gewerbeflächen ist für diese Branchen zentral. Gute Beispiele hierfür sind u. a. der ökologische Gewerbehof Linden, der Gewerbepark Alter Schlachthof oder der Gewerbehof Davenstedter Straße, auch der Wissenschaftspark Marienwerder, der Medicalpark oder der Expo-Gewerbepark. Eine offensive Vorratspolitik für attraktive Gewerbeflächen hat in der Vergangenheit für Flexibilität gesorgt: Neue Unternehmen konnten angeworben und ansässige Betriebe gehalten werden. Grundlage hierfür ist das vom Rat beschlossene Gewerbeflächenkonzept, nach dem pro Jahr mindestens so viel Gewerbeflächen angekauft wie verkauft werden sollen (ca. 3,5 Hektar/Jahr).

Vier Hochschulen sowie mehrere Fachhochschulen und Privatakademien mit ca. 40.000 Student*innen machen Hannover zu einem vielseitigen und attraktiven Hochschul- und Forschungsstandort. Dieses unschätzbare Potenzial wollen wir fördern,

indem wir den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen verbessern und Innovationen in der Region anregen.

Für Wirtschaftswachstum und solide Standortbedingungen brauchen wir dauerhaft eine hohe Zahl an Erwerbstätigen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen muss die Stadt Hannover in der Verwaltung, den Eigenbetrieben und Töchtern Vorsorgemaßnahmen gegen Fachkräftemangel ergreifen. Die aktuelle Zuwanderung nach Deutschland und somit auch Hannover bietet angesichts des drohenden Fachkräftemangels große Potenziale, die es von Seiten der Verwaltung durch langfristige Konzepte und Integrationsmaßnahmen zu fördern gilt.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Förderung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen bedeutet auch die Schaffung von (Teilzeit-) Arbeitsplätzen für in Hannover lebende Menschen mit besonderen Fähigkeiten und Hintergründen: Einwohner*innen mit interkulturellen und Mehrsprachen-Kompetenzen, Erziehende mit Interesse an flexiblen Arbeitszeiten, Menschen mit Behinderung.
- Mit Blick auf den demographischen Wandel sind Maßnahmen zur Vermeidung des Fachkräftemangels fortzuführen, z. B. durch das Gemeinschaftsprojekt *Fachkräftemonitoring*.
- Menschen mit Behinderung muss der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden – z. B. durch Inklusionshelfer*innen, die in den Betrieben dafür werben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die städtischen Töchter wie *GBH* und *Union Boden* hier mit gutem Beispiel vorangehen und vermehrt Menschen mit Behinderung einstellen.

- Wir wollen Neuzugewanderte bei ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützen und ihre Potenziale als Fachkräfte nutzen.
- Geringqualifizierten müssen Fortbildungen ermöglicht werden.
- Wir wollen den Ausbau des Wirtschaftszweiges Umwelttechnologie fördern und seine Arbeitsplatzpotenziale vor allem im Bereich Cleantech¹⁴ nutzen.
- Wir setzen uns für eine bedarfsorientierte Entwicklung von Gewerbeflächen ein.
- Wir sind offen für eine Sanierung der kontaminierten Flächen des *Deurag-Nerag*-Geländes (ehem. Raffineriestandort) zur Schaffung neuer Gewerbeflächen.
- Wir stehen für die Fortführung des jährlichen *Wirtschaftspreises Inklusion*.
- Wir unterstützen Kooperationen zwischen Hochschulen, der regionalen Wirtschaft und dem Handwerk.

¹⁴ Cleantech (engl. für *saubere Technologien*) ist ein Schlagwort, das Produkte, Prozesse oder Dienstleistungen beschreibt, die die operationale Leistung, Produktivität oder Effizienz steigern und gleichzeitig Kosten, natürliche Ressourcen, Energieverbrauch, Abfälle oder Verschmutzung reduzieren.

5.2 Vorbildfunktion stärken – Stadtverwaltung nachhaltig bewirtschaften

Mit mehr als 11.000 Beschäftigten hat die Verwaltung der Stadt Hannover nicht nur eine herausragende Vorbildfunktion als Arbeitgeberin, sondern auch in punkto Nachhaltigkeit.

Hier muss die Stadt Vorreiterin sein und eigene Projekte unter ökologischen und nachhaltigen Kriterien planen und umsetzen lassen. So kann ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Klimaziele geleistet und die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Bereich der Green Economy unterstützt werden.

Bei der Vergabe von Sanierungs- und Bauaufträgen hat die Stadt Hannover einen indirekten Einfluss auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Betrieben der Region Hannover: Allein die Sanierungsprogramme für öffentliche Einrichtungen belaufen sich jährlich auf Investitionskosten in Höhe von mehr als 50–60 Millionen Euro.

Die städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe sind für den Wirtschaftsstandort Hannover von elementarer Bedeutung. Sie sind ein Garant für Beschäftigung, setzen ehrgeizige Infrastrukturprojekte um, bieten Wohnraum und bereichern das wirtschaftliche wie kulturelle Leben der Stadt. Damit die Stadtverwaltung auch weiterhin einen bedeutenden Beitrag für ein lebenswertes

Hannover leisten kann, müssen die städtischen Beteiligungen, Standorte und Eigenbetriebe erhalten bleiben.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und zuverlässige soziale Absicherung: Wir wollen, dass die Vergabe öffentlicher kommunaler Aufträge konsequent zu diesen Bedingungen erfolgt.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch angepasste Wochenarbeitszeiten und Betriebskittas weiter stärken.

5.3 Lokale und regionale Ökonomie stärken

Kurze Wege sind gut fürs Klima und für funktionierende Infrastrukturen vor Ort. Durch eine wohnortnahe Versorgung – auch mit Arbeitsplätzen – profitieren neben Betrieben und Geschäften die Stadtteile, ihre jeweiligen Zentren und Standortgemeinschaften. Durch den Internethandel wird die lokale Ökonomie jedoch seit einigen Jahren herausgefordert. Zur Stärkung der lokalen Ökonomien muss die Attraktivität der Standortgemeinschaften gesichert werden.

Regionale Wirtschaftsbeziehungen gewinnen zunehmend an Bedeutung und bergen große Potenziale für die regionale Ökonomie. Vor Ort können Arbeitsplätze geschaffen bzw. bewahrt und kleine oder mittelständische Betriebe gesichert werden. Erzeuger*innen, Verarbeiter*innen und Händler*innen, z. B. von regionalen Lebensmitteln, profitieren davon genauso wie Zulieferer und handwerkliche Betriebe. Gleichzeitig bleiben betriebliche Wertschöpfung und Kaufkraft in der Region.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept für Hannover ist weiterzuentwickeln. Dabei sollen die wohnortnahe Versorgung, der Schutz und die Entwicklung der kleineren Stadtteilzentren ein Schwerpunkt sein.
- Wir wollen die Attraktivität des Einzelhandels in der City und den Stadtteilzentren erhöhen und unterstützen Maßnahmen wie die Gestaltung des öffentlichen Straßenraumes, Erlebnis-

- Events und die Installierung von Sitzmöglichkeiten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Online-Käufer*innen bei Geschäften aus Hannover online einkaufen. Webseiten der Standortgemeinschaften bzw. digitale Marktplätze mit regionalem Zuschnitt können hier eine sinnvolle Ergänzung sein.
 - Wir wollen regionale Wirtschaftsbeziehungen fördern, z. B. durch Bauernmärkte und die Gemüsebox. Auch in anderen Bereichen wollen wir systematisch prüfen, wo regionale Handelsbeziehungen ausgebaut werden können, um Produkte und Leistungen innerhalb der Region weiter zu vermarkten.
 - Wir wollen, dass europäische und andere Fördermöglichkeiten für regionale Wirtschaftskreisläufe genutzt werden.

► Standort Hannover national und international bewerben

Hannover ist eine weltoffene und zukunftsfähige Stadt. Der Wirtschaftsstandort Hannover steht im weltweiten Wettbewerb, deshalb muss er seine Potentiale und seine Alleinstellungsmerkmale stärker hervorheben und besser vermarkten. Dies gilt insbesondere für die Wissenschaft und den IT-Bereich, das Kongress- und Messewesen sowie die weichen Standortfaktoren und den Tourismus. Hier wollen wir vor allem mit zukunftsweisenden nachhaltigen Angeboten attraktiv bleiben und wachsen.

Neben Gewerbeflächen, Potenzialen auf dem Arbeitsmarkt, in der Touristik und weiteren Standortfaktoren braucht der Wirtschaftsstandort Hannover auch eine gute Werbung auf dem

internationalen Markt, um als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusstandort mit zukunftsweisenden nachhaltigen Angeboten zu bestehen und neue Märkte zu erschließen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir unterstützen die Fortentwicklung der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg in ökonomischer, wissenschaftlicher, verkehrlicher, kultureller und ökologischer Hinsicht. So können Vorteile, etwa bei nationalen und internationalen Standortwettbewerben oder bei der Einwerbung von Fördergeldern, genutzt werden.
- Hannovers positive Standortfaktoren sollen durch die *Hannover Marketing und Tourismus GmbH (HMTG)* bei Unternehmen stärker beworben werden. Weitere Bedingungen wie Familienfreundlichkeit, gelebte Toleranz und die grüne Großstadt sollen betont werden, um auch Fachkräfte für Hannover zu interessieren.
- Hannovers grüne, ökologische, soziale, und (inter-)kulturelle Errungenschaften sollen auch in der touristischen Außenwerbung der HMTG attraktiv und anschaulich in Szene gesetzt werden. Denn wer sich hier als Tourist*in wohl fühlt, kommt gerne als Investor*in, Arbeitnehmer*in, Student*in oder AuszubildendeR wieder.



6

Haushalt in Balance – nachhaltige Finanzen

6.1 GRÜNE kommunale Haushaltspolitik – nachhaltig, gerecht und zukunftsfähig

Die Stadt Hannover wächst: Mehr Kinder werden geboren, immer mehr Menschen kommen zu uns, wollen hier leben und prägen unser Stadtbild. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wachstum bedeutet allerdings auch, dass Aufgaben und Ausgaben steigen. Nach zwei guten Jahren mit Überschüssen in 2012 und 2013 schloss der Haushalt der Stadt Hannover in 2014 mit einem Defizit ab. Auch 2015 wird unter dem Strich defizitär. Deutliche Kostenzuwächse erwarten wir aufgrund der Unterbringung von Geflüchteten und der notwendigen Schaffung von sozialem Wohnraum. Auch die verpflichtende Reduzierung von Altschulden, die die Stadt noch aus Zeiten des U-Bahnbaus der 70er Jahre tragen muss, sowie steigende Sozialausgaben schränken die finanziellen Spielräume unserer Stadt ein.

GRÜNE wollen und werden Hannover nicht kaputt sparen. Aber wir wollen nachfolgenden Generationen möglichst geringe Schulden hinterlassen. Deshalb stehen wir zur aktuellen Haushaltskonsolidierung für die Zeit 2015–2018, die von Rot-Grün zusammen mit dem Haushalt 2016 bereits verabschiedet wurde. Dieses neunte Sparprogramm steht auch in der Tradition einer ununterbrochenen Haushaltskonsolidierung seit 1994. Wir fühlen uns verantwortlich für eine Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, die die ökologische, soziale und kulturelle Zukunftsfähigkeit unserer Stadt nicht einschränkt. GRÜNE wollen die

zukünftigen Herausforderungen der kommunalen Finanzpolitik mit Verantwortung und Augenmaß gestalten.

► Solide Haushaltspolitik

Die Stadt muss in den nächsten Jahren finanziell aber auch in der Lage sein, in Schulen und Kitas zu investieren. Ökologische, soziale und kulturelle Projekte sowie Angebote im Kreativbereich müssen erhalten und ausgebaut werden. Wir halten es nicht für sinnvoll, die sogenannten freiwilligen Leistungen zu kürzen oder zu streichen. Wir wollen keine unverhältnismäßigen Steigerungen bei Gebühren und Steuern. Wir wollen, dass Museen und Bäder geöffnet bleiben.

Deshalb müssen wir die Pflichtaufgaben erfüllen und die freiwilligen Leistungen weiterfinanzieren. Aus Sicht der GRÜNEN ist der Bedarf an sozialem Wohnraum besonders groß. Zur Mitfinanzierung soll unsere 90-prozentige Tochter, die Wohnungsbaugesellschaft *Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH)*, einen Teil bisher nicht ausgeschütteter Gewinne verwenden. Sie stammen aus der Zeit von 2007 bis 2019 und sind bei der *GBH* hinterlegt. Trotz anteiliger Nutzung dieser Rücklagen durch die *GBH* (rund 15 Millionen Euro) kann sich die Stadt Hannover ab dem Jahr 2020 auf eine Ausschüttung der übrigen Gewinne freuen (rund 22 Millionen Euro). Das Geld wird genutzt werden können, um städtische Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten zu verstärken.

Wir stehen für Good Governance – für gute Regierungsführung: Wir wollen Transparenz über Entscheidungen, über Mittelflüsse

und über die Kosten von Projekten schaffen. Die Generationengerechtigkeit hat hohes Gewicht in unserer Politik. Wir wollen für die nachfolgenden Generationen möglichst wenig Schulden, aber auch keine Infrastrukturuinen hinterlassen. Es geht uns um Geschlechtergerechtigkeit: Positive Erkenntnisse aus dem Modellprojekt *Gender-Budgeting* für die Bereiche Wirtschaftsförderung und Stadtteilkulturarbeit im städtischen Haushalt sollen im Sinne eines geschlechtersensiblen Haushaltes auf andere Bereiche übertragen und angewendet werden.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Freiwillige Leistungen sollen weiterfinanziert werden, damit ökologische, soziale und kulturelle Projekte sowie Angebote im Kreativbereich erhalten und ausgebaut werden.
- Die *GBH* soll mehr investieren, damit städtische Investitionen in sozialen Wohnungsbau, in Schulen und Kindertagesstätten verstärkt werden können.
- Wir stehen für Good Governance, damit Transparenz über Entscheidungen, über Mittelflüsse und über die Kosten von Projekten geschaffen wird.

► Nachhaltige Finanzen

Wir wollen die städtischen Tochterunternehmen und Eigenbetriebe erhalten und diese unter wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kriterien optimieren. Dies gilt auch für Gebührenstabilität, z. B. bei der *Stadtentwässerung*. Damit wahren wir den Einfluss der öffentlichen Hand und die Steuerung öffentlicher Unternehmen in vollem Umfang, anstatt dies privatrechtlich auszulagern.

Investitionsprogramme soll die Stadtverwaltung bzw. das Gebäudemanagement vorrangig in Eigenregie umsetzen. Andere Finanzierungsalternativen, insbesondere Öffentliche-Private Partnerschaften, führen zu intransparenten Haushaltsverschiebungen, die finanziell nicht nachhaltig und damit ungeeignet sind. Wir fordern daher die Kommunalaufsicht des Landes auf, umgehend die Genehmigung des städtischen Investitionsrahmens substanziell zu erhöhen und wirkungsgleich auf alle Finanzierungsarten anzuwenden und damit die nachhaltigere Eigenfertigung zu stärken. Um in der Zwischenzeit alle dringend erforderlichen Investitionsprojekte auch zeitnah umsetzen zu können, sollen in Ausnahmefällen Partnerschaften möglich sein, also Öffentlich-Öffentlich mit Töchtern/ÖÖP oder eventuell auch Öffentlich-Privat/ÖPP. Entscheidend ist hierfür aber, dass nachweislich und transparent wirtschaftliche oder finanztechnische Vorteile vorliegen, die in jedem Einzelfall gegenüber der Ratspolitik und Bezirksratspolitik darzulegen sind. Prozessbegleitend muss sowohl in rechtlicher als auch praktischer Hinsicht ein umfassendes Controlling mit anschließender Evaluation sichergestellt sein.

Wir sehen die Sparkasse Hannover und regional verankerte Banken als unverzichtbaren Bestandteil regionaler Finanz- und Wirtschaftspolitik. Zudem begrüßen wir ausdrücklich finanzielle Beteiligungen von Einwohner*innen oder Einrichtungen über Sponsoring oder weitere Gründungen von Stadtteilstiftungen. Wir wollen die Einführung einer Wettbürosteuer prüfen. Sportwetten haben in den letzten Jahren in Niedersachsen stark zugenommen (im Zeitraum 2012–2013 von sechs auf zehn Prozent als bevorzugtes Glücksspiel). Sie haben ein großes Suchtpotenzial, insbesondere durch Live-Wetten, bei denen das

Wettereignis mitverfolgt wird. Die Vergnügungssteuersatzung der Landeshauptstadt Hannover sieht bislang keine Besteuerung von Wetten bzw. Wettbüros vor. Sollte die Einführung von Wettbürosteuern gerichtlich als rechtmäßig beurteilt werden, würde die Stadt Hannover durch die Einführung einer solchen Steuer einen Beitrag zur Vorbeugung von Spielsucht leisten.

Bei den Haushaltsmitteln der Stadtbezirksräte soll über den erfolgten Beschluss zur Haushaltskonsolidierung hinaus (Kürzung im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogramms Nummer IX um 100.000 Euro bis 2017) nicht mehr gekürzt werden. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadtbezirksräte vor Ort mit eigenen Finanzmitteln müssen erhalten bleiben. Darüber hinaus halten wir für denkbar, dass ein Anteil der Bezirksratsmittel im Sinne eines Bürgerhaushaltes verwendet wird, soweit ein Bezirksrat dies für seinen Stadtbezirk anbieten und organisieren möchte.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Städtische Tochterunternehmen und Eigenbetriebe sollen erhalten bleiben.
- Investitionsprogramme werden vorrangig in Eigenregie umgesetzt.
- Privatpersonen oder Einrichtungen können sich über Sponsoring oder Stadtteilstiftungen finanziell beteiligen.
- Die Einführung einer Wettbürosteuer soll geprüft werden.
- Es soll keine weitere finanzielle Kürzung in den Bezirken geben.
- Die Transparenz des städtischen Haushalts soll für Bürger*innen und Politiker*innen erhöht werden.

6.2 Finanzielle Rahmenbedingungen verbessern

Um unsere GRÜNE kommunale Haushaltspolitik zu gestalten, benötigen wir dringend eine Veränderung der von Bund und Land vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen.

Die Kommunalhaushalte leiden allgemein seit Jahren an von ihnen unverschuldeten Einnahmever schlechterungen: Immer noch wirken die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Steuereinnahmen sowie die von vorherigen Bundesregierungen beschlossenen Steuersenkungen. Auch die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers aus 2010 schwächt den städtischen Haushalt. Diese und andere Einnahmever schlechterungen haben einen großen Einfluss auf die Investitionskraft und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wir GRÜNEN stehen verantwortungsvoll zum Sparprogramm der Landeshauptstadt Hannover – allerdings ist es unmöglich, die für Kommunen ungünstigen Rahmenbedingungen ausschließlich durch eigene Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung aufzufangen.

Auch bei der rot-grünen Landesregierung werden wir uns für einen Anstieg der Kreditlinie einsetzen, um nachhaltig sinnvolle Investitionen wie Gebäudemodernisierungen von Schulen und Kitas durch ausreichend hohe Kreditaufnahmen zu ermöglichen. Bereits zu den Beratungen zum Haushalt 2015 haben wir auf kommunaler Ebene darauf hingewiesen, dass der Kreditrahmen in Abstimmung mit dem Land ausgeweitet werden sollte. Denn

der Investitionsbedarf wird mit Blick auf Zuwanderung und Anstieg der Geburtenrate umso dringlicher. Wir brauchen mehr Finanzmittel für Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten im Sinne guter Bildung und Kinderbetreuung. Sanierungsstaus müssen beseitigt werden, Gebäude modernisiert, erweitert oder dem Bedarf entsprechend und zeitnah neugebaut werden. Auch steigt der Finanzbedarf fast täglich, wenn es um eine angemessene Unterbringung von Geflüchteten geht. Deshalb brauchen wir neben unserer nachhaltigen, gerechten und zukunftsfähigen Haushaltsplanung eine deutliche finanzielle Entlastung, um dem hohen Investitionsbedarf für die Sanierung der bestehenden Gebäude für eine wachsende Stadt, der Altschuldenproblematik und den demographischen Erfordernissen zu begegnen.

► Forderungen an die Bundespolitik

Wir wollen eine Beendigung der Einnahmever schlechterungen aus den von vorherigen Bundesregierungen beschlossenen Steuersenkungen und aus der Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers. Umweltschädliche Subventionen in Milliardenhöhe sind abzubauen und eine gerechte Steuerpolitik ist notwendig. Wir sprechen uns für eine Stärkung der Erbschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer für Millionäre und eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und Spitzeneinkommen auf Bundesebene aus. Kleine und mittlere Einkommen wollen wir – z. B. bei den Sozialabgaben – entlasten.

Wir benötigen auch eine gerechte Verteilung der finanziellen kommunalen Belastung. Der Bund darf nicht länger Kosten auf die Kommunen abladen und sie bei der Finanzierung von

Leistungen im Stich lassen – wie beispielsweise bei der Unterbringung von Geflüchteten und den Integrationsaufgaben. Wir benötigen eine Aktualisierung der Grundsteuer, denn die Erhebung der Grundsteuer basiert auf veralteten Einheitswerten. Wir sprechen uns für eine zügige Reform der Grundsteuer mit der Berechnung nach aktuellen pauschalisierten Verkehrswerten aus. Wir wollen eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize.

Das GRÜNE Modell einer kommunalen Wirtschaftssteuer soll umgesetzt werden. Wir setzen uns für die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer durch die Einbeziehung von Freiberufler*innen wie Architekt*innen und Steuerberater*innen und die stärkere Berücksichtigung von Zinsen, Mieten, Pachten und Lizenzgebühren ein. Dadurch würde die Gewerbesteuer stabilisiert und diese – für Kommunen besonders wichtige – Einnahmequelle weniger konjunkturabhängig gestaltet. Dabei sollte ein Freibetrag kleine und mittlere Unternehmen entlasten. Außerdem soll die Gewerbesteuer weiterhin auf die Einkommensteuer angerechnet werden können. Die Gewerbesteuer für Freiberufler*innen würde nach Schätzungen das Gewerbesteueraufkommen der Landeshauptstadt Hannover um mehr als 20 Prozent, ca. 100 Millionen Euro jährlich, steigern.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Die Finanzkraft soll erhöht werden, indem Steuersenkungen zurückgenommen werden.
- Kommunale finanzielle Aufgaben wie die Unterbringung von Geflüchteten sowie Integrationsaufgaben sollen gerecht verteilt werden.

- Wir wollen eine verfassungsfeste, gerechte Grundsteuer ohne ökologische Fehlanreize. Wir favorisieren das GRÜNE Modell einer kommunalen Wirtschaftssteuer, damit die Gewerbesteuer stabilisiert wird.



7

Mitsprache erwünscht – GRÜNE kommunale Bürgerbeteiligung

Ob Bürger*innen oder Einwohner*innen – wir GRÜNEN wollen die Stadt bewegen, indem wir Menschen zusammenbringen. Deshalb wird es zukünftig noch stärker darum gehen, die Einwohner*innen Hannovers aktiv als Mitgestalter*innen in die Entwicklung der Stadt einzubeziehen. Soziale Verantwortung und aktive Zivilgesellschaft werden gestaltet durch Nachbarschaften und Netzwerke, Initiativen, Verbände, freie Träger und durch das Ehrenamt. Das Leben in Hannover findet zu einem erheblichen Teil im Stadtteil statt. Damit identifizieren sich die Menschen und dort wollen sie aktiv gestalten. Dieses Engagement wollen wir weiter stärken. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, neue Beteiligungsformen zu entwickeln und das Ehrenamt zu unterstützen.

7.1 Bürgerbeteiligung

In Hannover sind verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung bereits seit Jahren wichtiger Bestandteil der Kommunalpolitik. Mit der Anwaltsplanung¹⁵ seit den 1970er Jahren bei städtebaulichen Sanierungsvorhaben und der zielgruppenorientierten regelmäßigen Beteiligung sind gute Erfahrungen gemacht worden – z. B. bei der Gestaltung von Stadt und Spielplätzen sowie beim Planspiel für Schüler*innen (*Pimp your town*). Ebenso bei dem *Bürger*innen-Panel Hannover* seit Ende 2012, einer repräsentativen Online-Bürgerbefragung zu ausgewählten

¹⁵ Das Konzept der Anwaltsplanung unterstützt insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen bei der Wahrung ihrer Interessen. Sie trägt dazu bei, Alternativplanungen und Gegengutachten mit den Betroffenen zu erarbeiten. Außerdem hilft sie Planungsprozesse verständlicher und transparenter zu gestalten. Ihre unterstützende Funktion fördert die Selbstorganisationsprozesse der Bürger*innen. In Konflikten kann sie vermittelnd tätig werden.

Themenbereichen. Bundesweite Beachtung erfuhr der breite Beteiligungsprozess für die Innenstadtgestaltung *Hannover City 2020+*. Die von den GRÜNEN eingeforderte Bürgerbeteiligung und der Moderationsprozess zum Bebauungsplan des neuen Stadtquartiers Wasserstadt in Limmer sind noch im Gange. Beim 2014 und 2015 geführten Dialogprozess *Mein Hannover 2030* wurde mit und von Bürger*innen über die grundlegenden Aktionsfelder in der Kommune und auch über die künftige strategische Ausrichtung der Stadtentwicklung diskutiert. Alle Formen der Beteiligung zeigen, dass es ein großes Interesse der Einwohner*innen gibt, sich zu engagieren. Das unterstützen wir, denn wir sehen eine Beteiligung der Zivilgesellschaft als wichtigen Beitrag für eine lebendige Stadt. Darüber hinaus setzen sich die GRÜNEN für eine weitergehende beteiligungsorientierte Politik auf Augenhöhe ein – denn eine GRÜNE kommunale Bürgerbeteiligung schafft Akzeptanz für die langfristige Stadtentwicklung.

► Vorfahrt für Transparenz

Wir treten für eine Bürgerbeteiligung ein, die eine dialogorientierte Verwaltung voraussetzt. Die Bürgerbeteiligung soll ein selbstverständlicher Teil der politischen Willensbildung sein. Eine Bürgerbeteiligung, die erst nach Vorlage einer „unterschriftsreifen“ Planung begonnen wird, ist nicht ausreichend. Deshalb wollen wir die politischen Entscheidungsprozesse transparenter für die Bürger*innen gestalten. Über alle Planungsprozesse von gewichtigen Projekten ist frühzeitig und für alle verständlich auf einem zentralen Informationsportal zu informieren. Die Bürger*innen sollen ausreichende kostenlose

Informationen zu einem frühen Zeitpunkt erlangen können – auch online. Hier spielt Hannover.de bereits eine zentrale Rolle.

► Beteiligung an der Stadtentwicklung

Grundsätzlich gibt es inhaltlich keine Ausschluss Themen für Bürgerbeteiligung. Insbesondere die gewichtigen Themen sind mit guten Formen der Beteiligung, die deutlich über den gesetzlichen Beteiligungsstandard hinausgehen, zu behandeln. Das können zukünftig beispielsweise größere Projekte und Investitionen der Kommune sein, die durch weitreichende Veränderungen des Stadtbildes tief in das alltägliche Leben der Bürger*innen eingreifen würden. Eine frühzeitige aktivierende Bürgerbeteiligung ermöglicht eine zielgerichtete und effiziente Planung, da Konflikte bereits frühzeitig erkannt und entschärft werden können.

Die Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen zeigen, dass sich mehrheitlich politiknahe Bevölkerungsgruppen an dem Dialog beteiligen. Wir wollen, dass auch Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden, die nicht so artikulations- und beteiligungsstark sind. Deshalb sollten projektbezogen sinnvolle Formen angewendet werden, die eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen.

Außerdem braucht eine GRÜNE Bürgerbeteiligung eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der kommunalen Verwaltung – auch für eine permanente Weiterbildung der Mitarbeiter*innen der Verwaltung sowie der Kommunalpolitiker*innen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen, dass unabhängige Expert*innen Leitlinien für eine gute Bürgerbeteiligung entwickeln.
- Für Bürgerbeteiligung sind ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen.

► Klarheit in den Rollen der Akteur*innen

Wir nehmen die Meinung und die Interessen der Bürger*innen ernst. Ein Austausch der Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung mit Bürger*innen ist wichtig und unterstützt eine gute Entscheidung. Die Bürgerbeteiligung ersetzt jedoch nicht die Entscheidungen der gewählten politischen Gremien – sie ergänzt sie.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen, dass zu Beginn eines Beteiligungsprozesses die Entscheidungsstrukturen verständlich erläutert werden.
- Bei Ablehnung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ist deshalb auch eine detaillierte Begründung durch die Entscheidungsträger notwendig.

7.2 Ehrenamt und Freiwilligkeit stärken

Durch das ehrenamtliche Engagement hat Hannover bereits in der Vergangenheit viel gewonnen. Der wertvolle Einsatz der Bürger*innen Hannovers – von sozialen Projekten bis hin zum Umweltschutz – hat viel dazu beigetragen, unsere Stadtgesellschaft zusammenzuhalten und zu einem offenen und demokratischen Miteinander zu entwickeln. Wir unterstützen und fördern weiterhin das Ehrenamt als wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Gemeinwohl und zur Integration. Wir setzen uns dafür ein, dem hohen Wert des Ehrenamtes mehr Anerkennung zukommen zu lassen. Denn ehrenamtliches Engagement braucht positive und fördernde Rahmenbedingungen, die seine Entstehung und sein Wachstum begünstigen. Das bisher Erreichte gilt es auszubauen. Wir achten darauf, dass keine Aufgaben aus bezahlten Bereichen ins Ehrenamt ausgegliedert werden, um Kosten zu sparen.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Ehrenamtliche Arbeit muss verstärkt von Politik und Verwaltung durch Weiterbildungsmöglichkeiten und Informationsbörsen unterstützt werden.
- Durch Online-Plattformen kann sowohl die Vernetzung unter den Ehrenamtlichen als auch der Austausch zwischen professionellen Helfern und Ehrenamtlichen gefördert werden.

► Ehrenamt in der Zuwanderungsgesellschaft

Wir GRÜNEN sehen das Ehrenamt als Beitrag zur gemeinsamen gesellschaftlichen Modernisierung. Ehrenamtliches Engagement bildet eine Brücke zwischen den Menschen unserer Stadt und unterstützt die Integration der Zuwander*innen. Mitgebrachte und im Einwanderungsprozess erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten können so in die Stadtgesellschaft eingebracht werden. Mittlerweile verfügt die Stadt Hannover über professionell ausgebildete Ehrenamtliche – die Integrations-, Sport- und Gesundheitslots*innen –, die zu Einbürgerungslots*innen weiterqualifiziert werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Frauen mit Migrationserfahrung, die mit dieser Weiterbildung hoffen, Fuß auf dem ersten Arbeitsmarkt fassen zu können. Die Lots*innen werden vielfältig eingesetzt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration in Hannover.

Wir begrüßen die Initiative vieler hannoverscher Einwohner*innen, parallel zum Bau bzw. der Inbetriebnahme von Flüchtlingswohnheimen und -wohnprojekten, lokale Netzwerke für Willkommenskultur aufzubauen. Das ehrenamtliche Engagement beeindruckt und begeistert uns. Wir sehen die Stadt in der Pflicht, dieses Engagement professionell zu koordinieren, zu begleiten und Hilfestellung zu leisten.

Wir GRÜNEN setzen uns in den nächsten fünf Jahren dafür ein:

- Wir wollen vorhandene Ideen und Konzepte weiterentwickeln, um Zuwander*innen soziale und politische Teilhabe zu ermöglichen.

- Die Stellen der ehrenamtlichen Integrationslots*innen wollen wir in hauptamtliche Arbeitsstellen umwandeln.
- Wir wollen mehr Unterstützung für Ehrenamtliche durch die Stadtbezirksmanager*innen. Dafür müssen diese in ihrer Funktion gestärkt werden.



Kontakt:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Stadtverband Hannover

Senior-Blumenberg-Gang 1

30159 Hannover

Tel.: 0511 32 33 14

E-Mail: stadt@gruene-hannover.de

Internet: <http://www.gruene-hannover.de>

<http://www.gruene.de>
